

**3. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 24. Januar 2013
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 19.30 Uhr – 22.45 Uhr**

Anwesend sind: 45 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Nadja Fleischli, 2. Thomas Frey, 3. Sandro Gervasoni, 4. Sarah Honegger,
5. Alexandra Kämpf, 6. Urs Knapp, 7. Dr. Max Pfenninger, 8. Daniel Probst, 9. Simone Roth,
10. René Wernli

Sozialdemokratische Partei:

1. Florian Amoser, 2. Ramazan Balkaç, 3. Rolf Braun, 4. Lukas Derendinger,
5. Werner Good, 6. Thomas Marbet, 7. Huguette Meyer Derungs, 8. Dr. Rudolf Moor,
9. Daniel Schneider, 10. Luzia Stocker Rötheli, 11. Dr. Arnold Uebelhart, 12. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Sonja Bossart Meier, 2. Georg Dinkel, 3. Heidi Ehram, 4. Antonia Hagmann,
5. Thomas Pfluger, 6. Roland Rudolf von Rohr, 7. Marcel Steffen

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou, 2. Marlène Wälchli Schaffner

Grünliberale Partei:

1. Simon Haller

Grüne Olten:

1. Anna Engeler, 2. Myriam Frey Schär, 3. Beate Hasspacher, 4. Anita Huber, 5. Sandra Näf,
6. Michael Neuenschwander, 7. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Doris Känzig, 3. André Köstli, 4. Kilian Schmidiger,
5. Christian Werner, 6. Gert Winter

Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident
Dr. Martin Wey, Vize-Präsident, Baudirektion
Mario Clematide, Direktion Bildung und Sport
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Öffentliche Sicherheit
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion
Eva Gerber, Leiterin Stadtentwicklung
Stefan Hagmann, Rechtskonsulent
Ueli Kleiner, Leiter Direktion Bildung und Sport

Entschuldigt abwesend:

Daniel Dähler
Heinz Eng
Thomas Rauch
Dr. Markus Ammann
Dr. David Wenger
Stadtrat Peter Schafer, Direktion Soziales

Vorsitz: Anna Engeler

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Dringliche Interpellation Markus Ammann (SP) und Mitunterzeichnende betr. „Stopp zur weiteren Einzonung von Bauland“/Frage der Dringlichkeit
- *2a Dringliche Motion André Köstli (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Verkehrsfluss und Sicherheit erhöhen/Frage der Dringlichkeit
3. Wahlbüro Hübeli/Demission
4. Zweckverband Abwasserregion Olten/Demission
5. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - 5.1. Dringliche Interpellation Markus Ammann (SP) und Mitunterzeichnende betr. „Stopp zur weiteren Einzonung von Bauland“ (eingereicht am 22.11.2012) (bei Zustimmung zur Dringlichkeit)
 - 5.2. Interpellation Florian Amoser (SP) und Mitunterzeichnende betr. Situation Nachtleben in Olten (eingereicht am 28.06.2012)
 - 5.3. Postulat Luzia Stocker (SP) betr. Kauf Kino Lichtspiele (eingereicht am 25.06.2012)
 - 5.4. Postulat René Wernli (FDP) und Mitunterzeichnende betr. Verrechnung von Sicherheitskosten (eingereicht am 15.12.2011)
 - 5.5. Motion Anna Engeler (GO) und Mitunterzeichnende betr. Öffnung Mühletalbach im Bereich der alten Aarauerstrasse (eingereicht am 24.05.2012)
 - 5.6. Motion Doris Käzlig (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Verlegung des historischen Musikautomaten von der Oltner Voliere ins Historische Museum Olten (eingereicht am 28.06.2012)
 - 5.7. Interpellation Doris Käzlig (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Einbrüche in der Stadt Olten (eingereicht am 21.11.2012)
 - ** 5.8. Motion Beate Hasspacher (GO) und Mitunterzeichnende betr. Landschaftsschutz (eingereicht am 28.06.2012)

* Ergänzung der Traktandenliste

** aus Zeitgründen nicht behandelt

* * *

Parlamentspräsidentin Anna Engeler begrüsst die Anwesenden zur heutigen Sitzung.

* * *

Mitteilungen

Parlamentspräsident Marcel Buck:

Protokollgenehmigung

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 20. September 2012 ist vom Büro am 7. Januar 2013 definitiv genehmigt worden.

* * *

Referendumsvorlagen/Rechtskraft

Das Gemeindeparlament hat am 21. November 2012 folgenden Geschäften zugestimmt:

- Budget 2013/Genehmigung
(*Beschluss Ziffern I./1. bis I./9.*)
- Giroud-Olma-Turnhallen/Benützungsg Gebühr
(*Beschluss Ziffer I./1.*)

Die Publikation über diese Vorlagen erfolgte am 29. November 2012 und die Referendumsfrist ist am 29. Dezember 2012 abgelaufen.

Feststellung:

Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen die vorstehenden Vorlagen in der festgesetzten Frist nicht ergriffen wurde und die Beschlüsse somit rechtskräftig sind.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Dringliche Interpellation Dr. Markus Ammann (SP) und Mitunterzeichnende betr. Stopp zur weiteren Einzonung von Bauland
- Dringliche Motion André Köstli (SVP) betr. Verkehrsfluss und Sicherheit erhöhen in der Stadt Olten
- Dringliche Interpellation Dr. Max Pfenninger (FdP) betr. Neubau eines Beachsoccer-Feldes in der Badeanstalt zuhanden der Parlamentssitzung vom 21.3.2013 (der Vorstoss wurde zuhanden dieser Sitzung zu spät eingereicht)
- Motion Dr. Markus Ammann (SP) und Mitunterzeichnende betr. Elektronischer Versand der Geschäftsunterlagen
- Postulat Dr. Markus Ammann (SP) und Mitunterzeichnende betr. Archiv Olten – Integration in die Oltner Museumslandschaft

* * *

Entschuldigungen

Entschuldigt hat sich Stadtrat Peter Schafer. Er feiert heute den runden Geburtstag seiner Tochter und ist deshalb verhindert. Weiter hat sich Markus Amman entschuldigt. Er wird sich für seine dringende Interpellation durch Daniel Schneider vertreten lassen.

Spezialkommission GPK-Kompetenzen

Ich habe noch eine erfreuliche Mitteilung, die ich in meiner Funktion als Mitglied der Spezialkommission GPK-Kompetenzen machen darf. Es ist so, dass wir uns viermal getroffen haben, dreimal davon als Gesamtkommission und einmal als Beratungsausschuss, um zu schauen, wie man diese Kompetenzen neu regeln könnte. Wir sind innerhalb dieser relativ kurzen Zeit, nachdem es lange gedauert hat, bis die Spezialkommission überhaupt konstituiert wurde, zu einem Ergebnis gekommen. Wir haben zwei Vorschläge auf Basis der Geschäftsordnung des Gemeindeparlamentes ausgearbeitet und möchten Euch diese so rasch als möglich, sprich noch in der alten Zusammensetzung des Parlamentes, zur Behandlung vorlegen. Konkret heisst dies, dass bis Ende Februar ein Bericht und Antrag erarbeitet werden wird und wir voraussichtlich bereits in der März-Sitzung über dieses Geschäft werden verhandeln können. Das Pflichtenheft der GPK, das dann nachgelagert wäre, würde man dann in der neuen Legislatur ausarbeiten. Ich möchte mich an dieser Stelle im Namen der gesamten Spezialkommission GPK-Kompetenzen noch einmal ganz herzlich bedanken. Dass dies so rasch erfolgt ist, ist nicht zuletzt der grossartigen und kompetenten Unterstützung des Stadtschreibers und des Rechtskonsulenten zu verdanken, die uns in unserer Aufgabe sehr geholfen haben.

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Januar 2013

Akten-Nr. 13/0

Prot.-Nr. 38

Erklärung Stadtpräsident Ernst Zingg zur Finanzsituation der Einwohnergemeinde Olten

Stadtpräsident Ernst Zingg: Zu den Aufgaben des Stadtrates, im Besonderen der Finanzverantwortlichen und der Finanzdirektion als Querschnittsdirektion gehört es, die finanzielle Lage im Sinne des Exekutivcontrollings regelmässig zu überprüfen. Dazu gehören regelmässige Gespräche mit Direktbeteiligten, Kanton, Unternehmungen. Ich erinnere an meine Ausführungen zu Budget und Finanzplan, wo ich ja immer wieder auf diese Gespräche hinweise. Das führt dann zu einer Beurteilung der Lage, fast ganz militärisch. In den letzten Jahren waren die Resultate dieser Lagebeurteilungen immer wieder positiv oder recht positiv. Folge davon: Kein oder wenig Handlungsbedarf. Und jetzt? Aktuell in der Zeit Dezember 2012/Januar 2013 haben wir diese Beurteilung sehr intensiv oder sehr in die Tiefe gehend vorgenommen, nicht zuletzt auch nach Gesprächen mit Direktbeteiligten. Ich möchte im Namen des Gesamtstadtrates – das ist für uns sehr wichtig – im und für das Gemeindeparlament im Sinne von Information, Transparenz, aber auch Sensibilisierung dazu folgende Aussagen machen: Der Oltner Stadtrat hat sich am vergangenen Dienstag in einem Workshop intensiv mit der finanziellen Situation der Stadt aufgrund der negativen Entwicklung bei den Steuereinnahmen in den letzten Wochen und Monaten – man kann fast zwei Monate sagen – befasst. Dabei hat er dringenden Handlungsbedarf festgehalten, der in den nächsten Wochen noch zu quantifizieren sein wird. Zuerst aber eine positive Nachricht: Die Steuereinnahmen der natürlichen Personen sind im letzten Jahr um rund 10 % gestiegen. Das Fazit des Stadtrates: Erstens: Die Stadt Olten ist attraktiv. Zweitens braucht es dieses Wachstum, um andere Steuerausfälle zu kompensieren. Der Stadtrat setzt genau deshalb einen Akzent auf die Wohnstadt Olten und die Entwicklungsgebiete und formuliert dazu auch eine entsprechende Wohnstrategie bzw. Wohnpolitik. Die Stadt Olten verzeichnet auf der anderen Seite derzeit schon Ende Vorjahr massive Ausfälle bei den Steuereinnahmen bei den juristischen Personen. Massiv insbesondere – das muss man hier klar sagen – was die grösste Steuerzahlerin Alpiq angeht, wo es seit der Erstellung der aktuellen Finanzgrundlagen, sprich Finanzplan, sprich Budget, zu erheblichen Veränderungen für die städtischen Finanzen in negativer Richtung gekommen ist. Die Strukturbereinigungen bei der Alpiq dauern an. In sehr intensiven Gesprächen wurden auch klare Zeichen für den Standort Olten ausgesendet. Nach einer gegenwärtigen Durststrecke, die übrigens auch für diese Unternehmung länger als ursprünglich erwartet, dauert, soll sich das Ganze wieder erholen. Man nimmt dementsprechend auch immer noch Strukturbereinigungen vor. Für den Stadtrat bedeutet die aktuelle Situation, dass man sich einerseits mit Blick auf die Finanzplanung 2014 – 2020 entsprechend vorbereitet und die bisherigen Planungen akribisch überarbeitet. Nach unten korrigiert werden müssen aber auch die bereits vorhandenen finanziellen Vorgaben für das Jahr 2013. Zielsetzung ist es dabei, dass trotz der stark sinkenden Einnahmen die laufende Rechnung aus eigenen Mitteln, das heisst ohne Geldaufnahme für diesen Zweck, bestritten werden kann. Konkret bedeutet dies für das aktuelle Jahr 2013 eine rasche Anpassung der Investitionsrechnung auf das maximal langfristig verdaubare Mittel – das ist bekannt und ich habe dies hier schon ein paar Mal gesagt – und eine deutliche Kostenreduktion, zu definierende Kriterien im Sach- und Personalaufwand sowie in der Position Beiträge an Dritte. Kurz- und mittelfristig lautet die Strategie des Stadtrates, die wegfallenden Steuereinnahmen in den nächsten zwei, drei Jahren so zu kompensieren, dass die Stadt Olten ihre wesentlichen Aufgaben aus eigenen

Mitteln erfüllen kann und gleichzeitig eine tragbare Investitionstätigkeit und damit die Attraktivität der Stadt, aber insbesondere die Liquidität der städtischen Finanzen angemessen gesichert ist. Über die Auswirkungen dieser Strategie wird der Stadtrat die Öffentlichkeit möglichst aktuell auf dem Laufenden halten. Im Weiteren werden wir am nächsten Montag die Verwaltungsleitungen und am Mittwoch bis auf die Stufe Abteilungsleitungen im Detail informieren und ganz konkrete Aufträge dazu erteilen. Ich darf Sie bitten, dies zur Kenntnis zu nehmen und in Ihre Überlegungen für die Zukunft einfließen lassen. Danke vielmals.

Mitteilung:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Januar 2013

Akten-Nr. 18/16

Prot.-Nr. 39

Erklärung Stadtrat Dr. Martin Wey zu Leserbrief

Stadtrat Dr. Martin Wey: Es ist nicht üblich, dass sich der Stadtrat zu publizierten Leserbriefen äussert, schon gar nicht hier in diesem Parlament. Der am letzten Dienstag publizierte Leserbrief, der sich gegen Stadtplaner Lorenz Schmid und meine Person gerichtet hat, verlangt eine kurze Entgegnung. Ich will zum Geschriebenen inhaltlich keine Stellung nehmen. Die Tonalität des Leserbriefes hat keinen Kommentar verdient. Dass man im aktuellen Wahlkampf auf den Baudirektor schießt, ist nicht überraschend. Im Falle von Verwaltungsangestellten, die sich für die Entwicklung der Stadt einsetzen, muss ich mir dies aber mit aller Deutlichkeit verbeten. Der Angriff auf unseren Stadtplaner war unter der Gürtellinie und grenzt an öffentliches Mobbing. An einen ehemaligen Gemeinderat und Parlamentspräsidenten stelle ich andere Anforderungen und bedauere, dass ihm in diesem Fall nur eine bescheidene Sozialkompetenz angerechnet werden kann. Ich gehe davon aus, dass es sich dabei um einen einmaligen Ausrutscher gehandelt hat. Danke für die Aufmerksamkeit.

Mitteilung:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Januar 2013

Akten-Nr. 3/13

Prot.-Nr. 40

Fraktionserklärung SVP betr. Olten SüdWest

Gert Winter: Im Namen der SVP-Fraktion möchte ich eine kurze Fraktionserklärung zum Thema Olten SüdWest deponieren. Der Stadtrat hat Mitte Januar im Rahmen einer Pressekonferenz die Bereinigung der letzten Hindernisse, die einem Baubeginn im Frühjahr 2013 entgegen stehen, in Aussicht gestellt. Das kommt uns in verschiedener Hinsicht spanisch vor. Einerseits im Hinblick auf den Zeitpunkt der Bekanntmachung und zum anderen im Hinblick darauf, dass keine harten Fakten mitgeteilt wurden. Das lässt bei uns den hoffentlich unzutreffenden Eindruck aufkommen, Ziel dieser Veranstaltung sei es gewesen, die Adressaten dieser Mitteilungen auf geeignete Art und rechtzeitig auf bereits absehbare Verzögerungen einzustimmen. Feststeht vorderhand jedenfalls weiterhin nur, dass ein Baubeginn sicher erst nach den Stadtratswahlen stattfinden kann. Derlei hat für uns Mitte Januar aber keinen Nachrichtenwert. Diese kommunikativen Unstimmigkeiten würden uns im Übrigen nicht wirklich stören, wenn es nicht weitere Indizien gäbe, die auf das Vorhandensein von Sand im Getriebe hindeuten würden. Wo die Probleme genau zu verorten sind, ist für uns gegenwärtig zweitrangig, seien es allfällige Differenzen über das Freiraum- und Mobilitätskonzept, über die trotz Bevorschussung lediglich teilweise fertig gestellte Erschliessungsstrasse oder nicht zuletzt persönliche Animositäten zwischen Bauherr und Ansprechpartner aus der Bauverwaltung. Da mit solchen Begleitumständen ein Delegieren der Problemlösung an Angestellte der Bauverwaltung nicht beliebig möglich ist, ist es unserer Meinung nach jetzt von Belang, wie der Stadtrat gerade auch als Kollegialbehörde mit diesem gordischen Knoten umgeht. Die Stadt Olten sollte jedenfalls den Standortvorteil, den Ernst Zingg in den letzten Jahren natürlich in anderem Kontext immer wieder erwähnt hat, die eher unbürokratischen Baubewilligungsverfahren nicht leichtfertig bei einem Bauvorhaben verspielen, das auch ausserhalb der Gemeinde aufmerksam verfolgt wird. Wenn es sich also um einen gordischen Knoten handeln sollte, empfehlen wir nötigenfalls den Rückgriff auf die bewährte antike Methode der Problemlösung mit anschliessender Verkündigung der frohen Botschaft.

Mitteilung:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Januar 2013

Akten-Nr. 3/3

Prot.-Nr. 41

Dringliche Interpellation Markus Ammann (SP) und Mitunterzeichnende betr. «Stopp zur weiteren Einzonung von Bauland»/Frage der Dringlichkeit

Daniel Schneider: Markus Ammann weilt im Ausland und ich spreche zur Dringlichkeit. Gemäss der Mathematik der Präsidentin habe ich fünfzehn Minuten Zeit. Ich glaube, dass ich schneller fertig sein werde.

Parlamentspräsidentin Anna Engeler: Ich bitte Dich, jetzt nur zur Dringlichkeit zu sprechen.

Daniel Schneider: Ich rede ausschliesslich zur Dringlichkeit und werde, wenn notwendig, gerne die fünfzehn Minuten dazu brauchen. Wenn Ihr mich nicht unterbrecht, geht es scheller. Am 17. November 2012 wurde die dringliche Interpellation eingereicht. Durch den Wegfall im Dezember hat es jetzt halt quasi zwei Monate gedauert. Das ist etwas Geschichte. Aber an der Dringlichkeit zur Fragestellung hat sich nichts geändert. Sie hat nicht abgenommen. Im Gegenteil: Sie hat eigentlich gerade zugenommen. Man hört, dass der Stadtrat zu diesem Geschäft ja auch aktiv geworden ist, eventuell schon Entscheide gefällt hat. In diesem Sinne ist es eigentlich sehr angebracht, heute darüber zu reden. Jetzt aber zur sachlichen Begründung der Dringlichkeit: In der jahrelangen raumplanerischen Agonie, in der sich die Stadt ja einmal befand, was aber schon längerer her ist, hat sich etwas geändert. Es wurde wieder Bauland eingezont respektive umgezont. Damit gab es auch einen Halt des Verlustes von Steuerzahlern, Familien, Kinder. Ich denke, alle, die hier in Aussengemeinden gezogen sind, wären vielleicht hier geblieben. Aber wie gesagt: Seit zehn Jahren hat sich dieses Blatt gewendet, sind mehrere Gebiet ein- und umgezont worden. Das ging selbstverständlich nicht immer geräuschlos. Das ist klar. Es liegt auch etwas in der Sache der Natur, aber vielleicht auch der einen oder anderen mit Mängeln behafteten Vorgehensweisen. Wer etwas genauer hinschaut, und das tun ja Leute aus der Baubranche aus verschiedensten Gründen immer, stellt sich natürlich immer wieder etwas die Frage der Transparenz, Informationspolitik. Ich zweifle nicht an der juristischen Auslegung der Kompetenzen der Exekutive. Unser Mangel hat etwas mit der Information zu tun. Wenn es klappen würde, wüssten wir vielleicht, dass beim Bauern Wyss oben bis über den Waldabstand gebaut werden darf. Dann wüssten wir, dass im Fustlig die Erschliessungsfrage alles blockiert. Wir wüssten, dass im Bornfeld innerhalb des Waldabstandes Heizungen gebaut werden darf. Von Olten SüdWest sage ich nichts. Im Kleinholz harzt es seit etwa zehn Jahren und am Bahnhof entstehen 14- bis 17-geschossige Gebäude. Ich habe nichts gegen hohe Gebäude. Aber es wäre schön, wenn man dies nicht zwischen den Zeilen lesen müsste. Es ist sehr wichtig, dass wir als Vertreter der Oltner Einwohnerinnen und Einwohner über die Strategie des Stadtrates in Bild gesetzt werden, damit wir mitdiskutieren und an der Entwicklung dieser Stadt teilnehmen können. Wir wollen nicht dauernd ewige juristische Belehrungen des Baudirektors hören. Es wäre schön, wenn wir einmal ein echtes politisches Statement als Antwort bekämen. Etwas, das mit Strategie zu tun hat, etwas, das mit Händen und Füßen zu tun hat und das wir unter Umständen auch mittragen können, wenn wir es dann wüssten. Wir wollen keine Überlegungen, die sich auf ein bald fünfzehnjähriges Leitbild abstützen. Wir wollen etwas, das zeitgemäss ist und auch in die Zukunft hinaus denkt.

Am Beispiel des Bornfeldes 2 fällt der Stadtrat oder hat eben vielleicht auch gefällt – das konnte ich nicht herausfinden – einen wirklich wichtigen Entscheid, ob die bisher verfolgte Strategie der Einzonung von peripheren Gebieten, also immer am Stadtrand – wir haben heute Abend noch etwas Erfrischendes Neues von der Innenstadt gehört, was mich sehr gefreut hat, aber damit fehlt der wirkliche Entscheid – ob er dies weiterhin machen will und damit natürlich die ganzen Nebenerscheinungen wie Mobilitätsaufkommen etc. in Kauf nehmen will. Für uns ist es etwas ganz Wichtiges, dass wir mitdenken können, dass Ihr erlaubt, dass wir mitdenken. Dazu müsst Ihr uns informieren. Dieser Vorstoss ist eine Gelegenheit dazu. Zudem kann sich natürlich auch der Stadtrat dem Vorwurf der Clientèle-Politik entziehen, indem er uns erklärt, was er vorhat, gerade in der Sache Bornfeld, wo ein happiger Teil des Gewinns nicht nur die viel zitierten Rüebli zahlt, sondern auch in die Tasche der sbo gespült wird. Das ist die Tochter unserer Stadt und wir finden wichtig, dass wir den Kontext zu solchen Einzonungen erkennen. Dann kann man es mittragen oder verwerfen. Merci vielmals, wenn Ihr die Dringlichkeit unterstützt.

Dr. Martin Wey: Wir sind bereit, diese Antworten auch zu geben und bejahen die Dringlichkeit.

Beate Hasspacher, Fraktion Grüne: Wir unterstützen die Dringlichkeit der Interpellation Ammann aus zwei Gründen. Wie Daniel schon dargelegt hat, verdichten sich in letzter Zeit Hinweise auf Einzonung im Bornfeld. Das Geschäft haben wir aber auf der öffentlichen Traktandenliste des Stadtrates nicht gefunden. Wir möchten Auskunft über den Stand der Zonenplanung im Bornfeld, im gleichen Sinne, wie es Daniel schon erläutert hat. Auch wenn der Stadtrat rechtlich abschliessende Kompetenz hat, sind wir doch der Meinung, dass es bei Vorhaben von so grosser strategischer Bedeutung wirklich wichtig ist, dass das Parlament einbezogen ist, dass die Entscheide transparent sind und Bevölkerungsmeinungen ernst genommen werden und einfließen können. Der zweite Grund ist, dass wir am 3. März über die Revision des Raumplanungsgesetzes abstimmen. Das darf nicht dazu führen, dass jetzt vorher noch vorsorglich Land eingezont wird. Das ist uns ein grosses Anliegen. Olten hat viel eingezontes und auch unbebautes eingezontes Land, vor allem auch in Olten SüdWest. Bevölkerungszahlen haben sich nicht so entwickelt, wie man früher gedacht hat. Das räumliche Leitbild ist alt, von 1999. Deswegen sind wir der Meinung, dass man nach der Abstimmung über die Bücher gehen und die ganzen Raumplanungsfragen seriös prüfen muss. In diesem Sinne unterstützen wir die Dringlichkeit.

Urs Knapp, FDP-Fraktion: Ich äussere mich nicht zum Inhalt, so wenig, wie sich Daniel Schneider zur Dringlichkeit geäussert hat, sondern ich möchte mich zur Dringlichkeit äussern. Diese Interpellation datiert vom 17.11.2012. Wir hatten am 21.11.2012 eine Parlamentssitzung. Wenn die SP oder Markus Ammann es „verpennt“ hat, die Interpellation rechtzeitig einzugeben, begründet dies nicht eine Dringlichkeit. Man hat auch gesehen, dass zwei Monate vergangen sind und sich eigentlich nichts geändert hat. Schon von daher ist die Dringlichkeit nicht gegeben. Wir haben aber nichts dagegen, sie heute normal zu behandeln und werden uns diesem Grund bei der Dringlichkeit auch enthalten.

Matthias Borner, SVP-Fraktion: Wir haben die Interpellation in der Fraktion behandelt. Für uns ist dieses Thema auch und für die Zukunft sehr wichtig. Aber wir sind überzeugt, dass der Stadtrat dies mit der nötigen Sorgfalt und dem Weitblick angeschaut hat und das ganze Thema juristisch so eingebettet ist, dass man das Verdikt des Volkes jetzt ruhig abwarten kann und die Dringlichkeit dadurch jetzt nicht gegeben ist.

Marlène Wälchli Schaffner: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird grossmehrheitlich für Dringlichkeit stimmen. Die Motion von Markus Ammann will zu den verdichteten Hinweisen, wie er es in der Begründung zur Einreichung der Motion formuliert hat, einige Fragen dringend beantwortet haben. Er hat nicht von Gerüchten gesprochen, sondern von Hinweisen. Es gibt eine gewisse Parallele zur eingereichten Dringlichkeit der Motion und einem Gerücht. Gerüchte entstehen unter anderem, wenn man die Wahrheit herausfinden will. Wahrheit herausfinden, ein durchwegs bedeutungsvolles Anliegen. Ob die gestellten Fragen wirklich so dringend beantwortet werden müssen, darüber waren wir uns in der Fraktion nicht sofort im Klaren. Das Argument, dass die Antworten des Stadtrates einen

Beitrag zur Transparenz leisten können, hat nach längerem Hin und Her zu grossmehrheitlicher Zustimmung für die Dringlichkeit geführt. Wir sind der Meinung, Orientierung und Transparenz tun uns und der Stadt Olten gut.

Beschluss

Mit 24 : 7 Stimmen bei 9 Enthaltungen wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Januar 2013

Akten-Nr. 3/3

Prot.-Nr. 42

Dringliche Motion André Köstli (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Verkehrsfluss und Sicherheit erhöhen/Frage der Dringlichkeit

André Köstli: Auch das achte Informationsblatt zum Bau des Verkehrsprojektes Region Olten, kurz ERO, ist wiederum sehr interessant und aufschlussreich und man wird wirklich gut informiert. An dieser Stelle ein Dankeschön an die verantwortlichen Stellen und Verfasser. Mit Hilfe der Steuer- und Dosiermassnahmen und dem neuen zentralen Rechner, das heisst mit den sogenannten intelligenten Lichtsignalanlagen wird der Verkehr viel effizienter, ökologischer und sicherer abgewickelt. Die bestätigten Entlastungsprognosen mit der funktionierenden Anlage versprechen eine Veränderung der täglichen Verkehrsmenge auf dem bestehenden Strassennetz mit bis zu 50 % weniger Verkehr nach der Eröffnung der Entlastungsstrasse im April 2013. Um den Verkehr nicht weiter künstlich zu bremsen und wirklich flüssig fahren zu lassen, macht es deshalb keinen Sinn mehr, Busbevorzugungen weiterhin so laufen zu lassen, denn die Strassen werden ja bis zu 50 % entlastet.

Parlamentspräsidentin Anna Engeler: André, darf ich auch Dich bitten, an dieser Stelle nur zur Dringlichkeit zu sprechen.

André Köstli: Das Ganze ist dringlich, weil die ERO ab Mittwoch, 24. April eröffnet wird. Deshalb bitte ich um Dringlichkeit.

Urs Knapp, FDP-Fraktion: Mich würde eigentlich interessieren, was der Stadtrat sagt. Ist es A eine Motion, die überhaupt umsetzbar ist? Wie sind die Kompetenzen? Ich denke, der Stadtrat sollte eigentlich schon sagen, ob er eine Dringlichkeit befürworten möchte oder nicht. Mich würde es persönlich noch interessieren, wie er den Vorstoss an sich beurteilt. Ist es überhaupt umsetzbar? Die Frage wäre, ob es in der Kompetenz der Stadt ist.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Urs, danke für die freundliche Einladung, dass ich doch noch etwas zur Dringlichkeit sagen darf. Wir haben uns zur Dringlichkeit unterhalten. Für uns ist es an und für sich nicht dringlich, weil wir auch von der Beantwortung her entsprechend der Auffassung sind, dass wir einerseits von den Kompetenzen und andererseits auch von der Auslegeordnung der ERO und den entsprechenden flankierenden Massnahmen, über die das Volk ja auch abgestimmt hat, die Busbevorzugung selbstverständlich aufrecht erhalten müssen. Ob dies jetzt eine Motion oder Interpellation ist, sind viele Fragen gestellt. Du kannst natürlich in einer dringenden Motion auch Fragen verpacken. Aber der Stadtrat ist schliesslich nicht die Instanz, die darüber bestimmt, sondern das Parlament und ob es dies als Interpellation oder Motion behandeln will. Wir sind bereit, die Motion zu behandeln und können auch Antworten dazu geben.

Beschluss

Mit 24 : 15 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird die Dringlichkeit abgelehnt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Januar 2013

Akten-Nr. 16/24

Prot.-Nr. 43

Wahlbüro Hübeli/Demission

Für das Wahlbüro Hübeli ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Mail vom 16. Dezember 2012 demissioniert Zeno Schärer (CVP) als Ersatzmitglied des Wahlbüros Hübeli infolge Wegzugs per Ende November 2012.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Zeno Schärer (CVP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Zeno Schärer (CVP) genehmigt.

Mitteilung:
Herrn Zeno Schärer, Mühlestrasse 54, 8620 Wetzikon
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Januar 2013

Akten-Nr. 16/9

Prot.-Nr. 44

Zweckverband Abwasserregion Olten/Demission

Für den Zweckverband Abwasserregion Olten ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Mail vom 8. November 2012 demissioniert André Köstli (SVP) als Delegierter des Zweckverbandes Abwasserregion Olten per Ende November 2012.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von André Köstli (SVP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig bei 1 Enthaltung wird die Demission von André Köstli (SVP) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn André Köstli, Ziegelfeldstrasse 12, 4600 Olten
Zweckverband Abwasserregion Olten, im Schachen, 4652 Winznau
Baudirektion
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Januar 2013

Akten-Nr. 3/3

Prot.-Nr. 45

Dringliche Interpellation Markus Ammann (SP) und Mitunterzeichnende betr. «Stopp zur weiteren Einzonung von Bauland»/Beantwortung

Am 17. November 2012 haben Markus Ammann (SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende eine dringliche Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Stopp zur weiteren Einzonung von Bauland»

«Bereits bisher ist eine Raumentwicklungspolitik, die mehr Bauland einzont als voraussichtlich innert 15 Jahren benötigt wird, nicht gesetzeskonform (Art. 15 Raumplanungsgesetz RPG).

Die aktuelle Revision des RPG möchte die Kantone (und subsidiär damit die Gemeinden) in diesem Zusammenhang stärker in die Pflicht nehmen und verlangt, im abweichenden Fall, die Reduktion auf das im Gesetz verankerte Ziel.

In der Stadt Olten scheint es viel eingezontes und unbebautes Bauland zu geben (vgl. dazu auch die Interpellation zur «Entwicklungsstrategie Bauzonen»), dennoch verdichten sich die Hinweise darauf, dass ohne klare Entwicklungsstrategie weiteres Bauland (z. B. im Gebiet Bornfeld) eingezont werden soll.

Aus diesem Grund sind die folgenden Fragen dringend zu beantworten:

1. In welchem Umfang bereitet der Stadtrat aktuell weitere Einzonungen von Bauland vor und in welchem Zeitraum soll dies allenfalls geschehen?
2. Wie begründet der Stadtrat allfällige weitere Einzonungen, insb. im Lichte der heutigen Gesetzesgrundlage?
3. Wie wären solche Einzonungen auch mit einem revidierten RPG vereinbar bzw. welche Konsequenzen könnte dies haben?
4. Welche Reaktionen erwartet der Stadtrat auf ein allfälliges Zonenplanänderungsgesuch von der kantonalen Behörde? Geht er davon aus, dass diese die oben erwähnte Regel in einer Beurteilung des Gesuchs anwenden würde?
5. Wäre der SR allenfalls bereit, ein freiwilliges Einzonungsmoratorium einzugehen bis die Frage des revidierten RPG vom Volk geklärt ist und die Stadt eine entsprechende aktualisierte Wohnzonen- und Baulandstrategie diskutiert und verabschiedet hat?
6. Beabsichtigt der Stadtrat dem Gemeindeparlament eine entsprechende Strategie zur Kenntnisnahme vorzulegen?

Zur Dringlichkeit:

Der aktuelle Stand möglicher neuer Einzonungen ist nicht bekannt. Um zu verhindern, dass ohne eigentliche Strategie weiteres Land eingezont wird und damit Nutzungskonflikte nicht öffentlich ausgetragen werden, muss der Stadtrat als Planungsbehörde rasch Rechenschaft ablegen und Klarheit schaffen.»

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtrat Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

Zu Frage 1

Der Stadtrat beabsichtigt, die Reservezone Bornfeld sofort einzuzonen.

Zu Frage 2

Neben der Einzonung der Reservezone Bornfeld plant der Stadtrat, aktuell keine weiteren Einzonungen vorzunehmen. Das Bornfeld stösst bei den Bauwilligen auf grosses Interesse; der grösste Teil der Reihenhau- und Einfamilienhausparzellen ist verkauft. Das Baulandangebot für Mehrfamilienhäuser ist bereits erschöpft. Von den rund 170 Wohnungen im Bornfeld sind aktuell 154 fertiggestellt oder im Bau.

Der Stadtrat will die erfreuliche Entwicklung von Olten weiter fördern und ihre Attraktivität als Wohn- und Arbeitsstandort stärken. Der Stadtrat will deshalb die Reservezone Bornfeld einzonen. Diese Reservezone schliesst nahtlos an das Baugebiet Bornfeld an und ist konzeptionell hinsichtlich Bebauungsmuster und Erschliessung zusammen als Stadtteil mit eigener Identität geplant. Daher eignet sich das Reservegebiet für eine Überbauung. Der Stadtrat ist der Auffassung, dass Bauzonen dort ausgewiesen werden sollen, wo die notwendige Erschliessung vorhanden und der Bedarf ausgewiesen ist.

Das Einzonungsbegehren bezieht sich ausserdem auf das Planerische Leitbild, welches das Gemeindeparlament am 11. November 1999 behandelt und als behördenverbindlich genehmigt hat. Das Planerische Leitbild war Grundlage und Bestandteil der anschliessenden Ortsplanungsrevision; darin wird das gesamte Bornfeld neben dem Kleinholz und dem Fustliggebiet als grössere Wohnbaulandreserve bezeichnet.

Zu Frage 3

Das Einzonungsbegehren zur Reservezone Bornfeld ist gemäss geltender Gesetzgebung zu beurteilen.

Zu Frage 4

Der Stadtrat geht davon aus, dass die kantonalen Behörden das Einzonungsbegehren gestützt auf unsere Begründungen behandeln werden.

Zu Frage 5

Nein. Eine Vorwirkung des zukünftigen revidierten Raumplanungsgesetzes steht nicht zur Diskussion.

Zu Frage 6

Der Stadtrat wird sich im Rahmen der Berichterstattung zur Interpellation Markus Ammann (SP) und Mitunterzeichnende betr. „Entwicklungsstrategie Bauzonen“ (Zonenplanung) zum Vorgehen für die nächste Überprüfung des Zonenplans äussern.

- - - - -

Daniel Schneider: Merci dem Stadtrat für die Antwort. Merci aber auch den Parlamentskolleginnen und –kollegen, dass sie der Dringlichkeit trotz meiner langen Worte grossmehrheitlich zugestimmt haben. Mein Kalkül ist ein wenig anders gewesen. Ich dachte, es reiche nicht. Deshalb muss ich Euch vorher berichten, was ich denke. Aber ich bin froh, dass es so herausgekommen ist. Darum bin ich jetzt kurz. Die Antwort habe ich schon etwas bei der Neujahrsrede von Ernst Zingg gehört. Ich habe gut zugehört. Dort hat er nämlich gesagt: Im Bornfeld haben wir viele neue Steuerzahler. Das ist natürlich ein Argument, das allein nicht reicht. Natürlich kann man in der Neujahrsrede keine raumplanerischen Exkurse machen. Das ist mir auch klar. Aber ich möchte einfach wirklich darauf hinweisen, dass dies nicht das einzige Argument sein kann. Es kann auch nicht das Argument sein, dass es, weil es Bornfeld 1 gibt, jetzt Bornfeld 2 geben muss. Ich selber habe das Bornfeld 1 schon sehr kritisch betrachtet. Es ist einfach ein Grundsatz im raumplanerischen Denken, dass periphere Entwicklungsgebiete viel, viel mehr Probleme geben. Demgegenüber würde ja eine innere Verdichtung stehen. Aber wir werden heute Abend auch noch darüber reden. Ich möchte mich nicht länger ausführen. Ich habe dies vorher schon gemacht. Vielleicht einfach noch das Leitbild, das mit Jahrgang 1999 tatsächlich etwas in die Jahre gekommen ist. Übrigens auch unsere Ortsplanungsrevision. Wenn ich sehe, was alles ansteht, ist durchaus angesagt, dass man noch einmal früher eine Ortsplanungsrevision ins Auge fassen dürfte, als dies der Kanton empfiehlt. Es ist alles beantwortet. Besten Dank. Selbstverständlich bin ich nicht zufrieden. Mutmasslich ist der Original-Interpellant auch nicht zufrieden. Ich schätze es einmal so ein, dass ihm dies nicht reicht. Wir wissen jetzt aber auf diesem Weg, was im Bornfeld oben läuft und der Kanton kann ja die Voranfrage jetzt beantworten.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Es geht, wie Daniel Schneider auch gesagt hat, um ein Gesuch, einen Antrag an den Regierungsrat, um die Reservezone Bornfeld einzuzonen. Betreffend einzonen oder Zonierungen schaffen, damit man bauen kann, können die Meinungen durchaus auseinander gehen und auch im Rahmen der Revision des neuen RPG, wo übrigens auch in Olten interessante Veranstaltungen stattgefunden haben, hat man auch gesehen, wo an und für sich das Anliegen liegt, nämlich auch in der Zersiedelung unseres Landes. Von dorthin denke ich, dass auch das RPG und ein allgemeiner Vorspann auch an dieses Thema heran zu reihen, sicher sinnvoll und unterstützenswert ist, insbesondere wenn man für nachfolgenden Generationen in diesem Sinne auch eine geballte Landreserve erhalten und eine gezielte Bewirtschaftung machen kann. Ich möchte noch zwei, drei Sachen zum Verständnis ergänzen, insbesondere auf die Meinungsbildung in der Öffentlichkeit oder von Leserbriefen, die auf dieses Thema angesprochen haben. Ich denke, es war nicht eine handstreichartige Aktion – ich möchte dies hier einfach auch noch ganz klar deklarieren – sondern es ist letztlich das Bornfeld 2 oder die Einzonung der Reservezone eine logische Folge eines längeren Prozesses. Das ist meine Wahrnehmung als Baudirektor oder auch die Wahrnehmung des Stadtrates. Das planerische Leitbild ist wirklich von 1999 und war in diesem Sinne ein Ansatz, als man dort festgestellt hat, dass im Bornfeld tatsächlich attraktives Bauland entstehen kann. Wir haben im Rahmen der Ortsplanungsrevision eine spezielle Zone ausgeschieden und damit eigentlich auch die Erwartungshaltung formuliert. Man kann sagen, dass wir Bornfeld 1 eingezont haben und eine Baulandreservezone geschaffen haben. Verglichen mit der Privatwirtschaft: Wir haben das Aktienkapital erhöht bzw. quasi einen Teil quasi dem Verwaltungsrat zur Erhöhung mitgegeben. Wir haben dort ein strategisch ganz wichtiges Gebiet, das sich vor allem für die Wohnpolitik und die Ansiedelung von Wohnkubaturen sehr gut eignet. Die Nachfrage ist vorhanden. Wir stellen fest, dass das Bornfeld 1, also die erste Etappe, innert Rekordzeit realisiert wurde und dass insbesondere auch die Interessenten dort sehr stark zugenommen haben und wir feststellen müssen, dass wir eigentlich praktisch alles gebaut haben. Das heisst, die Nachfrage von dort

oben wohnen, von entsprechenden Wohnräumen schaffen, ist sehr gross. Auch nicht zu vergessen, und das ist in diesem Prozess an dieser Stelle einfach auch zu wiederholen, sind die öffentlichen Infrastrukturen, die geschaffen wurden. Erschliessungsanlagen, Busanbindung. Wir haben den Bus nach hinten gezogen. An und für sich alles auch Argumente, dass man auch nach dem neuen Raumplanungsgesetz eigentlich dort, wo Erschliessungen vorhanden sind, wo entsprechend Bedarf ist, insbesondere im urbanen Gebiet, Reservezonen zu Bauzonen einzonen soll. Die Gasleitung ist verlegt worden. Hier hat man kommuniziert. Es ist entsprechend auch vom Kanton und vom Bund behandelt worden, dass man die Gasleitung südlich verlegt, um die Weiterentwicklung des Bornfeld-2-Geländes ermöglichen zu können. Betreffend Nachfrage muss ich einfach sagen, die vielen Neuzuzüger heissen auch zusätzliches Steuersubstrat. Das ist vom Stadtpräsidenten vorher auch erwähnt worden. Es passt an und für sich auch in die ganze Entwicklung. Wenn man das RPG anwenden will, heisst es wirklich nicht, Bauzonen quasi auf Vorrat zu schaffen, sondern dort rasche Realisierungen zu machen, wo attraktiver Wohnraum bereits erschlossen ist. Das sind die Argumente, weshalb wir diese Bauzonen realisieren möchten. In diesem Sinne wollte ich noch einmal verdeutlichen, dass das Ganze durchaus in einem logischen Prozess und jetzt von der Entwicklung her auch entsprechend aktuell ist, dass wir den nächsten Schritt tun, das heisst ein Gesuch beim Regierungsrat stellen. Er wird entscheiden, ob unserem Antrag entsprochen wird.

Beate Hasspacher, Fraktion Grüne: Wir danken für die klare Antwort und sind in der Sache aber doch nicht so glücklich damit. Uns ist bewusst, dass der Schritt von Reservezone zu definitiver Bauzone in der Kompetenz des Stadtrates liegt und so gemacht werden kann. Wir sehen aber aktuell in Olten eigentlich keinen Grund, um Reservezonen in Bauzonen umzuwandeln. Es sind die gleichen Anliegen, die Martin Wey gerade geschildert hat. Oder kompakte Überbauung, keine Zersiedlung, keine ausgefransten Siedlungsränder. Wir haben ja die riesigen Gebiete Olten SüdWest und Kleinholz, wo schon Baubewilligungen gesprochen sind. Uns wäre es jetzt ein dringendes Anliegen, dass man diese zuerst überbaut und entwickelt, bevor man wieder an den Rändern irgendwo neu anfängt. Wir könnten uns sogar vorstellen, dass man sich aus der Situation heraus – die Bevölkerung wächst nicht so stark. Wir haben sehr viel eingezontes Bauland – sogar die Ränder der Bauzone nochmals überlegt und umgekehrt sogar einen Streifen Grünland zur Verbesserung des Naherholungsgebietes auszont, was ja dann auch all den Neuzuzüger zugute kommen würde.

Marlène Wälchli Schaffner, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Zum Inhaltlichen dieser Motion: Es wurde schon mehrmals erwähnt, dass wir am 3. März über das Raumplanungsgesetz abstimmen werden. Dann können wir als Volk entscheiden, ob wir unter anderem Instrumente für eine griffige Raumplanung annehmen wollen, die sinnvolle Siedlungssteuerung ermöglichen und eine Zersiedelung stoppen würde. Eine sinnvolle Siedlungssteuerung wird möglich, wenn Bauzonen entstehen, wo ein Bedarf ist. Martin Wey hat vorher erläutert, dass im Bornfeld eine grosse Nachfrage vorhanden ist und es wirklich Leute gibt, die in Olten wohnen wollen und diesen Ort als attraktiv anschauen. Es sind Leute, die eben auch entsprechend oder vielleicht mehr Steuern als andernorts zahlen. Das ist auch schon mehrmals erwähnt worden. Das wäre ja nur ein Grund zur Freude. Wir haben auch die finanzielle Lage gehört und ich denke, nicht einzonen ist etwas schwierig, wenn ein Bedarf vorhanden ist und er ist ja da und auch die Infrastruktur, also schon Geld ausgegeben – auch das ist erwähnt worden – und das Gebiet eigentlich erschlossen ist. In unserer Diskussion ist aber genau so deutlich geworden, dass wir uns alle für ein verdichtetes Bauen im Zentrum von Olten einsetzen wollen und diese Absicht haben wir relativ einstimmig vertreten. Wir sind aber der Meinung, dass man das Eine tun und das Andere nicht lassen sollte. Deshalb würden wir uns freuen, wenn gute Steuerzahlende Olten weiterhin als attraktiven und auch lebenswerten Wohnort auswählen würden.

Felix Wettstein: Ich möchte auf die Begründung, die Martin Wey gegeben hat, reagieren für den Akt, dass man das Bornfeld 2 jetzt einzont. Martin, ich bin über Deine Begründung etwas erschrocken und muss dies wirklich sagen, dass man sagt: Schaut hin. Es ist offensichtlich attraktiv, es wird offensichtlich nachgefragt, es gibt offensichtlich Leute, die ein wenig verdienen und hierher kommen, weil sie dort am liebsten wohnen wollen und dann auch

noch viele Steuern zahlen. Hier könnt Ihr doch nicht dagegen sein. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist das Problem unserer Raumplanung. Das ist der Grund, weshalb die Zweitwohnungsinitiative national gegen die Empfehlung der ganz grossen Mehrheit der Parteien angenommen wurde. Das ist der Grund, weshalb in anderen Kantonen inzwischen zum Glück der Riegel geschoben wird und es einfach heisst, man dürfe (seitlich) nicht mehr an den Aussengrenzen ausdehnen. Wenn wir genau entgegen diesem Motto weiter arbeiten würden, hätten wir in wenigen Jahren zwischen Wangen und Olten nirgends mehr etwas Grünes. Dann würde man dort schön gleichmässig durch verkaufen, weil ja nachgefragt wird, weil es offenbar attraktiv ist. Ich denke, wir müssen wirklich merken, dass wir jetzt raumplanerisch anders handeln. Es ist nicht einfach die Frage, ob es jemand kaufen würde. Es ist unsere Steuerungsaufgabe zu sagen, mit der Verdichtung, mit dem Konzentrieren, mit dem Entwickeln nach innen, das nehmen wir ernst. Wir haben ganz viele Flächen in der Stadt Olten, die schon versiegelt sind, schon erschlossen sind. Sie sind aber unternutzt oder nicht mehr so genutzt wie früher. Sie liegen brach. Sie sind sehr zentrumsnahe. Es verursacht weniger Verkehr als wenn wir immer weiter hinaus bauen. Auch für die öffentliche Aufgabe ist es einfacher, wenn man zum Beispiel nicht weitere Buslinien weiter hinaus ziehen muss. Wir haben auf der gesamtkantonalen Ebene jetzt gerade den Entwurf für den neuen Richtplan. Dort sieht man, dass wir gesamtkantonale von den Bauzonen 15,2 % nicht bebaut haben. Das ist gemäss kantonalen Auskünften der Bedarf auf die nächsten 25 Jahre hinaus, nicht 15, die wir jetzt dann in der Abstimmung als Mass haben, sondern 20 bis 25 Jahre. Ich habe die genauen Vergleichszahlen für Olten nicht. Aber wenn wir allein in Olten SüdWest 23 Hektaren Platz haben, wenn wir sehen, dass im Bahnhof Nord in diesem Entwicklungsgebiet zum Glück auch gewohnt werden dürfen soll, dann haben wir ganz sicher im Bereich des eingezonten und nicht bebauten bzw. nicht mit Wohnbauten oder Mischbauten ausgerüsteten Gebieten viel mehr als die 15 % Reserven. Es gibt wirklich nichts, das rechtfertigt, dass man jetzt die Siedlung nach aussen ausdehnt, wenn wir solche Entwicklungsgebiete haben. Ein Weiteres, das man jetzt einfach auch wieder verschlampt, ist alles, was im Bereich der Stationsstrasse ist. Es sind auch 3,3 Hektaren, wo wir vor einem Jahr hier den politischen Grundsatzentscheid getroffen, dass man dies einer Entwicklung zuführen soll, bevor man an der Siedlungsaussengrenze weiter macht. Ich bin vom stadträtlichen Beschluss, der hier gefällt wurde, sehr enttäuscht und es ist ein eindeutiges Indiz dafür, dass wir dem Parlament in Sachen Zonenplanung endlich die Kompetenzen übergeben müssen.

Michael Neuenschwander: Ich mache es kurz. Sachlich schliesse ich mich natürlich Felix Wettstein an. Ich möchte einfach noch etwas Zusätzliches zu bedenken geben. Unsere Nachkommen in Olten, unsere Kinder, möchten vielleicht auch irgendeinmal noch etwas zu entscheiden haben bezüglich Bauzonen, bezüglich Besiedlung von noch letzten ungenutzten grünen Wiesen. Wir haben jetzt noch ein paar, wenn wir uns umschaun. Aber sie sind eigentlich alle schon eingezont, ausser gerade das Bornfeld 2. Ich wüsste kein anderes Areal, das noch nie überbaut wurde und das nicht eingezont ist, das nicht frei gegeben ist. Es kann sein, dass man noch abklären muss, wie zum Beispiel im Fustlig West, den ich ein ganz krasses Beispiel finde, das mich vor allem persönlich auf diese Zonenplanung aufmerksam gemacht hat. Ich möchte dies einfach zu bedenken geben. Was sollen unsere Nachkommen in der Stadt Olten überhaupt noch entscheiden können? Sollen sie nur noch entscheiden können, ob man ein Geschoss mehr auf die Häuser baut, damit man Wohnraum schaffen kann? Deshalb möchte ich daran appellieren, dass man diese Einzonung jetzt nicht macht.

Stadtpräsident Ernst Zingg: In Absprache mit Herrn Baudirektor möchte ich hier einfach zwei, drei Sachen hier noch etwas aus regionaler Sicht einbringen. Wir haben den Leserbrief gelesen, dass es skandalös ist, was Herr Neuenschwander jetzt gerade gesagt hat, was wir jetzt hier tun. Vorher haben wir gerade Felix Wettstein gehört, der den berühmten Vorstoss Stationsstrasse eingereicht hat. Das ist hier auch diskutiert worden. Man müsste noch nachlesen, was dann dabei genau heraus gekommen ist. Es gibt mehrere Sachen, die hier einfach einmal begriffen werden müssen, wo ich sagen muss, dass man eine andere Meinung haben kann, aber wo wir möglicherweise eine andere Meinung haben als einige, die jetzt hier gesprochen haben. Daniel Schneider hat mich vorher noch etwas darauf gebracht. Er hat gesagt, es sei hier jahrelang verplant oder nicht geplant oder weiss ich nicht

was schlecht gemacht worden. Jetzt endlich in einem Gebiet, das halt in Gottes Namen attraktiv ist, stehen die Investoren und Interessenten da, die nach Olten wohnen kommen wollen und etwas eigenes oder an einer schönen Lage eine schöne Mietwohnung haben möchten. Jetzt stehen sie hier und zwar nicht einer, sondern in einer ganzen Reihe aufgrund des ersten Teil des Bornfeldes. Zweitens: Hier hat einmal ein Gemeinderat der FdP-Fraktion gesagt – jetzt ist es mehr als neun Jahre – vor neun Jahren – ich glaube, es sind jetzt bald 15 Jahre – Olten habe den teuersten „Rüebliacker“ von Westeuropa gekauft. Das ganze Bornfeld oder ein Teil davon gehört der Einwohnergemeinde Olten, in der Reservezone, von der wir jetzt spreche und nur ein kleiner Teil oder ein Teil den Städtischen Betrieben. Das haben wir einmal erworben. Das Geld ist ausgegeben worden. Nichts ist passiert. Jetzt realisieren wir dies. Der Kanton hat im Moment ein Vernehmlassungsverfahren im Bereich Richtplanung. Ich kann jetzt als Regionalpräsident des Regionalvereins Olten-Gösigen-Gäu dazu Folgendes sagen: Wir hatten in der Region mit dem kantonalen Amt für Raumplanung eine sehr gute Aussprache und dort auch gesagt: Nach dem Richtplan, als Ergänzung zum eidgenössischen Raumplanungsgesetz, das ich im Übrigen eine sehr gute Geschichte finde, dass man nicht einfach verbaut, sondern im Bereich Raumplanung national klare Strukturen schaffen muss, und auch aufhören muss, die Kantone gegeneinander auszuspielen. Der Kanton Wallis ist effektiv ein Problemkanton. Man muss den Kanton Solothurn nicht einfach in den gleichen Topf werfen. Hier stimmen die Zahlen zum Teil überhaupt nicht. Wieder zurück auf die Region. Es ist klar. Dort, wo, wie es Martin Wey gesagt hat, klares Interesse vorhanden ist, wo klare Strukturen sind, wo Investitionen getätigt wurden, unter anderem von Schnottwilern, Kienbergern und Dornachern, die nämlich die Busverbindung bezahlen, die dort hinauf jetzt schon besteht, muss es weiter gehen können. Dieses System sollte man nicht unterbrechen können. Aber man kann es vielleicht andernorts korrigieren. Wir haben im Vorstand des Regionalvereins nach diesen Ausführungen unter den Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten auch gesagt: Wir müssten eigentlich den kantonalen Richtplan im Osten des Kantons – im Gäu hat es übrigens schon angefangen – selber interpretieren können und auch den nötigen Beitrag leisten. Ich gebe das berühmte Beispiel, das ich bei einem Panel-Gespräch in Solothurn gesagt habe, ohne jetzt einen Gemeindennamen zu nennen. Wir haben im Niederamt eine Gemeinde, die 35 aktuell eingezonte Einfamilienhäuser-Bauplätze hätte. Kein Mensch baut dort. Ich denke, das sind Möglichkeiten, um diesem Raumplanungsgesetz nachzuleben. Das Gäu beweist es, indem es zum Beispiel zwei Arbeitsplatzgebiete aus dem ganzen grossen Gäu ausschert. Nur dort sollen Arbeitsplätze geschaffen werden. Das übrige Gebiet soll entweder Landwirtschaftsland, Grünzone oder was auch immer oder Wohnzone sein und nicht auch noch Lagerhäuser-Landschaft. Ich denke, wir haben gute Chancen, wenn wir zusammenhalten, und zusammenhalten ist der entscheidende Punkt, den Richtplan im Rahmen des Raumplanungsgesetzes hier bei uns zur Blüte zu bringen. Kein Mensch in den Regionsgemeinden zweifelt, und das kann ich jetzt hier einfach einmal deklarieren, an der Entwicklung der Wohngebiete der Stadt Olten. Man weiss ganz genau, dass dieses Zentrum wachsen und gedeihen muss. Dann geht es den anderen auch gut. Ich glaube, heute Abend deutliche Worte gebraucht zu haben. Ich denke, wir bringen dies auch fertig, wenn es politisch auch nicht einfach ist, weil die Menschen, die diese Politik machen, ja auch immer ändern. Ich möchte einfach an Euch appellieren, Euch auf dem gleichen Level zu bewegen respektive dorthin zu kommen, dass wir gemeinsam und zusammen mit der Region entwickeln können. Der Kanton entscheidet über unser Einzonungsgesuch, wie es Martin Wey gesagt hat. Wir glauben, dass wir damit ein Zeichen setzen. Jetzt kommt halt noch der „Schlingel vom Zingg“: Wenn wir fusioniert hätten, hätten wir natürlich einfach mehr Möglichkeiten, am richtigen Ort das Richtige zu machen und dementsprechend auch Einfluss zu nehmen auf die jetzt nicht mit uns fusionierten Gemeinden im Bereich dieser Zonengestaltung. Diese wären im Übrigen bereit gewesen. Aber das ist jetzt nicht passiert und damit müssen wir mit der Situation leben, die wir jetzt haben. Bitte nehmt dies doch auch so auf. Es ist eine regionale Geschichte. Die Stadt Olten kann das Problem der Raumplanung, das ein echtes Problem ist, nicht allein lösen. Davon ist der Stadtrat hundertprozentig überzeugt.

Daniel Schneider: Bevor ich von Ernst als begriffsstutzig betrachtet werde, möchte ich gleichwohl noch kurz etwas sagen. Mir hat die Widersprüchlichkeit in der mündlichen Antwort von Martin Wey schon noch etwas zu denken gegeben. Ich glaube, wir können nicht einfach

die Rezeptur aus den achtziger Jahren weiter verwenden. Eine Nutzung schafft man nicht nur. Man steuert sie auch. Wenn Ihr das ganze Kleinholz mit Einfamilienhäusern vollstopft, habt Ihr auch Kunden à gogo. Dann kommen alle, die gerne ein Häuschen haben. Ich denke, hier muss man schon etwas feinstofflicher hinter das Thema gehen und eigentlich auch etwas vorausschauen. Am Bornfeld haftet halt immer noch die alte Steinbruchgeschichte. Das wisst Ihr eigentlich ganz genau. Damit ist eigentlich auch immer noch etwas Unbewältigtes im Raum. Die Sache mit dem „Rüebliacker“ interessiert mich persönlich nicht. Mich interessiert, wie viele Hektaren unbebautes Bauland, bereits eingezontes Land wir haben. Dieses muss man bebauen. Wenn es geht, nicht nur mit zwanzigprozentigen Wohnanteilen wie im Bahnhof Nord. Das finde ich eine der ganz schwachen Leistungen, wenn dies so kommt. Für mich wäre es wichtig, dass wir peripher intakte Waldränder haben, eine Distanz zum Waldrand, der unsere Freizeit bedeutet, unsere gute Luft und unsere Naherholung. Das ist mir extrem wichtig. Wenn wir dann im Bornfeld von attraktiv reden, frage ich mich, wieso wir dann Olten SüdWest nicht wieder auszonen. Ich habe dort in letzter Zeit nichts Attraktives mehr gefunden und die Nachfrage scheint nicht so gross zu sein, dass man unbedingt bauen muss. Dann müssten wir eigentlich auf die andere Waagschalenseite – Du hast es etwas angedeutet – ehrlicher Weise schon noch andere Gebiete überprüfen. Ich habe Freude, dass es in Olten vorwärts geht, und ich habe Freude, dass wir bauen können. Das ist natürlich mein berufseigener Nutzen. Aber wir dürfen den Bogen jetzt nicht überspannen, sonst haben wir viele erschlossene Gebiete und das gleiche Problem wie die Gemeinde im Niederamt, die Bauland hat und Strasse dazu und die Lampen brennen schon wie in Frankreich, aber niemand will dort bauen. Diese Steuerung müssen wir schon haben. Mir ist ein Anliegen, was ich heute Abend vorher über Olten Ost gehört habe, dass wir in der Innenstadt verdichten, finde ich etwas Exemplarisches, wenn man es durchziehen kann. Jetzt ist es ja noch etwas auf der Schulbuche Ebene. Aber wenn man dies durchziehen kann, ist dies für mich für die Stadt Olten viel essentieller als die weitere Einzonung eines Bornfeldes. Diese Waagschale muss man vermutlich einmal hervor nehmen. Wichtig wäre mir, wer auch immer in der nächsten Legislatur die Baudirektion hat, dass wir mehr Mitsprachemöglichkeit haben werden.

Rolf Braun: Ernst hat vorher gesagt, man müsse die ganze Geschichte regional betrachten. Das ist sicher so. Es leuchtet mir auch ein, dass man vielleicht in urbanen Gebieten Leute ansiedeln und in Dörfern noch etwas heile Welt lassen sollte. Aber ich denke, wir haben uns hier in Olten gross auf die Fahne geschrieben, dass wir eine Wohnstadt sein wollen. Zu einer Wohnstadt gehören aber auch Möglichkeiten für die Naherholung in unmittelbarer Nähe, zum Beispiel ein grüner Gürtel um Olten herum. Ich finde einfach, wenn wir eine Wohnstadt bleiben oder sein wollen, müsste man vielleicht gleichwohl die korrigierenden Massnahmen, die Du angetönt hast, auch in Olten selber umsetzen. Zum Beispiel, dass man, wenn man das Bornfeld bebaut, sagt: Wir lassen dafür den Fustlig frei und zonen dort zurück oder zonen etwas nicht ein und lassen die grüne Lunge dort etwas grösser. Wir haben es vorher gehört: Wir haben in Olten über 15 % eingezontes Land, das nicht bebaut wird. Wir haben Olten SüdWest und alle Gebiete, von denen wir vorher schon gehört haben. Ich finde einfach, wir können ja auch in Olten eine Kompensation machen, um da die Wohnqualität hoch zu halten. Irgendeinmal ist Olten fertig gebaut, sind wir an den Waldrändern oben. Dann müssen wir ohnehin aufhören. Was hält uns eigentlich davon ab, bereits zu einem Zeitpunkt zu bremsen und zurück zu fahren oder vielleicht anzuhalten bei der Bauerei, solange wir noch irgendetwas Grünes um uns herum haben? Es ist auch schon gesagt worden: Es ist auch ein Akt von Fairness. Unsere Folgegenerationen möchten vielleicht auch noch irgendetwas gestalten und einen Bewegungsspielraum haben, wenigstens was zum Beispiel freie Parzellen anbetrifft. Vielleicht haben sie einmal, je nachdem, wie die Wirtschaft in diesem Europa und auf dieser Welt läuft, in späteren Jahren keinen finanziellen Spielraum mehr. Aber dann haben sie wenigstens noch irgendeinen gestalterischen Spielraum auf einer anderen Ebene. Ich finde einfach, es ist nicht angemessen, dass wir innert weniger Jahrzehnte dieses Olten fertig bauen und nachher ist einfach fertig, Ende der Fahnenstange.

Thomas Frey: Ich möchte nur schnell Rolf Braun einen Segelflug anbieten. Er kann einmal die Stadt Olten aus der Luft anschauen und es ist rings herum grün. Es gibt in der Stadt Olten keinen Punkt, wo man nicht innerhalb von zwanzig Minuten im Wald ist. Nur soviel. Vielleicht fährst Du immer nur den Schienen nach und kannst es nicht richtig beurteilen.

Gerne machen wir im Sommer, wenn das Wetter stimmt, einmal einen Windenstart. Dann zeige ich Dir dies.

Rolf Braun: Ich glaube Dir schon, dass es so ist. Danke für dieses Angebot. Aber Naherholung ist nicht einfach im Wald. Es ist auch schön, sich auf einer Wiese zu bewegen. Das ist auch Naherholung.

Thomas Frey: Starten werden wir auf einer Wiese im Gheid.

Kilian Schmidiger: Ich möchte auch erwähnen, dass Olten als Zentrumsstadt gerade im Raumplanungsbereich eben auch eine Aufgabe hat, gerade wenn wir in einem Zeitalter leben, wo wir sehr hohe Einwanderungen haben, was sehr viele sehr gut finden. Das ist einfach auch eine Nachfrage, die befriedigt wird. Es ist ja auch so, dass das Bornfeld, wie uns jetzt von verschiedener Seite angetönt wurde, keine Villenzone oder so etwas ist, sondern es ist offensichtlich ein grosses Bedürfnis vorhanden und es hilft unserer Stadt und ist auch nicht so weit weg. Es ist eigentlich auch gut erschlossen und zentrumsnahe. Weiter ist es auch so, dass gerade in einer solchen Stadt, die eben eine raumplanerische Aufgabe hat, die Verdichtung eigentlich gar nicht ermöglicht wird. Es wird ständig von Verdichtung gesprochen. Aber man hat veraltete Ausnützungsziffern. Es wird eigentlich immer verhindert, in die Höhe zu bauen, und es ist so, dass wir auch für unsere Nachkommen weitere Ausbaumöglichkeiten erhalten. Aber es ist auch jetzt Arbeit für die Leute auf den Baustellen und im Handwerk. Offensichtlich ist es ein Bedürfnis. Olten ist nicht das zersiedelte Ghetto der Schweiz, sondern es ist eigentlich eine gut erschlossene schöne Stadt, eben nicht wie auf dem Land, wo das grosse Problem ist, dass niemand Zersiedelung richtig gut findet.

Thomas Marbet: Kilian, es ist richtig, dass man verdichten soll und muss. Diesen Weg geht der Kanton Solothurn auch. Ich habe dies von Adrian Balz, der hier präsent ist, auch erfahren. Der Kanton will diese Ausnützungsziffern eigentlich aufgeben und sie durch andere Richtlinien ersetzen. Aber die Ausnützungsziffern, so wie wir sie heute kennen, werden also verschwinden. Es gibt aber dann weiterhin Gebäudehöhe, Grenzabstände usw. Aber diese Verdichtung wird kommen. Vielleicht nicht morgen. Aber sie wird kommen.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)
Stadtplanung (2)
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Januar 2013

Akten-Nr. 43/23

Prot.-Nr. 46

Interpellation Florian Amoser (SP) und Mitunterzeichnende betr. Situation Nachtleben in Olten/Beantwortung

Am 28. Juni 2012 haben Florian Amoser und Mitunterzeichnende zuhanden des Stadtrates folgende Interpellation eingereicht:

„Situation Nachtleben in Olten

Bereits seit einiger Zeit hat das Coq d'Or mit Lärmklagen und präventiver Polizeipräsenz zu kämpfen. Das bei der jungen Bevölkerung beliebte Lokal an der Tannwaldstrasse 48 befindet sich trotz Boulevardplan in einer ähnlichen unangenehmen Lage wie einzelne Gastrobetriebe in der Innenstadt vor der Einführung des Boulevardplanes. Die Lage des Coq d'Or direkt am Bahnhof Olten würde eigentlich auf eine tolerante Nachbarschaft schliessen lassen, so sind die Lärmemissionen des Bahnhof Olten nachts durch den Personenverkehr und durch Güterzüge sehr hoch.

Ausgangslokalitäten tragen einen wichtigen Beitrag für die junge Generation und zu einem attraktiven Olten bei. Denn in Olten muss auch ein attraktives Nachtleben möglich sein, ohne dass eine Zugfahrt nach Zürich/Bern/Basel/Luzern notwendig wird.

Der Stadtrat wird in diesem Zusammenhang ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welchen Stellenwert räumt der Stadtrat einem aktiven und attraktiven Nachtleben, insbesondere für die junge Generation, in der Stadt Olten ein?
2. Wie geht der Stadtrat/die Verwaltung bei wiederholten, regelmässigen Lärmbeschwerden vor? Was sind die gesetzlichen Grundlagen?
3. Kann der Stadtrat über die Schliessung eines Lokals verfügen?
Was sind die gesetzlichen Grundlagen?
4. Finden im konkreten Fall des Coq d'Or zwischen der Stadt, der Betreiberin des Coq d'Or und den AnwohnerInnen konkrete Gespräche statt, um eine einvernehmliche Lösung zu finden.
5. Inwiefern besteht für den Stadtrat/die Polizei Handlungsspielraum für eine ‚Duldung‘ von Lärm?
6. Ist sich der Stadtrat der Aktualität und der Brisanz des Themas bewusst? (Siehe Tanz-Demonstration in Bern mit rund 10'000 Teilnehmenden)
7. Zieht der Stadtrat in Betracht, die im Boulevardplan verankerten Öffnungszeiten weiter zu liberalisieren?
8. Arbeitet die Stadt Olten aktiv, in der vom Schweizerischen Städteverband (SSV) in den Medien angekündigten, nationalen Arbeitsgruppe zur Nachtleben-Problematik mit?“

- - - - -

Stadträtin Iris Schelbert-Widmer beantwortet die Interpellation im Namen des Stadtrates wie folgt:

Zu Frage 1

- Der Stadtrat räumt einem aktiven und attraktiven Nachtleben einen hohen Stellenwert ein.
- Einführung Boulevardplan: Einheitliche und verlängerte Öffnungszeiten für Aussenwirtschaften.
- *Mit Interesse verfolgt der Stadtrat den kantonalen Pilotversuch betreffend verlängerter Öffnungszeiten bzw. Aufhebung der Öffnungszeiten gemäss Wirtschaftsgesetz von bisher 04:00 Uhr auf 05:00 Uhr für Restaurationsbetriebe mit Bewilligungen von verlängerten Öffnungszeiten.*

Zu Frage 2

- Die Lärmbeschwerden gehen in der Regel bei der Einsatzzentrale der Stadtpolizei Olten oder der Alarmzentrale der Polizei Kanton Solothurn ein. Danach erfolgt eine Intervention beim angeblichen Lärmverursacher. Wenn die ausgerückte Polizeipatrouille den Lärm selber feststellt, dann erfolgt eine Anzeige durch die Polizei (Offizialdelikt). Wenn der Lärm durch die Patrouille nicht mehr wahrgenommen werden kann, dann hat der Melder/Melderin die Möglichkeit eine Anzeige zu machen. Die Polizei wird diese aufnehmen und abarbeiten.
- Wenn es vermehrt zu Beanstandungen insbesondere bei Gastrobetrieben kommt, wird mit dem Lärmverursacher Kontakt aufgenommen und mögliche Lösungen diskutiert. Wenn die Lärmemissionen nicht aufhören, besteht auch die Möglichkeit mittels baupolizeilichen Massnahmen gegen die Lärmquelle vorzugehen.

Gesetzliche Grundlagen:

- Gesetz über das Gastgewerbe und den Handel mit alkoholhaltigen Getränken (Wirtschaftsgesetz) des Kanton Solothurns vom 9. Juni 1996, Artikel 20, Nachtlärmverbot
 - 1 Nachtlärm aus Gastgewerbebetrieben ist verboten.
 - 2 Das Verbot beginnt um 22 Uhr, während der Sommerzeit um 23 Uhr, und endet um 5 Uhr.
- Gesetz über das kantonale Strafrecht und die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuche Artikel 23, Ruhestörung, Trunkenheit und unanständiges Benehmen
 - 1 Wer die öffentliche Ruhe und Ordnung durch groben Unfug oder Nachtlärm stört,
 - 2 wer sich öffentlich ein unanständiges, Sitte und Anstand verletzendes Benehmen zuschulden kommen lässt, insbesondere in angetrunkenem Zustande Skandal verübt,
 - 3 wird mit Haft bis 8 Tage oder Busse bestraft.
 - 4 Ist der Täter von Alkohol, Betäubungsmitteln oder Arzneimitteln abhängig, so kann der Richter bei Rückfall eine Suchtbehandlung nach Artikel 60 StGB anordnen.*
- Polizeireglement der Stadt Olten, Artikel 35 Gaststätten, Konzertsäle usw.,
 - 1 Gaststätten, Konzertsäle, Versammlungsräume, Vergnügungsstätten, wie Dancings usw., sind baulich und organisatorisch so einzurichten und zu führen, dass Dritte nicht gestört werden. Im Sommer ab 23.00 Uhr und im Winter ab 22.00 Uhr sind Türen und Fenster solcher Lokalitäten zu schliessen.
 - 2 Für den Betrieb von Aussenwirtschaften erlässt der Stadtrat gestützt auf die einschlägigen Bestimmungen des Kantonalen Wirtschaftsgesetzes¹²⁾ die erforderlichen Auflagen und Bedingungen. Dabei ist insbesondere auch der Beitrag der Aussenwirtschaften an die Attraktivität des städtischen Kultur- und Zentrumsangebots gebührend zu berücksichtigen.

Zu Frage 3

1. Nein. Mögliche bauliche Massnahmen sind letztlich von der Baukommission zu beurteilen. Für Patente und Bewilligungen im Gastgewerbe sind die kantonalen Stellen zuständig.
2. Es gilt das Gesetz über das Gastgewerbe und den Handel mit alkoholhaltigen Getränken (Wirtschaftsgesetz) des Kanton Solothurns vom 9. Juni 1996

§ 29. Entzug

Patente und Bewilligungen werden entzogen:

- a) wenn die gastgewerbliche Tätigkeit nicht mehr ausgeübt wird;
- b) wenn die Voraussetzungen zur Erteilung nicht mehr bestehen;
- c) wenn die verantwortliche Person ihren Pflichten nicht nachkommt;
- d) bei schwerwiegenden Verstössen gegen dieses Gesetz oder die Lebensmittelgesetzgebung;
- e) bei schwerwiegender Missachtung des Arbeitsrechts, des Fremdenpolizeirechts oder des Landesgesamtarbeitsvertrages des Gastgewerbes;
- f) wenn die öffentliche Ordnung oder Sittlichkeit diese Massnahme verlangt;
- g) wenn die nach diesem Gesetz geschuldeten Gebühren trotz Mahnung nicht bezahlt werden.

Zu Frage 4

- Ja, die zuständige Stadträtin Iris Schelbert-Widmer sowie die Stadtpolizei haben unmittelbar Kontakt mit der Betreiberin des Coq d'Or aufgenommen. Es wurden Unklarheiten beseitigt, Fragen beantwortet und mögliche Lösungsvorschläge empfohlen. Der Betreiberin wurde angeboten bei weiteren Fragen oder Schwierigkeiten mit der Stadtpolizei Kontakt aufzunehmen.
- Nachbarschaftliche Reibereien/Streitereien/Unstimmigkeiten sollen in erster Priorität unter den beteiligten Parteien gelöst werden.

Zu Frage 5

- Für den Stadtrat gibt es keinen Handlungsspielraum für eine Duldung von Lärm.
- Wenn eine Polizeipatrouille eine ausserordentliche Lärmquelle feststellt, dann entspricht dieser Tatbestand einem Offizialdelikt und muss zwingend angezeigt werden. Es liegt jedoch im subjektiven Ermessen des Polizisten, ob er den Lärm als Ruhestörung einstuft oder nicht. Die Richtlinien des Cercle Bruit (CB) der Schweizerischen Vereinigung kantonaler Lärmschutzfachleute (www.cerclebruit.ch), werden angewendet. Bei einer Meldung aus der Nachbarschaft wird eine Kontrolle durch die Polizei durchgeführt. Wenn die Polizei den Lärm selber feststellt, dann gilt dieser Umstand als Offizialdelikt und wird direkt ohne Rücksprache mit der Melderin angezeigt. Wenn die Patrouille jedoch keinen Lärm feststellen kann, dann wird Rücksprache genommen mit dem Melder und er hat die Möglichkeit eine Anzeige zu erstatten oder nicht. Mehrheitlich wird auf eine Anzeige verzichtet, da sich der Anzeigende gegenüber dem Lärmverursachenden namentlich stark exponieren muss.

Zu Frage 6

Ja

Zu Frage 7

Nein

Zu Frage 8

Die Stadt Olten wurde nicht eingeladen an dieser Arbeitsgruppe mitzumachen. Der SSV hat die Arbeitsgruppe selber konstituiert. In dieser Gruppe haben 11 Städtevertreter/innen Einsitz. Der 1. Entwurf von Handlungsempfehlungen liegt vor und wird in den nächsten Wochen nach einem Bereinigungsverfahren an alle Mitglieder des SSV versendet. Gleichzeitig werden auch die Medien über die ausgearbeiteten Handlungsempfehlungen informiert.

- - - - -

Florian Amoser: Zuerst einmal danke für die Beantwortung dieser Interpellation. Ich weiss nicht, ob alle die aktuelle Lage mitbekommen haben, jetzt konkret auf das Coq bezogen. Es hat ja fast ausgesehen, als hätte man dies nicht mehr beantworten müssen. Es ist auf Silvester hin kurzfristig geschlossen worden. Es hat irgendeinen Vorfall gegeben, wo mir niemand konkret sagen konnte, was genau passiert ist. Auch Leute, die dort arbeiten, konnten mir es nicht sagen. Es wird wieder geöffnet. Ich glaube, morgen zum ersten Mal wieder. Das ist die gute Neuigkeit. Wieso diese Person, Nathalie, aufgehört hat, war in ihrem Statement so etwas zwischen den Zeilen zu lesen. Ich denke, ein Teil davon ist auch, dass es persönlich mit der Zeit relativ anstrengend wird, so etwas über eine längere Dauer zu betreiben. Dazu, würde ich jetzt mutmassen, gehört halt auch der Aufwand, den man mit Lärm und Lärmklagen hat. Für mich gibt es in der Beantwortung noch zwei, drei Fragen, die nicht ganz klar sind oder wo ich noch für eine Konkretisierung froh wäre. Bei Frage 1 ist ein Pilotversuch des Kantons erwähnt, aber nicht konkret wo er durchgeführt wird und wer ihn durchführt. Das ist ja nicht in Olten. Gibt es hier irgendwelche Zusatzinformationen bzw. wird hier im Parlament informiert oder zumindest in einer Stadtentwicklungskommission? Das wäre sehr interessant. Zu Frage 5 wird die Richtlinie des „Cercle Bruit“ erwähnt. Danke für den Hinweis. Ich habe dies nachgeschaut, konnte dies aber als Normalsterblicher leider nicht anschauen. Kommt man irgendwie zu diesen Richtlinien? Das wäre sehr interessant. Bei Frage 8 betreffend Arbeitsgruppe des Schweizerischen Städteverbandes würde ich auch anregen, dass es sehr interessant wäre, wenn man diese Ergebnisse auch uns mitteilen würde. Für mich gibt es eigentlich noch zwei Sachen, die so etwas zur Diskussion stehen. Allgemein finde ich eigentlich, dass solche Angebote die Attraktivität von Olten extrem steigern. Eine Innenstadt und dazu gehört auch diese Region, aber natürlich zum Beispiel auch in der Altstadt oder um ein Magazin. Dort hat sich die Situation mit dem Boulevard-Plan etwas entschärft. Dort ist eine urbane Region und ich finde, urban heisst auch immer eine sehr grosse Dichte und viele verschiedene Leute, die unterschiedliche Interessen haben. Gleichzeitig möchte ich aber irgendwie, dass doch eine gewisse Toleranz möglich sein sollte. Institutionen wie zum Beispiel ein „Coq“ sind durchaus ein Werbeträger über Olten hinaus. Es sind halt eher die Jüngeren. Wenn man aber etwas in der Schweiz herum hört, ist es durchaus etwas, das wahrgenommen wird, vor allem auch das Konzertangebot und natürlich durch die gute Erschliessung erst recht. Man kommt hin und man kommt weg. Insofern würde ich etwas anregen, dass man eine gewisse Toleranzkultur in der Stadt Olten auch fördern würde. Es ist halt so, wenn man in der Innenstadt wohnt, hat man auch gewisse Lasten zu tragen, aber man hat auch Vorteile. Das Andere ist so etwas konkreter auf das Coq d'Or bezogen. Es wird erwähnt, es gebe bezüglich Lärm keinen Handlungsspielraum. Gleichzeitig gibt es aber diese Richtlinien des „Cercle Bruit“. Diese sind ja dann irgendwie auslegbar. Es wird auch erwähnt, dass die Polizei in diesem Sinne einen Lärm als Ruhestörung einstufen oder nicht einstufen kann. Das ist für mich so etwas widersprüchlich. An der Lage beim Bahnhof ist für mich das Irritierende, dass es eine relativ grosse Lärmlast an ordentlichem Lärm gibt. Der Bahnhof ist in der Nacht eigentlich fast lauter als am Tag. Es gibt zwar weniger Lautsprecherdurchsagen. Aber Güterzüge sind massiv lauter. Ich bin schon vor dem Coq d'Or gestanden, als ein Zug gehupt hat und die Polizei wegen einer Ruhestörung des „Coq“ dort gestanden ist. Das ist einfach so eine extrem irritierende Situation. Das Eine ist irgendwie gesetzlich nicht erlaubt und das Andere ist halt geduldet, weil es im höheren Allgemeininteresse ist. Es ist halt so etwas das juristische Ding zwischen Recht und Gerechtigkeit. Das ist mir absolut klar. Ich bin mit der Antwort eigentlich zufrieden. Mit dem Inhalt bin ich nicht zufrieden. Das ist verständlich. Ich möchte aber an dieser Stelle

in diesem Sinne gleichwohl auch den Gastrobetreibenden und natürlich den Anwohnern in Olten für die grosse Geduld danken.

Stadträtin Iris Schelbert: Ich kann Florian gleich eine Antwort geben. Der Versuch des kantonalen Amtes für Wirtschaft und Arbeit betreffend erweiterte Öffnungszeiten von Restaurationsbetrieben wird nur durchgeführt, wenn auch genügend Restaurationsbetriebe mitmachen möchten. Es ist verdächtig ruhig. Ich habe mich einmal erkundigt. Aus Olten hat sich etwa ein Restaurant darum beworben. Ob der Versuch überhaupt durchgeführt wird, kann ich Euch aktuell nicht sagen. Es ist einfach so, dass er, wenn es nicht genügend Leute gibt, nicht durchgeführt wird und wenn er durchgeführt ist, muss man dies zwei Jahre lang durchziehen und schaut dann einmal. Die Signale des Kantons sind nicht ganz klar. Zum „Cercle Bruit“ kann vielleicht der Rechtskonsulent sagen, wo man dies beziehen oder einsehen könnte. Mir ist auch nicht bekannt, wie man dazu kommt.

Stefan Hagmann: An sich ist es auf der Webseite. Aber ich kann es dem Interpellanten gerne auch so zustellen. Es ist eine Richtlinie und es geht darum und ich hoffe, das ist richtig, dass das Umweltschutzgesetz fünf verschiedene Lärmarten kennt. Sie sind aber primär auf technischen Lärm ausgelegt, aber nicht den Lärm, den man macht, wenn man vor der Türe redet und so weiter und so fort. Die Gerichte und das Umweltschutzgesetz sagen, dass man vor Ort eruieren muss, ob es störend ist oder nicht. Der „Cercle Bruit“ gibt an sich gewisse Hilfen anlehnend an den technischen Lärm. Aber ich kann Ihnen dies zustellen.

Stadträtin Iris Schelbert: Von der Arbeitsgruppe des SSV haben wir noch keine Handlungsempfehlungen erhalten. Hier sind wir auch am Warten. Aber Florian hat etwas Wichtiges gesagt und das ist die gegenseitige Toleranz. Wir entwickeln uns zur 24-Stunden-Gesellschaft und das sind nicht nur die ganz Jungen, die am Abend auf der Piste sind. Das sind einmal auch mittelalterliche Leute. Wir haben unseren Wirtinnen und Wirten hier, als wir den Gastroplan vorgestellt haben, auch gesagt, dass es eine Chance ist, die sie bekommen, aber sie müssen schauen, dass sie mit ihrer Nachbarschaft zurecht kommen. Ich kann nur unterstreichen, dass Toleranz halt auch von den Nachbarschaften ein Stück weit gewährleistet sein sollte. Du hast den Bahnhofslärm angesprochen. Aber sogar beim grössten Bahnhof wird es in Olten etwas leiser. Wir haben zum Beispiel auch einmal eine Anfrage erhalten, ob man die Lautsprecher der Perrondurchsagen ab 21 Uhr nicht leiser stellen könnte, weil es so lärmig sei. Gut, jetzt kann man sich fragen: Wer war zuerst, der Bahnhof oder die Anwohner? Aber es ist halt schon so, wenn es jemanden stört, stört es jemanden, und dann muss man auf irgendeine Geissart damit umgehen. Es kann der Brävste nicht in Ruhe leben, wenn es dem lieben Nachbarn nicht gefällt. Ich kann nicht viel mehr dazu sagen. Aber wir werden gespannt sein, wie sich dann unser Gastroplan im nächsten Jahr bewähren wird. Ich freue mich jedenfalls schon etwas darauf.

Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne: Ein vielfältiges Kulturangebot in der Stadt Olten ist uns wichtig und diese Interpellation ist vielleicht eine gute Gelegenheit, wieder einmal darauf hinzuweisen, dass das Nachtleben eben auch ein sehr bedeutsamer Teil unserer Kultur ist. Gerade auch nicht ausschliesslich kommerziell orientierte Lokale wie das Coq d'Or, das unterdessen zum Glück wieder offen ist oder geöffnet wird, sind sehr wichtig und bieten Freiräume, auch für noch nicht etablierte Kulturschaffende. Wir sind uns bewusst, was die rechtlichen Restriktionen in Bezug auf Klagen wegen Nachtruhestörung sind. Aber es ist sicher nicht verkehrt, und mit dem Boulevardplan ist sicher ein erster Schritt gemacht, wenn sich die Stadt ganz dezidiert hinter ein buntes Kulturangebot stellt und dies den Anwohnerinnen und Anwohnern auch so vermittelt.

Sandro Gervasoni, FdP-Fraktion: Wir schliessen uns der Freude von Florian Amoser, dass das Coq d'Or wieder offen ist, an. Wir finden es wirklich super, dass es dort weiter geht. Ich bin relativ häufig dort und kann sagen, dass es wirklich eine grosse Bereicherung ist und deshalb effektiv auch Leute von weit weg nach Olten kommen. Wir hatten vorher die Veranstaltung zum Thema Olten Ost. Ich denke, gerade beim Thema, wie man Studenten oder Leute, die Bildungsinstitutionen besuchen, in Olten einbindet, ist dies sicher ein gutes Beispiel. Die rechtliche Situation nehmen wir so zur Kenntnis. Es war in diesem Sinne keine Überraschung. Befriedigend empfinden wir es schliesslich nicht. Es ist effektiv

problematisch, wenn man zur Kenntnis nimmt, dass ein Anwohner reicht, um der Betreiberin eines solchen Lokals das Leben zeitweise effektiv zur Hölle zu machen. Das ist stossend. Aber eine effektive Objektivierbarkeit von Lärm zu erreichen, dafür haben wir auch nicht gerade eine Musterlösung. Auf was wir Einfluss haben und hier hoffen wir, dass der Stadtrat auch ein Stück darauf Einfluss nimmt, ist das subjektive Empfinden seiner Angestellten, schliesslich Polizisten, die ja auch selber Anzeigen machen können. Wir hoffen, dass sich hier die Antwort zur Frage 1, dass der Stadtrat dem aktiven und attraktiven Nachtleben einen hohen Stellenwert einräumt, auch dort widerspiegelt und man hier vielleicht einen gewissen Einfluss nehmen kann. Letztlich ist Lärm immer subjektiv. Einige stören sich, wenn in der Nacht eine Katze schreit, und andere Sachen, wie Autolärm, sind okay. Hier werden wir auch nicht eine einfache Lösung finden. An der ganzen Geschichte hat mich am meisten irritiert, dass offenbar – das wurde mir so zugetragen – von Angestellten der Stadt, also Polizisten, ein Stück weit Äusserungen getätigt wurden, wonach eine Schliessung im Raum stehe etc. Ich nehme jetzt beruhigt zur Kenntnis, dass hier gar keine rechtliche Handhabung in dieser Richtung wäre, würde aber den Stadtrat auch bitten, falls hier ein Missverständnis besteht etc., hier Einfluss zu nehmen, damit dies geklärt wird, weil dies doch eine Aussage ist, die existenzbedrohend sein kann, nicht nur für die Betreiberin von so etwas, sondern auch für sieben, acht Studenten, die dort nebenbei noch ein gutes Auskommen finden.

Stadträtin Iris Schelbert: Wegen der Äusserungen, die so Angst machen, ist Nathalie Papatzikakis zweimal bei mir im Büro gewesen. Wir konnten dies klären. Ich kann sagen, dass ich auch Freude habe, dass das Coq d'Or wieder geöffnet ist. Daniel Kissling hat auch schon wieder mit mir Kontakt aufgenommen. Es ist auch gut, wenn dieser Kontakt etwas läuft, dann kann man genau solche Sachen aus der Welt räumen.

Dr. Max Pfenninger: Ich möchte ganz kurz etwas sagen, das die lärmgeplagten Anwohner trifft. Als meine Praxisräume in der Altstadt umgebaut wurden, sind die Bauherren verpflichtet worden, Wohnraum und nicht alles Geschäftsräume in der Altstadt zu schaffen. Wenn man sich jetzt vorstellt – ich wohne ja nicht dort – dass die Downstair-Bar jeden Abend bis morgens um fünf Uhr offen ist, muss man sagen, dass man nicht mehr an der Hauptgasse wohnen kann. Das sagt mir Roland Vogt, der dort wohnt, ganz klar. Der Stadtrat kann nicht Eigentümer verpflichten, Wohnraum im Stadtzentrum zu schaffen und gleichzeitig daneben bewilligen, dass ein Restaurant jeden Abend bis um fünf Uhr morgens geöffnet hat. Das Restaurant kann dann vielleicht leben, aber derjenige, der dort wohnt, nicht. Einmal muss man noch schlafen. Ich möchte auch bitten, dass man dies zur Kenntnis nimmt. Entweder sagt man: Man kann die Altstadt mit Geschäftsräumen zupflastern. Das ist okay. Um 18 Uhr geht man nach Hause und dann ist niemand dort. Dann heisst es: Wir haben eine tote Stadt. Es wohnt niemand mehr im Stadtzentrum. Oder man macht alle Beizen toujours bis morgens um fünf Uhr auf. Aber dann sehe ich niemanden mehr, der in der Altstadt oder im Stadtzentrum wohnen will.

Myriam Frey Schär: Ich möchte noch kurz darauf antworten. Natürlich, das ist super. Hier muss gewohnt werden. Aber es ist ja nicht so, dass man irgendeinmal bei den Eltern auszieht und dann den ganzen Rest des Lebens in einem Haus oder einer Wohnung lebt. Die Bedürfnisse ans Wohnen verändern sich im Verlaufe des Lebens. Ich habe auch einmal zwei Jahre in der Altstadt gewohnt. Damals war ich Studentin, habe sicher zu denjenigen gehört, die nachts gelegentlich sehr viel Lärm gemacht haben. Aber das hat mich dann auch entsprechend nicht gestört. Jetzt habe ich zwei Kinder, wohne an der Tellstrasse und dort hört man nachts keinen Mucks, ausser die Katzen gehen aufeinander los. Letzten Endes muss man doch auch sehen, dass es ein passendes Publikum für einen passenden Ort gibt. Wenn jemand seine Ruhe will, ist er einfach in der Innenstadt am falschen Ort.

Florian Amoser: Ich möchte mich dem Votum von Myriam anschliessen. Es gibt halt einfach Leute, die es jetzt weniger stört. Für mich muss ich sagen, dass ich einen so tiefen Schlaf habe, dass mich dies jetzt nicht stören würde. Meines Erachtens haben sie bis um zwei Uhr offen, wenn ich es richtig im Kopf habe. Das ist nicht fünf Uhr. Das ist an einem Wochenende.

Mitteilung an:
Direktion Öffentliche Sicherheit/Herr Franco Giori Verwaltungsleitung (5)
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Januar 2013

Akten-Nr. 29/2

Prot.-Nr. 47

Postulat Luzia Stocker (SP) betr. Kauf Kino Lichtspiele/Beantwortung

Luzia Stocker hat am 25. Juni 2012 ein dringliches Postulat mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird gebeten, den Kauf der Liegenschaft Klosterplatz 20, Kino Lichtspiele durch die Stadt Olten zu prüfen.»

Begründung

Der Presse konnte entnommen werden, dass die Liegenschaft Klosterplatz 20 zum Verkauf steht. Das markante Gebäude prägt seit Jahrzehnten das Bild des Klosterplatzes und das Kino Lichtspiele hat Generationen von Oltnerinnen und Oltnern das Kinoerlebnis näher gebracht. Aus städtebaulicher Sicht ist der Erhalt der Volumetrie relevant. Es ist für die Entwicklung des Klosterplatzes wichtig, dass die Stadt Olten mitbestimmt, wie sich der Klosterplatz dereinst zeigen wird. Das Kino könnte zum Beispiel in eine Kinomeile einbezogen werden, indem die beiden Stadtseiten so verbunden werden, vom Kino Palace über das Lichtspiele bis zum Capitol. Das Kino Lichtspiel ist seit Jahrzehnten mit unterschiedlichem Programm als kultureller Ort für die Stadt Olten prägend. Mit dem neuen Verein Filmverein Lichtspiele und dessen Programm wird das Angebot im Bereich Film seit einigen Jahren bereichert und ist eine wertvolle Ergänzung zu den eher kommerziell ausgerichteten Kinos in Olten. Bei einem allfälligen Kauf könnte neben der bisher bekannten Nutzung als Studio-Kino der zentral gelegene Saal mit weiteren Nutzungen bespielt werden. Dafür wäre selbstredend ein dem Ort angemessenes Nutzungskonzept zu erarbeiten. Sollte der Filmverein Lichtspiele selber in der Lage sein, die Liegenschaft käuflich zu erwerben, wird der Stadtrat gebeten, mit dem Verein Kontakt aufzunehmen. Es soll die bestmögliche Lösung für den Erhalt und die Nutzung der Liegenschaft gefunden werden. Die Begründung der Dringlichkeit erfolgt mündlich in der Parlamentssitzung.»

Die Dringlichkeit wurde vom Parlament am 28. Juni 2012 mit 29:13 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

- - - - -

Stadtrat Martin Wey beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Als ein entsprechendes Inserat im Internet aufgeschaltet worden war, hat seitens der Stadt bereits vor Eingang des Postulats ein erster Kontakt mit der Eigentümerin, Coop Immobilien AG, betreffend der Liegenschaft «Klosterplatz 20 / Kino Lichtspiele» stattgefunden. In der Folge wurde die Liegenschaft besichtigt – und entsprechend der «Richtlinie für das strategische Vorgehen beim Verkauf und Kauf von Liegenschaften und Grundstücken» wurde auch ein neutrales Verkehrswertgutachten in Auftrag gegeben.

Nachdem seitens der Coop Immobilien AG ursprünglich ein Verkauf der Liegenschaft an den Meistbietenden angedacht gewesen ist, hat gemäss Mitteilung von Herrn Danilo Zampieri, Leiter Immobilienregion Bern / Nordwestschweiz, eine Kehrtwendung in dieser Frage stattgefunden. Obwohl sich verschiedene Kaufinteressenten gemeldet hätten und auch Angebote eingegangen seien, habe die Direktion der Coop Immobilien AG nämlich zwischenzeitlich entschieden, das Objekt nun doch nicht einer Veräusserung zuzuführen. Im Weiteren besteht von Seiten der Coop Immobilien AG auch keine Absicht, den Mietvertrag mit dem Filmverein Lichtspiele aufzuheben.

Gemäss der «Richtlinie für das strategische Vorgehen beim Verkauf und Kauf von Liegenschaften und Grundstücken» werden Liegenschaften und Grundstücke nur dann erworben, wenn diese für die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben notwendig und geeignet sind, wenn damit übergeordnete öffentliche Interessen der Stadtentwicklung verfolgt oder wenn damit stadteigene Grundstücke sinnvoll arrondiert werden können.

Da dieses Objekt für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben weder geeignet noch notwendig ist, hätte in diesem Fall kein übergeordnetes öffentliches Interesse am Erwerb dieser Liegenschaft begründet werden können. Für den Stadtrat wären dementsprechend auch die Voraussetzungen für den Kauf dieses Objektes nicht gegeben gewesen.

Der Stadtrat empfiehlt dem Gemeindeparlament, das Postulat zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben.

- - - - -

Luzia Stocker Rötheli: Dem Stadtrat danke ich für die Beantwortung. Es hat sich ja jetzt etwas erübrigt. Das heisst, das Blatt hat sich gewendet und das Gebäude soll ja jetzt doch nicht verkauft werden, warum auch immer. Somit könnte man ja auch sagen, dass wir dazu nichts mehr sagen. Das wäre allerdings nur der Fall, wenn der Stadtrat gesagt hätte, er hätte die Absicht gehabt, dieses Gebäude auch zu kaufen. Das war ja der Grund für diesen Vorstoss. Die Absicht, das Gebäude zu kaufen, hat er nicht, auch wenn er gekonnt hätte, weil es nicht zur Strategie passt, also besteht gemäss den Richtlinien für das strategische Vorgehen des Stadtrates sicher kein Bedarf für die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben. Das ist mir auch klar. Es besteht aber aus meiner Sicht durchaus ein Bedarf in Bezug auf öffentliche Interessen aus Sicht der Stadtentwicklung. Das Kino Lichtspiel hat sich ja schon lange und in den letzten Jahren noch mehr zu einem kulturellen Ort etabliert, wo eben nebst Kino auch Anderes Platz hat. Ich erinnere hier an die Sternstunden-Sternschnuppen vom letzten Dezember, die ja wahrscheinlich alle von uns beglückt haben. Um eben Einfluss darauf zu nehmen, wie sich vor allem die Nutzung eines Gebäudes und auch das Gebäude an und für sich entwickelt – wird es abgerissen oder nicht oder wie wird es umgebaut? – muss der Stadtrat in der Regel ein Gebäude besitzen oder irgend in einer Form Einfluss nehmen können. Das ist nicht der Fall, wenn die Eigentümerschaft einfach so wechselt und irgendjemand das Gebäude dann erwirbt und mit dem im Rahmen der Möglichkeiten auch macht, was er will. Das heisst, wir teilen die Meinung nicht, dass kein öffentliches Interesse besteht. Wir haben schon in früheren Vorstössen immer wieder darauf hingewiesen, dass wir bei strategisch wichtigen oder interessanten Gebäulichkeiten gerne sehen würden, wenn der Stadtrat sie erwirbt, so auch dieser Teil eines ganzen Komplexes, wo das Kino Lichtspiel untergebracht ist, der ja eine Einheit in sich bildet und städtebaulich nicht irrelevant ist. Deshalb möchten wir den Stadtrat auch wirklich auffordern, bei einem nächsten solchen Geschäft oder allenfalls wenn es dann wieder zur Diskussion steht, dass Coop doch verkaufen möchte, diese Beurteilung noch einmal zu überprüfen und wirklich auch im Interesse des Gesamten handeln zu können. Das hat er aus seiner Sicht sicher gemacht, aber aus unserer Sicht eben nicht in dem Sinne, wie wir dies möchten. Es wird ja immer wieder gesagt, dass sich die Stadt eben auch aktiv in der Innenstadt in der Entwicklung

beteiligen muss. Bauliche Massnahmen werden jetzt gemacht. Aber man kann natürlich mit dem Erwerb eines Gebäudes auch inhaltlich dazu beitragen. Im Gegensatz zu Felix Wettstein, der bei der Behandlung der Dringlichkeit beruhigend und überzeugt gesagt hat, dass der Stadtrat es schon richten und im richtigen Sinne handeln wird, also dass die Dringlichkeit nicht gegeben ist, war ich eben nicht so zuversichtlich, dass es dann wirklich auch so ist. Es hat sich ja jetzt auch gezeigt, dass der Stadtrat das Gebäude nicht hätte erwerben wollen. In diesem Sinne hoffen wir, dass das Postulat gleichwohl überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben wird, da das Thema ja im Moment nicht relevant ist, aber gleichwohl so als Aufforderung für ein nächstes Mal hier halt wirklich genau hinzusehen, ob es sich nicht doch lohnt.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Grösstenteils einverstanden mit der Würdigung dieses Kulturzentrums, wie es entstanden ist, dass dies auch eine ganz tolle Institution ist. Wir hätten es uns ja in diesem Sinne ganz einfach machen und es ausschweigen können. Das haben wir bewusst nicht gemacht, weil wir uns tatsächlich auch mit der Frage auseinander gesetzt haben, nämlich damals, als es noch käuflich gewesen wäre, das Angebot da war und wir haben Abwägungen gemacht. Ich denke, die Überlegungen, die Luzia anstellt, kann man teilen, diese Meinung auch haben und dann gibt es Abwägungen, was wichtig ist. Am Schluss haben wir irgendwie einen finanziellen Rahmen, wo wir schauen, was prioritär zu behandeln ist. Ich teile Deine Auffassung zu 100 %, dass wir als Stadtrat auch strategisch denken, die Augen offen halten und auch schauen müssen, wo wir unseren Einfluss über Liegenschaften geltend machen können, sei es in der Gestaltung oder Beeinflussung von Qualität im Rahmen des Städtebaus. Von daher verstehe ich Deine Anmerkung auch. Aber wir haben uns gleichwohl erlaubt, auch unsere Überlegungen so quasi als Zusatzinformation jetzt hier mitzugeben.

Heidi Ehram, CVP/EVP/GLP: Unsere Fraktion ist wie die Postulantin natürlich auch für überweisen und gleichzeitig abschreiben dieses Postulates. Wir stellen fest, dass der Stadtrat rechtzeitig die nötigen Abklärungen beim Eigentümer der Liegenschaft gemacht hat und begrüssen jetzt natürlich, dass der Mietvertrag weitergeführt werden kann, weil ja der Stadtrat, wie er es vorher ausgeführt hat, die Liegenschaft aufgrund seiner Richtlinien nicht hätte erwerben können oder wollen. Für uns ist das Lichtspiel mit dem Filmverein unzweifelhaft ein Teil unseres vielfältigen kulturellen Angebotes. Wir sind sehr froh, dass das Lichtspiel seine Aktivitäten weiterführen kann. In diesem Sinne sind wir froh, dass der Eigentümer im Moment nicht Eigenbedarf angemeldet hat oder es verkaufen will.

Sandro Gervasoni, FDP-Fraktion: Wir wollen uns auch der Würdigung dieser Institution anschliessen. Wir finden es wirklich eine Supersache, dass man in Olten auch Filme in der Originalsprache sehen kann. Das ist sonst jeweils leider nicht möglich. Grundsätzlich stellen wir in der Antwort des Stadtrates fest, dass es einen gewissen Widerspruch gibt. Gemäss Antwort auf der zweiten Seite werden Liegenschaften und Grundstücke gemäss den Richtlinien nur dann erworben, wenn sie für die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben erstens notwendig, zweitens geeignet sind. Es kommt ein Komma. Ich fasse es auf, dass man dies auch als einzigen Grund betrachten könnte, wenn damit „übergeordnete öffentliche Interessen verfolgt werden“. Einen Absatz später stellen wir dann fest, dass dieses öffentliche Interesse ausgeschlossen wird, eben weil es nicht für die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben geeignet oder notwendig ist. Hier kommt ja vielleicht noch etwas eine Klärung. Ansonsten finden wir es durchaus auch diskutabel, dass diese Liegenschaft einem öffentlichen Interesse entsprechen könnte.

Gert Winter, SVP-Fraktion: Das Postulat wird aus unserer Sicht nicht damit begründet, dass der Erwerb dieser Liegenschaft zur Erfüllung von öffentlichen Aufgaben erforderlich ist. In diesem Zusammenhang können wir die generelle Obsession für städtischen Grundbesitz in Zentrumslage nicht ganz nachvollziehen, würden doch durch einen Kauf Mittel gebunden, die dann für die Erfüllung von anderen öffentlichen Aufgaben nicht mehr zur Verfügung stehen. Wenn Private die im Postulat genannten Ideen umsetzen wollen, müssen sie nur der

Eigentümerin ein Angebot machen, das sie vernünftigerweise nicht ausschlagen kann. Die SVP-Fraktion wird nach dem Gesagten gegen die Überweisung des Postulates stimmen.

Christian Werner: Ich habe mich zu diesem oder einem ähnlichen Thema auch schon geäußert und kann es auch heute hier nicht ganz nachvollziehen. Mir scheint, dass wir zum Teil etwas seltsam mit Vorstößen umgehen. Bindend ist ja der Vorstosstext und er kann ja eigentlich gar nicht mehr umgesetzt werden. Er verlangt klar, dass der Kauf geprüft wird. Das steht nicht mehr zur Debatte. Ich verstehe nicht, weshalb der Stadtrat und alle anderen Fraktionen für Überweisung sind. Es ist mir schon klar, dass man gerne überweist und gleichzeitig abschreibt, weil es etwas netter ist als etwas abzulehnen. Aber inhaltlich ist es nicht richtig, etwas zu überweisen, das man gar nicht überweisen kann, weil es nicht erfüllt werden kann. Wir beauftragen den Stadtrat mit etwas, was er nicht machen kann. Das ist falsch. Deshalb finde ich, dass wir dies ablehnen und nicht überweisen und gleichzeitig abschreiben müssen.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Ich will mich jetzt nicht vor allem ins Formelle begeben, weil wir hier ja ein politischer Rat sind. Das Ganze ist am 25. Juni 2012 eingereicht worden. Luzia hat dort an und für sich den Auftrag eingegeben. Vom Moment, in dem er überwiesen ist, wird er zugeteilt. Ab diesem Zeitpunkt prüfen wir auch. Diese Prüfung hat im Prinzip zeitgleich ergeben, dass es nachher schliesslich auch verkauft wurde. Das heisst, wir haben die Prüfung eigentlich in einem Akt machen können. Es hat sich in diesem Sinne dann auch erübrigt. Aber die Prüfung haben wir gemacht. Deshalb beantragen wir auch die Würdigung unserer Prüfung und da es schliesslich auch nicht mehr überwiesen oder erfüllt werden kann, schreibt man es ab. Christian, ich verstehe jetzt den Formalismus hier nicht. Ich würde jetzt doch einfach dem stadträtlichen Antrag zustimmen.

Christian Werner: Ich kann dies schon nachvollziehen. Aber die Ausgangslage ist heute halt eine andere als im letzten Sommer. Nur, damit man die Begründung würdigen kann, gut.

Beschluss

Mit 33 : 9 Stimmen wird das Postulat überwiesen und abgeschrieben.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Januar 2013

Akten-Nr. 51/5

Prot.-Nr. 48

Postulat René Wernli (FDP) und Mitunterzeichnende: Verrechnung von Sicherheitskosten/Beantwortung

Am 15. Dezember 2011 haben René Wernli und Mitunterzeichnende zuhanden des Stadtrates folgendes Postulat eingereicht:

Verrechnung von Sicherheitskosten

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, inwieweit Sicherheitskosten für Sportveranstaltungen, die das „normale“ Mass überschreiten, an den Veranstalter weiterverrechnet werden können.

Begründung:

Die Sicherheitskosten für Veranstaltungen steigen fast von Jahr zu Jahr. Vor allem bei Sportveranstaltungen überborden die Kosten zusehends aufgrund der Aktivitäten verschiedener sogenannter Fans ausserhalb des Stadions.

Bei gewissen „roten“ Sportveranstaltungen müssen grosse Kräfte der Stadt- und der Kantonspolizei bereit gestellt werden, damit Ausschreitungen verhindert werden und der geordnete Abgang der Fanblöcke ausserhalb des Stadions gewährleistet ist.

Diese Aufwendungen müssen durch den Staat und die Steuerzahler berappt werden, ohne dass die privaten Veranstalter einen Anteil daran bezahlen müssen.

Die Kantonspolizei Solothurn will solche Einsätze bei Sportveranstaltungen in Zukunft verrechnen.

Andere Städte haben ebenfalls beschlossen, dass sich die Veranstalter an den Sicherheitskosten beteiligen müssen. So hat zum Beispiel der Zuger Kantonsrat im Sommer 2011 festgelegt, dass sich der EV Zug mit 60% an den Sicherheitskosten ausserhalb des Stadions beteiligen muss.

Es ist deshalb zu prüfen, ob in Olten Sicherheitskosten für eine Sportveranstaltung teilweise oder ganz dem Veranstalter weiterverrechnet werden können.

- - - - -

Stadträtin Iris Schelbert-Widmer beantwortet das Postulat im Namen des Stadtrates wie folgt:

A. Ausgangslage

Der öffentliche Grund der Stadt Olten wird von verschiedenen Veranstaltern rege genutzt. Die zentrale Lage, die gute Verkehr-Erschliessung, die ausgezeichnete Infrastruktur und die breite wirtschaftliche und politische Unterstützung sind wohl das Hauptargument für die Durchführung von verschiedensten Veranstaltungen in Olten.

Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung stellt unwidersprochen eine elementare Kernaufgabe der Gemeinde dar. Auf deren Durchsetzung hat die Bevölkerung Anspruch. Gegenstück dieses Anspruchs ist die Pflicht der Allgemeinheit, die aus der polizeilichen Aufgabenerfüllung entstehenden Kosten zu tragen. Das heisst, die Kosten, welche die Polizei für ihre Aufgabenerfüllung zugunsten der Allgemeinheit aufwendet, hat die Gemeinde mit Steuergeldern zu finanzieren.

Von diesem Grundprinzip ausgenommen sind die Kosten für besondere Dienstleistungen, die die Polizei nur zugunsten Einzelner oder von Veranstaltern erbringt. Solche Kosten soll nicht die Allgemeinheit tragen müssen. Darunter fallen Dienstleistungen und Aufwendungen der Polizei, die einer Einzelperson oder mehreren Personen einen konkreten Nutzen bringen oder die eine Organisation freiwillig und aus persönlichem Interesse veranlasst hat. Wer beispielsweise einen Grossanlass plant und durchführt und dabei den Verkehrs-, Ordnungs- und / oder Sicherheitsdienst der Polizei beansprucht, belastet die Polizei mehr, als wenn jemand einen Anlass in einem Umfang organisiert, den die Polizei ohne zusätzliche Aufwendungen im Rahmen ihres normalen Polizeidienstes überwachen kann.

Die Polizei soll ihre Kosten nur bei Anlässen in Rechnung stellen, die über Werbeeinnahmen oder Sponsoring finanziert werden oder bei denen ein Teilnahme- oder ein Einsatzgeld oder ein Eintritt verlangt wird oder üblicherweise verlangt werden kann. Ein grösserer Sportanlass beispielsweise, wird er nun von einem Privaten, einem Sportverein, einem Verband oder von der öffentlichen Hand organisiert, verursacht umfangreiche Ordnungs-, Schutz- oder Verkehrsmassnahmen. Es ist nicht einzusehen, weshalb die Allgemeinheit für die sichere Durchführung solcher Anlässe einstehen soll. Dies vor allem auch dann, wenn der Anlass durch Werbeeinnahmen oder Sponsoring finanziert wird oder werden könnte und die Möglichkeit besteht, durch Eigenleistungen der Veranstaltenden (z.B. durch die Erarbeitung des Sicherheits-, Ordnungs- und Verkehrskonzepts und den Einsatz eigener Hilfskräfte) die Kosten für Verkehrsregelung und Ordnungsmassnahmen zu senken.

B. Rechtliche Grundlage der Stadt Olten für die Verrechnung / Verrechnungspraxis

Die Gebührenordnung der Einwohnergemeinde Olten vom 2. Mai 1996 gilt für die Verrechnung von Sicherheitskosten der Stadtpolizei Olten. Die Stadtpolizei stellt die unter § 25 ff. aufgeführten Gebühren gegenüber Veranstaltenden in Rechnung.

Die Stadtpolizei Olten verrechnet alle ihre Aufwendungen gemäss Gebührenkatalog an die verschiedenen Veranstalter in Olten. Es liegt in der Entscheidungsfreiheit des Stadtrates bereits im Voraus Gebührenerlasse zu beschliessen oder im nachhinein Kostenerlasse gutzuheissen. Die Kosten werden daher sehr transparent ausgewiesen. Die Verrechnung von Sicherheitskosten im Zusammenhang mit Anlässen des Eishockeyclubs Olten (EHCO) wurden bis heute nicht verrechnet. Auf Verrechnungen der Sicherheitskosten seitens der Polizei wurde vor Jahren, vornehmlich aufgrund der damaligen finanziellen Lage des EHCO, verzichtet.

C. Verrechnung von Sicherheitskosten der Polizei Kanton Solothurn

Der Kantonsrat hat den neuen kantonalen Gebührentarif im (GT) März 2010 verabschiedet.

§ 103

1 Besondere polizeiliche Leistungen des Kantons sind grundsätzlich kostenpflichtig. Der Einsatz von Sachmitteln wird nach den Ansätzen gemäss Gebührentarif verrechnet.

2 Kostenersatz wird insbesondere verlangt vom Veranstalter von Anlässen, die einen aufwendigen, ausserordentlichen Polizeieinsatz erforderlich machen. Kostenersatz kann auch verlangt werden vom Verursacher ausserordentlicher Aufwendungen, die bei einem anderen Polizeieinsatz entstehen, namentlich wenn er vorsätzlich oder grobfahrlässig verursacht worden ist oder wenn er in überwiegend privatem oder kommerziellem Interesse erfolgt ist.

3 Das Departement kann auf den Kostenersatz ganz oder teilweise verzichten bei Veranstaltungen, die teilweise im öffentlichen Interesse liegen oder einem ideellen Zweck dienen, sowie bei Anlässen, die keinen oder nur einen geringen Gewinn abwerfen.

Der Kantonspolizei, respektive dem zuständigen Departement, soll mit diesem § 103 GT neu ein Ermessensspielraum gewährt werden bei der Verrechnung von Polizeikosten bei Veranstaltungen mit kulturellem oder jugendförderndem Hintergrund. Damit kann den unterschiedlichen finanziellen Verhältnissen der privaten Veranstalter sowie der Zweckverfolgung der Anlässe besser Rechnung getragen werden. Ebenfalls soll eine neue Bestimmung bezwecken, ausserordentliche Polizeikosten, die als Folge einer Veranstaltung verursacht werden, auf den privaten Veranstalter zu überwälzen, selbst wenn die Kosten ausserhalb des Veranstaltungsortes im öffentlichen Raum, wie beispielsweise im Umfeld eines Stadions, auf dem Anmarschweg, angefallen sind.

Der erste Satz dieser Bestimmung soll die gesetzliche Grundlage schaffen, damit die Kosten für aufwendige ausserordentliche Polizeieinsätze grundsätzlich den Verursachern überwälzt werden können. Bis anhin konnten dem privaten Veranstalter nur die Kosten verrechnet werden, die unmittelbar an der Veranstaltung selber angefallen sind. Die Kosten für ausserordentliche polizeiliche Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Veranstaltung im öffentlichen Raum entstanden sind, mussten praktisch vollumfänglich von der öffentlichen Hand getragen werden. Die privaten und gewinnorientierten Organisatoren konnten für diese von ihnen verursachten Kosten nicht einmal anteilmässig zur Rechenschaft gezogen werden. Dies ist unbefriedigend und verlangt nach einer entsprechenden Regelung. Die bestehende starre Formulierung des jetzigen § 103 lässt keinen Spielraum zu bezüglich einer Kostenermässigung bei Veranstaltungen mit kulturellem oder jugendförderndem Hintergrund. Veranstalter mit kleinen Budgets sind gar nicht in der Lage, die Vollkosten der Polizei zu bezahlen. Um bei der Überwälzung der Polizeikosten den unterschiedlichen wirtschaftlichen Verhältnissen der privaten Veranstalter sowie der Zweckverfolgung der Anlässe besser Rechnung tragen zu können, drängt sich eine Anpassung der bestehenden starren gesetzlichen Regelung auf.

Absatz 3 soll mit einer Kann-Vorschrift dem zuständigen Departement bei der Verrechnung der Polizeikosten einen Ermessensspielraum einräumen bei Veranstaltungen, die teilweise im öffentlichen Interesse liegen oder einem ideellen Zweck dienen sowie bei Anlässen, die keinen oder nur einen geringen Gewinn abwerfen. Ebenfalls ermöglicht es diese Bestimmung, bei jährlich mehrmals stattfindenden Sportveranstaltungen, insbesondere Meisterschaften aus den zwei obersten nationalen Spielligen, zur Zufriedenheit aller Beteiligten im Rahmen einer Vereinbarung eine Jahrespauschale festzulegen, die nicht die gesamten Vollkosten der Polizei deckt. Die Möglichkeit des teilweisen oder ganzen Kostenerlasses sehen ebenfalls die Gesetzgebungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft und Zürich vor. Eine Kann-Vorschrift enthält das Polizeigesetz des Kantons Thurgau. Im Kanton Bern entscheiden die Gemeinden, denen die Sicherheitskosten im Zusammenhang

mit Veranstaltungen in Rechnung gestellt werden, über die Gewährung von Rabatten an die Veranstalter.

Gemäss Rückfragen bei der Polizei Kanton Solothurn wurden dem EHCO erstmals für die Saison 2011/12 eine Jahrespauschale von rund CHF 20'000 in Rechnung gestellt.

D. Kostenaufstellung EHCO der involvierten Polizeikorps

D1. Polizei Kanton Solothurn

Die Polizei Kanton Solothurn rechnet mit CHF 120.-- / Einsatzstunde und Polizist.

Saison	Einsatzstunden	Total
08/09 (ohne Playoff)	1248	CHF 149'760
09/10 (inklusive Playoff)	2053	CHF 246'360
10/11 (ohne Playoff)	697	CHF 83'640

D2. Stadtpolizei Olten

Die Stadtpolizei Olten verrechnet mit CHF 80.-- / Einsatzstunde und Polizist. Zudem arbeitet die Stadtpolizei mit der privaten Sicherheitsfirma Securitas AG zusammen, welche die Verkehrsdienstleistungen für Zu- und Wegfahrten zum Stadion sicherstellt. Die Kosten für einen Securitas Mitarbeitenden beträgt CHF 50.-- / Einsatzstunde.

Saison	Einsatzstunden	Total	Securitas	TOTAL
08/09 (ohne Playoff)	927	CHF 74'160	CHF 26'427	CHF 100'587
09/10 (inklusive Playoff)	1438	CHF 115'040	CHF 49'146	CHF 164'186
10/11 (ohne Playoff)	846	CHF 67'680	CHF 36'749	CHF 104'429
11/12 (inklusive Playoffs)	1228	CHF 98'240	CHF 32'153	CHF 130'393

Die ausgewiesenen Kosten unter D1 und D2 können von Saison zu Saison stark variieren und beziehen sich effektiv auf die Veranstaltungen des EHC Olten. In dieser Aufstellung sind nicht die Vollkosten ausgewiesen, sondern nur die Kosten für die eingesetzten Einsatzkräfte

E. Sicherheitsdispositiv EHCO / Prozess bei der Lagebeurteilung

Der Prozess über die Risikobeurteilung der Spiele des EHCO ist im Sicherheitshandbuch des EHCO detailliert definiert. Grundsätzlich hat in diesem Beurteilungsprozess die Stadtpolizei Olten den Lead und stuft die Vorbereitungs- und die Meisterschaftsspiele des EHCO in enger Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen des EHCO und der Polizei Kanton Solothurn in drei verschiedene Kategorien ein: Rote, gelbe oder grüne Spiele. Je nach Einstufung wird auch das Einsatzdispositiv mit Einsatzkräften bestückt. Die Kosten für ein rotes Spiel z.B: gegen den SC Langenthal sind sehr viel höher als ein grünes Spiel. Bei einem Risikospiel sind bis zu 40-50 Angehörigen der Polizei im Einsatz, um Ausschreitungen in erster Priorität ausserhalb des Stadions zu unterbinden aber auch und in zweiter Priorität ins Stadion hinein zu intervenieren. Bei einem grünen Spiel (tiefes Bedrohungspotential) stellt die Stadtpolizei Olten maximal drei Angehörigen der Polizei, um das zivile Sicherheitsunternehmen bei der Einlass und Auslassphase zu unterstützen. Das

Verkehrsd dispositiv wurde auf die Saison 2011/2012 hin vereinheitlicht und stellt sich bei jedem Spiel gleich dar. Die Polizei Kanton Solothurn hat bei roten Spielen die Einsatzleitung.

F. Schlussfolgerungen

Die Kosten für ausserordentliche Aufwendungen der Stadtpolizei Olten, welche ausschliesslich einem Veranstalter zugewiesen werden können, sollen nicht ausschliesslich von der Allgemeinheit getragen werden. Pflicht der Polizei ist es, die dem Gemeinwohl dienenden Aufgaben so zu erfüllen, dass davon alle in gleicher Weise profitieren.

Damit alle Veranstalter und Vereine in Bezug auf ausserordentliche Polizeileistungen gleich behandelt werden, soll mit dem EHCO für Eishockeyspiele eine kostenmässige und für den Verein vertretbare Kostenverrechnung getroffen werden. Die Gesprächsaufnahme soll erst nach der Fertigstellung des sanierten Eishalle erfolgen. Dies weil zu diesem Zeitpunkt die Aufwendungen für die Polizei auf Grund der neuen Infrastruktur ohnehin neu beurteilt werden müssen.

Im Sinne der genannten Gründe empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament das Postulat zu überweisen.

- - - - -

René Wernli: Was ich eigentlich mit dem Postulat erreichen oder wissen wollte, habe ich so beantwortet bekommen, dass ich sagen kann: Ich bin zufrieden. Die Antworten sind gut. Ich bin zufrieden mit der Empfehlung auf Überweisung und habe lediglich zwei Anmerkungen, die ich einfach los werden muss. Eigentlich finde ich es schade, dass man die Gesprächsaufnahme erst nach Fertigstellung der sanierten Eishalle machen will, weil wir heute schon Probleme und erhöhte Kosten haben. Man könnte dies heute schon beurteilen. Das schliesst eigentlich gleich an den zweiten Punkt an. Wir können aus dem Bericht entnehmen, dass die Kantonspolizei für die Saison 2011/12 auch schon Rechnung gestellt hat. Bis die Sanierung fertig sein wird, gehe ich davon aus, dass noch weitere Rechnungen kommen werden. Dort hätten wir ja unseren schmaler werdenden Geldbeutel auch entlasten können, wenn wir die Aufwendungen der STAPO verrechnen könnten.

Anita Huber, Fraktion Grüne: Meist sind es nur wenige so genannte Fans, die Schlägereien anzetteln und Sachbeschädigungen machen. Doch um Ausschreitungen zu verhindern, sind Sicherheitskräfte nötig. Bei gewissen Sportveranstaltungen sind bis zu 50 Polizeiangehörige im Einsatz. Das verursacht grosse Kosten für die Steuerzahlenden, ohne dass die Öffentlichkeit daraus einen Gegenwert erhält. Direkt verursacht werden diese Sicherheitskosten durch ausflippende Fans und indirekt durch die Veranstalter. Am optimalsten wäre es, solche Hochrisiko-Fans im Voraus in den Strafraum zu versetzen. Wer sich daneben benimmt, muss Schäden sofort selber zahlen und er darf eine ganze Zeit lang nicht zum Match kommen. Aktuell scheint das leider noch nicht möglich zu sein. Deshalb teile ich die Ansicht von René Wernli, dass bei Sportveranstaltungen, die mehr als das normale Mass an Sicherheitskosten verursachen, Kosten auf die Veranstalter überwält werden sollen. Wie aus der Antwort von Sicherheitsdirektorin Iris Schelbert zu entnehmen ist, bestehen schon heute entsprechende rechtliche Grundlagen dafür. Doch bis jetzt wurde diese Möglichkeit nur sehr zurückhaltend ausgeschöpft. Wir finden: Wer übermässig hohe Sicherheitskosten verursacht, soll sich daran beteiligen müssen, und zwar unabhängig von der finanziellen Lage des Vereins. Denn wenn Vereine finanziell in die Verantwortung genommen werden, sind sie motiviert, Fanarbeit zu machen und die überschüssige Energie von Fans in etwas Positives umzuwandeln. Will die Stadt Olten den EHCO fördern, soll sie nicht auf die Überwälzung von Sicherheitskosten verzichten, sondern beispielsweise die

Ausbildung des Nachwuchses finanziell unterstützen. In diesem Sinne werden wir das Postulat überweisen.

André Köstli, SVP-Fraktion: Man hat schon viel über dieses Thema diskutiert, sogar auch schon hier. Deshalb besten Dank René Wernli für dessen Auffassung. Wir finden es ein gutes Zeichen, dass auch der Stadtrat für die Überweisung ist, sendet er doch ein Signal für Kostenreduktion sprich Budgetentlastung aus, wenn es vielleicht auch nur im kleineren Rahmen ist. Es liegt ja auf der Hand, dass zur Aufgabenerfüllung der Polizei gehört, ihren Aufwand uns Steuerzahlern zu verrechnen. Es sind immense Kosten, die hier unter anderem von unserem EHCO oder sogenannten gelben und vor allem bei den roten Spielen verursacht wird. Von den grünen reden wir jetzt hier nicht. Sie fallen ja gar nicht so gross ins Gewicht. Es ist nicht so gemeint. Das Aufgebot an Sicherheitskräften seitens der Stadtpolizei, Kantonspolizei und der Securitas-Mitarbeiter ist enorm und fast schon überwältigend. Die Zusatzkosten bei den Risikospielen könnten sicherlich auch minimiert werden, wenn man die Zutrittskontrolle verschärfen würde. Es sind schliesslich fast immer die gleichen Krawall- und Schlägertypen. Arbeitet der EHCO mit Namen und Adressen der einschlägig bekannten und erfassten Übeltäter, die bereits negativ aufgefallen und von der Polizei erfasst bzw. kontrolliert worden sind? Absolut nichts gegen den EHCO. Ich persönlich besuche auch sehr viele Spiele. Aber ich verstehe natürlich den EHCO schon. So lange hier jemand anders für die ganzen Sicherheitskosten aufkommt, weshalb soll er sich dann noch um solche Sachen kümmern? Die SVP-Fraktion unterstützt das Postulat und wird einstimmig für die Überweisung sein. Aber dann müssen die Kosten natürlich ganz klar und sauber ausgewiesen werden. Dann kann der Stadtrat ins Parlament kommen und wir werden und können über eine saubere und korrekte Kostenaufteilung abstimmen.

Simon Haller, CVP/EVP/GLP: Auch in unserer Fraktion hat das Postulat eine gute Resonanz gefunden. Wir werden auch grossmehrheitlich für überweisen stimmen und möchten einfach noch einen Punkt unterstreichen, den René Wernli erwähnt hat. Wir wären auch dafür, dass man mit den Verhandlungen nicht wartet, bis die sanierte Eishalle in Betrieb genommen wird, damit man möglichst bereits für die Saison 2013/14 mit dem EHC Olten eine Lösung findet, weil es uns nicht einleuchtet, weshalb man noch einmal drei oder vier Jahre ins Land ziehen lassen soll, bis man eine Vereinbarung trifft.

Thomas Marbet, SP-Fraktion: Jetzt fällt es mir relativ schwer, noch etwas Neues dazu zu sagen. Ich möchte einfach betonen, dass die Zunahme der Sicherheitskosten primär einmal in der Sicherheitskommission für Unbehagen gesorgt hat. In diesem Sinne haben wir diesen Vorstoss ja auch parteiübergreifend eingereicht. Es ist eigentlich fast ein Vorstoss einer Kommission. Das ist einmal etwas Neues. Ich möchte auch betonen, dass es nicht darum gegangen ist, irgendwie den EHCO anzuschwärzen. Wir sind uns alle bewusst, was dieser Verein für die Region und die Stadt bedeutet, insbesondere auch für die Nachwuchsförderung. Bei der Überwälzung ist primär natürlich der Verursacher anzugreifen, was in diesem Fall nicht so einfach ist, weil diese Chaoten vielleicht auch nicht bekannt sind oder sie verschwinden wieder, wenn sie ihren Schaden angerichtet haben. Hier greift man halt mangels Durchgriff auf den Veranstalter und das ist in diesem Fall das Pech des EHCO oder auch das Pech eines anderen ausführenden Sportvereins, sei es Eishockey, Fussball oder was auch immer. Tatsache ist aber natürlich schon, dass sich diese Leute ja nicht am Markt treffen. Aber sie treffen sich im Vorfeld oder im Nachgang eines Eishockeyspiels. Dem muss man sicher auch im Klub selber Rechnung tragen durch eine aufmerksame Begleitung von solchen Fans und dann auch Beobachtung im Stadion. Auf der anderen Seite kann man auch sagen: Wir verrechnen nicht direkt dem Verursacher. Man überträgt es der Gemeinde. Man könnte dem fast abwälzen sagen. Hier möchte ich einfach darauf hinweisen, dass dies natürlich unschön ist. Ich meine, wir zahlen hier für Leistungen, welche die Polizei erbringt, die unschön sind und uns alle stören. Sicher verhindern müssen wir, dass wir Kleinstveranstaltungen der Stadt belasten, denn durch solche Forderungen durch Polizei. Wir in der SP würden uns auch nicht wünschen, dass wir nach dem Marsch der 1.-Mai-Feier

eine Rechnung von der Polizei erhalten würden oder dass Ihr, wenn Ihr bei Euch ein Quartierfest macht, nachher noch eine Rechnung des Werkhofes für das Absperren oder das Bringen von Bänken bezahlen müsst. Hier müssen wir sicher aufpassen, dass wir es nicht übertreiben. Aber wenn ich diese Zahlen jetzt so zusammenzähle, sind Fr. 20'000.— pro Jahr dann doch relativ wenig. Ob man jetzt die Playoffs dazu zählt oder nicht, welche Saison man nimmt, es sind dann doch irgendwo 5 bis 10 % der gesamten Kosten. Hier frage ich mich einfach schon, ob es, wie es André gesagt hat, nicht etwas wenig. Es ist wie eine Parkbusse. Man zahlt die Busse und steht einfach im Parkverbot, sage ich jetzt einmal. Ich finde, dass pauschale Beträge und dann noch relativ tiefe schon das Risiko bergen, dass der Veranstalter vielleicht die Anstrengungen nicht ausgeprägt wahrnimmt oder ausdehnt. In diesem Sinne sind wir aber erfreut, dass der Stadtrat diese Problematik erkennt und auch das Unbehagen, das wir in der Kommission Öffentliche Sicherheit haben, vom Rat grossmehrheitlich geteilt wird.

Stadträtin Iris Schelbert: Ich bedanke mich herzlich für die gute Aufnahme. Dem Stadtrat ist natürlich einfach wichtig, dass alle, die Sportevents veranstalten, gleich behandelt werden. Zwar sind diese Sportveranstaltungen mit Werbeeinnahmen verbunden. Es ist nicht ein Behindertensporttag oder ähnliches, sondern es sind Sportveranstaltungen mit Werbeeinnahmen, wo also auch Geld herein kommt. Es gibt ein Mass, was an Sicherheit normal ist, sei es über Verkehrsströme leiten und solche Sachen, das ganz klar ist. Auch bei einem grünen Spiel sind drei Polizisten draussen. Weshalb die Kapo jetzt Rechnung stellt – sie haben auch das erste Mal die Pauschalrechnung gestellt – ist wahrscheinlich darum, weil die Kapo etwas weiter von der Stadt Olten weg ist. Der EHC Olten ist ein Oltner Verein. Das ist einmal die Nähe. Zweitens ist es vielleicht dem Kanton schon ein Jahr vorher finanziell nicht mehr so rosig gegangen wie der Stadt Olten. Das hat aber eigentlich nichts damit zu tun. Es ist einfach so: Wenn Rechnung gestellt wird, ist ja das Unglück schon passiert. Dann haben wir die Ausschreitungen schon gehabt. Der EHCO wie die Stadt, also die Sicherheit, hat ja ein ganz vitales Interesse daran, dass es schon gar nicht zu Ausschreitungen kommt. Deshalb führen wir eigentlich seit dreieinhalb Jahren auch Gespräche mit der Führung des EHCO und Fanclubs sind ja auch involviert. Man will möglichst friedliche Eishockeyspiele haben. Man hat bauliche Massnahmen gemacht. Man nimmt diese Fanströme auseinander, damit sie einander möglichst schon gar nicht begegnen und sich die „Hucke voll hauen“ können. Es hat sich merklich verbessert. Ich kann mich schon an Spiele erinnern, die ich mir oben angeschaut habe, wo draussen Sodom und Gomorrha war und man fast geschlossene Polizistenkolonnen aufstellen musste, damit sie einander nicht an die Gurgel gesprungen sind. Deshalb ist es uns einfach ganz wichtig, dass wir wirklich und das nehme ich jetzt als Auftrag entgegen, die Gespräche vor der Fertigstellung des Umbaus aufnehmen. Beim Umbau geht man natürlich genau auch auf diese Sicherheitsfragen ein. Das hat mit Fluchtwegen zu tun. Es hat aber auch mit der Abgrenzung der verschiedenen Fangruppen zu tun, Extraausgang da und Zuschauerinnen und Zuschauer dort hinaus usw. Das grösste Interesse sollen friedliche Spiele sein. Wenn man halt dann für etwas bezahlen muss, hat man natürlich auch als Veranstalter ein grösseres Interesse, dass es friedlich abläuft. Man nimmt dann auch die Kontrolle etwas ernst. Wenn halt jemand Petarden ins Eisstadion hinein schmuggeln will – Ihr könnt Euch gar nicht vorstellen, welche Ideen sie haben – müssen wir auch weibliche Sicherheitskräfte vor der Türe haben, um auch die jungen Frauen näher anzuschauen, ob und wo sie überall irgendwelche Petarden versteckt haben. Ich nehme den Auftrag jetzt gerne mit. Wir werden genau anschauen, wie wir die Gebühren ansetzen und können und werden die Gespräche früh genug aufnehmen.

Beschluss

Mit 41 : 1 Stimme bei 1 Enthaltung wird das Postulat überwiesen.

Mitteilung an:
Direktion Öffentliche Sicherheit/Verwaltungsleitung, Herr Franco Giori (5)
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Januar 2013

Akten-Nr. 21/0

Prot.-Nr. 49

Motion Anna Engeler (GO) und Mitunterzeichnende betr. Öffnung Mühletal Bach im Bereich der alten Aarauerstrasse/Beantwortung

Am 24. Mai 2012 haben Anna Engeler (GPS) und Mitunterzeichnende eine Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Mühletal Bach verläuft heute mehrheitlich unterirdisch u. A. fliesst er auch unter der alten Aarauerstrasse. Wir möchten den Stadtrat beauftragen, eine Vorlage vorzubereiten wie der Mühletalbach auf der ganzen Länge der alten Aarauerstrasse offengelegt werden könnte. Eine Variante, welche die Sperrung der alten Aarauerstrasse für den motorisierten Verkehr vorsieht, ist dabei ebenfalls zu berücksichtigen. Mit minimalen baulichen Massnahmen könnte so auf der rechten Aareseite ein attraktiver Begegnungsort für Anwohnerinnen, Studierenden der Fachhochschule sowie BesucherInnen der nahegelegenen Einkaufsmöglichkeiten geschaffen werden.

Begründung:

1. Mit der Eröffnung der neuen Fachhochschule und mit dem Projekt Bahnhof Olten Ost erlebt das Quartier eine wesentliche Aufwertung. Die alte Aarauerstrasse ist die eigentliche Verlängerung der Begegnungszone Bahnhof Ost. Durch die Öffnung des darunter verlaufenden Baches würde die Attraktivität dieser Strasse weiter erhöht.
2. Die alte Aarauerstrasse ist bereits heute mit Bänken ausgestattet und ein beliebter Aufenthaltsort. Mit der Öffnung des Baches würde dies weiter verstärkt. Insbesondere über den Mittag könnte ein attraktiver Begegnungsort für Studierende der Fachhochschule, AnwohnerInnen aber auch den BesucherInnen der vielen Verkaufsgeschäfte des Quartiers geschaffen werden.
3. Die alte Aarauerstrasse ist bereits heute nicht allzu stark durch den motorisierten Individualverkehr belastet. Eine Sperrung hätte keine grösseren Auswirkungen auf die Erschliessung des Quartiers sondern würde die sehr unübersichtliche und, vor den Langsamverkehr gefährliche, Verkehrssituation bei der Einmündung in die Bifangstrasse entschärfen. Der Zugang zu den Einkaufsmöglichkeiten indes bleibt weithin gewährleistet. Die alte Aarauerstrasse würde durch das Fahrverbot zu einem eigentlichen Platz mit innerstädtischem Charakter, der bis jetzt auf der rechten Stadtseite noch fehlt. Ähnlich der Kirchgasse bestünde auch hier für Restaurants und Cafés die Möglichkeit, auf die Strasse zu stuhlen.
4. Olten hat sehr wenige offene Gewässer. Auf der rechten Aareseite fehlen diese im Stadtgebiet ganz. Offene (stehende und fliessende) Gewässer sind nicht nur attraktiv für die Bevölkerung sondern auch ökologisch wichtig. Laut dem Naturinventar Olten führt die Ausdholung von fliessenden Gewässern wie dem Mühletal Bach zu einer Erhöhung der ökologischen Vielfalt.»

- - - - -

Stadtrat Martin Wey beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Generelles

Die Offenlegung und Revitalisierung von Gewässern ist im Gewässerschutzgesetz (GSchG) und dem Kantonalen Gesetz über Wasser, Boden und Abfall (GWBA) sowie den zugehörigen Verordnungen geregelt.

Demnach sind Gewässer oder einzelne Gewässerabschnitte in der Regel durch raumplanerische Massnahmen oder im Zusammenhang mit Unterhaltsmassnahmen und bautechnischen Erneuerungsarbeiten aufzuwerten. In überbauten Gebieten sind Ausnahmen von den Bestimmungen über die Anforderungen an die Natürlichkeit der Gewässer und ihrer Ufer möglich.

Die Prüfung, ob ein eingedolter Bach ganz oder abschnittsweise offengelegt und wenn möglich und zweckmässig in einen möglichst naturnahen Zustand überführt wird, ist im Kanton Solothurn seit dem 4. März 2009 mit der Inkraftsetzung des GWBA zwingend und erfolgt in den Gemeinden spätestens mit der nächsten Ortsplanungsrevision.

Zum Inhalt

Der eingedolte Mülitälibach verläuft im Bereich der alten Aarauerstrasse in einer Tiefe von 2 bis 3 Metern unter dem Strassenniveau. Bei starken Regenfällen wird die Kanalisation in den unterirdisch geführten Bach entlastet respektive abgeleitet. Der Mülitälibach ist ein öffentliches Gewässer und untersteht deshalb der Hoheit des Kantons. Die Bauwerke der Eindolung gehören dem Zweckverband Abwasserregion Olten (ZAO) und die gemäss Motion betroffenen Grundstücke der Einwohnergemeinde Olten. Eine Planung zur Offenlegung des Baches wird deshalb in kooperativer Zusammenarbeit mit den drei betroffenen Akteuren erfolgen müssen.

Ob und wo die Offenlegung des Mülitälibaches möglich ist oder nicht, hängt u. a. davon ab, wie das von ihm durchflossene Gebiet genutzt respektive überbaut ist. So kann z. B. davon ausgegangen werden, dass eine Ausdolung an der alten Aarauerstrasse möglich ist, wenn die Strasse weitgehend vom motorisierten Verkehr befreit ist und dem Langsamverkehr zur Verfügung steht. Stehen die entsprechenden Flächen hingegen auch dem motorisierten Individualverkehr zur Verfügung, ist die Offenlegung zumindest in Frage gestellt. Rein technisch ist diese zweifellos machbar. Die Baukosten werden aufgrund einschlägiger Erfahrungen und unter Berücksichtigung der Höherlegung der Bachsohle sowie einer gestalterisch bescheidenen Ausführung auf mindestens 1 Mio. Franken geschätzt.

Sofern sich die Offenlegung des Mülitälibaches als möglich, zweck- und verhältnismässig erweist und diese einen hohen ökologischen Nutzen aufweist, ist eine Kostenbeteiligung des Bundes und Kantons möglich. Gleichzeitig muss aber an dieser Stelle festgehalten werden, dass die Offenlegung des Mülitälibaches im Wasserbaukonzept des Kantons aus dem Jahre 2007 nicht als prioritär eingestuft wurde. Das Konzept wird aktuell vom Kanton überarbeitet.

Die Aufwertung des Bifangplatzes ist ein wichtiges Anliegen im laufenden Projekt „Entwicklung Olten Ost“. Die Alte Aarauerstrasse gehört zweifellos in den Bearbeitungs- oder Betrachtungssperimeter für den Wettbewerb Bifangplatz. Die Wettbewerbsvorbereitungen erfolgen im Jahr 2013 im Rahmen des in der Investitionsrechnung aufgeführten Projekts „Bifangplatz / Bifangquartier / Neugestaltung Begegnungszone“ Kto. Nr. 620.501.038. Die Möglichkeiten zur Offenlegung des Mülitälibaches sollen in diesem Rahmen untersucht und diskutiert werden. Über einen Ausführungskredit wird das Gemeindeparlament zirka Ende 2014 entscheiden können.

Da die Offenlegung des Mülitälibaches ohnehin von Amtes wegen überprüft werden muss und nicht unabhängig von den vorgenannten Projekten geplant werden sollte, empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und zu überweisen.

- - - - -

Michael Neuenschwander: Ich hoffe, einigermaßen im Sinne von Anna Engeler kurz etwas dazu zu sagen. Die Grüne Fraktion hat die Antwort des Stadtrates besprochen und ist einverstanden, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wird. Allerdings haben wir uns vorgenommen, dass wir den Finger darauf behalten und beobachten werden, was in dieser Sache weiter geht. Wir wollen jetzt ja auch nicht noch Wasser in die Aare tragen bzw. eben am liebsten dann über den Mühlitalbach, der halt offen läuft. Aber wir haben ja gerade heute Abend gesehen, dass die Planung eigentlich im Gang ist, die Entwicklung der alten Aarauerstrasse, Bifangplatz-Umgestaltung usw. Wir möchten einfach gerne zu beachten geben oder etwas Nachdruck darauf legen, dass es eine gute Sache wäre, wenn man den Mülitälbach, der ja dort unten durch fliesst, die zwei, drei Meter, unter der inneren Aarauerstrasse, wirklich hervor holen könnte, dass es gut investiertes Geld wäre, auch bei sinkenden Steuereinnahmen. Kreative Lösungen – wir haben gerade davon gesprochen – sind wahrscheinlich gefragt. Man muss dies dann natürlich besprechen, wenn die Planung etwas weiter fortgeschritten ist. Wir möchten einfach zu bedenken geben, dass es wirklich eine grosse Attraktivitätssteigerung wäre, wenn man diesen Bach, der jetzt unsichtbar bei der inneren Aarauerstrasse unten durch läuft, hervor holen würde. Man könnte sich dort einige schöne Sachen vorstellen. Sprudelbecken für Kinder am Bifangplatz habe ich schon vor mir gesehen. Oder wenn man die Aarauerstrasse hinunter geht, wäre vielleicht eine minimale Lösung etwas, wie man es im Moment in der Altstadt in Aarau sieht. Eine Kanalisierung, zum Teil auch noch Überdeckung. Hier gibt es natürlich immer Sicherheitsfragen, die noch relevant sind. Es sollte ja niemand darin ertrinken. Aber gerade für Gastrobetriebe könnte hoch interessant sein, wenn man dort wieder ein fliessendes offenes Gewässer hätte. Wenn wir es schon haben, so holen wir es doch hervor. In diesem Sinne sind wir für Umwandlung in ein Postulat.

Parlamentspräsidentin Anna Engeler: Danke, dass Du mich hier vertreten hast.

Dr. Rudolf Moor, SP-Fraktion: Ich kann es gleich vorweg nehmen. Wir haben natürlich viel Sympathie für diese Idee. Wir haben es uns auch sehr plastisch vorgestellt. Ein solches Bächlein wäre schön. Dann könnte man noch Bänke daneben haben. Ich habe mir vorgestellt, dass man vielleicht sogar noch Fische sehen würde. Du hast vorher die Gastrobetriebe angesprochen. Dann habe ich mir noch vorgestellt, dass wir direkt fischen und die Fische nachher essen können. Man kann sich hier gute Sachen vorstellen. Es scheint aber auch nicht ganz einfach zu sein, weil der Bach heute etwas weit unten ist. Ich arbeite ja in Bern und weiss auch aus anderer Erfahrung, dass es nicht immer so ganz einfach ist, einen solchen Bach freizulegen. Ich möchte nicht einfach Betrunkene ansprechen. Es können auch Nüchterne hinein fallen. Aber auf jeden Fall ist es Problem, wenn die Leute nachher in den offenen Bach hinein fallen. Wir finden es eine gute und eigentlich auch sehr sympathische Idee. Aber es hat aus unserer Sicht auch nicht ganz erste Priorität. Es steht nämlich in Konkurrenz zu anderen Vorhaben, die uns eben auch ein Anliegen sind und wo wir eigentlich möchten, dass sie schon einmal umgesetzt werden. Zum Beispiel denke ich vor allem an ANDAARE mit dem Steg. Das ist ein Bach, den wir schon haben, der offen ist. Dass man besser dazu kommt, hilft natürlich auch. Ich denke an die Winkelunterführung, die dort auch in der Nähe ist. Den Museenneubau. Bifang haben wir vorher in der Einführung gehört. Es gehört irgendwie zusammen. Der Zugang an die Aare, Unterführung Bahnhof Nord, und nicht zuletzt auch etwas, das nämlich schon lange auf der Liste ist, wo wir etwas Angst haben, dass es darauf kommt, der durchgehende Aareweg.

Dort ist nämlich der Bach auch schon vorhanden und man muss ihn eigentlich nicht mehr aufmachen. Aus unserer Sicht steht es wirklich in Konkurrenz zu vielen anderen guten Vorhaben. Deshalb scheint uns die Realisierung in den nächsten Jahren nicht realistisch und konsequenterweise beantragen wir bei der Überweisung gleichzeitig auch die Abschreibung, weil wir etwas Angst haben, dass es sonst bei der Liste, die wir alle zwei Jahre wieder behandeln, mehrmals vorkommen könnte, dass wir wieder darauf zurückkommen. Aus diesem Grunde beantragen wir auch gleich die Abschreibung.

Kilian Schmidiger, SVP-Fraktion: Es ist absehbar, dass der Mühlitälibach aus Umwelt- und Hochwasserschutzgründen im Bereich des Wildparks ausgedohlt, umgeleitet und aufgewertet wird. Das ist sicher auch richtig, schön und macht Sinn. In der alten Aarauerstrasse ist der Bach aber tief unter dem Boden, ebenso in der Engelbergstrasse, wo ja übrigens ein sehr starkes Gefälle ist, was die Sache auch nicht ganz einfach macht. Bei viel Regen wird die Kanalisation bzw. das Abwasser in den Bach geleitet. Deshalb sind wir aus Gründen der Strassenerschliessung, des Städtebaus und des Hochwasserschutzes gegen diese Motion. Es ist weder eine echte Grünaufwertung noch eine Kanalkultur à la Aarau platzmässig und anderweitig machbar. Deshalb lehnen wir die Motion ab.

Stephan Hodonou: Auch die CVP/EVP/GLP-Fraktion hat sich damit beschäftigt und wir haben auch länger darüber diskutiert. Man muss sagen, dass auch uns eigentlich die Idee eines Bächleins an der alten Aarauerstrasse gefallen hat. Wir hatten natürlich sofort auch das Bild von Aarau, wie es dort aussieht. Das hat durchaus seinen Reiz. Wir sind dann aber auch etwas an verschiedenen Details und Sachen hängen geblieben. Ein paar Sachen sind schon gesagt worden. Tiefe usw., Kosten. Was noch nicht gesagt worden ist. Wenn dann dort ein Bach fliesst, haben wir mit all den Gastromeilen vielleicht auch wieder das Problem des Litterings. Das muss man anschauen. Der Schutz der Kinder ist bereits erwähnt worden. Wir haben uns auch gefragt, wie sehr attraktiviert dies. Wir fanden es in Aarau schon schön. Aber es gibt so Push- und Pull-Faktoren. Wir hatten wie das Gefühl, nur der Bach selber belebt diese Strasse noch nicht. Wasser allein. Sonst wären die Leute nur an der Aare. Dort müssen wir schauen. Letzten Endes auch die Frage der Kosten, wo wir sagen müssen: Wir haben eine ganz grosse Wunschliste in dieser Stadt und müssen schauen. Ich denke, in der Priorisierung ist ganz wichtig, dass wir Prioritäten setzen können. Dort hatten wir schon Zweifel, ob es wirklich die Priorität ist, die wir möchten, haben aber gleichzeitig gemerkt: Man muss es nicht gleich verwerfen, vielleicht nicht in dieser Form, aber man kann weiter überlegen, was dort auch aus längerfristiger Sicht möglich wäre. Aber die Kosten standen für uns schon sehr im Vordergrund. Es ist wie beim Hausbau. Man kann verschiedene Varianten Plättli nehmen. Man kann die Hahnen vergolden, im Einzelfall auch ein Dach. Von daher kann es einem gefallen. Der langen Rede kurzer Sinn: Wir wollten uns sagen: Doch, wir wollen uns dem nicht verschliessen. Wir werden dies grossmehrheitlich auch als Postulat überweisen, um sich Gedanken zu machen, aber ehrlicherweise auch sagen: In der Priorität eher weiter hinten.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Wichtig ist, dass der Stadtrat gesagt hat, und ich denke, der Prüfungsauftrag ist richtig, wo die Kompetenzen diesmal sind. Es sind halt drei oder vier Partner. Es geht um Kosten. Es kostet viel. Ich glaube, unser Stadtpräsident hat heute Abend zwei Sachen gesagt. Was im Finanzplan ist, was vorgesehen ist. Der Bifangplatz und die Aufwertung sind uns auch etwas ganz Wichtiges und Zentrales. Aber das Geld spielt selbstverständlich auch eine Rolle. Der Stadtrat möchte in diesem Sinne noch nicht abschreiben, sondern dies durchaus noch in der politischen Gewichtung lassen. Jedenfalls werden wir im Stadtrat auch noch eine Gewichtung vornehmen wollen, welches Projekt schliesslich am Wichtigsten oder wichtig vorne ist. Der Rat soll diese Gelegenheit letztlich auch haben. Aus diesem Grunde bitte ich die Fraktion der SVP zur Kenntnis zu nehmen, dass es in der Zwischenzeit ein Postulat, ein Prüfungsauftrag ist, und ich denke, die Abschreibung ist zu diesem Zeitpunkt verfrüht.

Felix Wettstein: Ich möchte Sie bitten, nicht dem SP-Antrag, jedenfalls dem zweiten Teil, zu folgen und das Postulat nicht abzuschreiben. Wir haben heute Abend gerade in der Vorveranstaltung ganz viele Argumente gehört, warum es genau wichtig ist, dass dies auf dem Radar bleiben soll. Wenn wir heute abschreiben, kann der Stadtrat dies wirklich so weit unten schubladisieren und irgendwo noch in einem Protokoll verankern und fertig. Nachher macht wirklich niemand etwas damit. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Es ist aber eine Chance, weil ich glaube, dass sich ziemlich alle einig sind, dass der Bereich der alten Aarauerstrasse eine Aufwertung verdient. Das Wasser ist schon da. Wenn vorher noch Angst zum Beispiel wegen Hochwasser aufgekommen ist, alle Vergleichsbeispiele, die wir haben, Aarau ist genannt worden, Delémont kennen einige vielleicht, das auch ein sehr schönes Beispiel ist. Selbstverständlich sind sie alle so gelöst, dass im Falle einer grossen Wassermenge das Wasser auch andernorts durchfliessen kann. Meistens halt immer noch unterirdisch. Dass es quasi einen Überlauf gibt, der einigermaßen gleichmässig mit Wasser gespeist wird, würde man sicher auch so machen. Auf keinen Fall sich hier diese Chance vergeben, indem man jetzt schon abschreibt.

Daniel Schneider: Felix, ich bin bezüglich ökologischem Mehrwert nicht ganz schlau geworden. Wir haben einen Bach irgendwo weit unten, müssen das Wasser hinauf pumpen, damit es überhaupt an einen attraktiven Ort kommt, die Engelbergstrasse auch durchschneiden. Ich meine, dort hat es ja einen Brunnen und man kann das Wasser dann weiter verwenden. Wenn man quasi nur die attraktive Seite gestalten will, kann man dies viel günstiger machen. Ich sehe einfach so etwas diesen Link nicht. Wenn schon, müsste man den Bach richtig aufmachen und zwar von zuoberst bis zuunterst. Dann hat es einen ökologischen Mehrwert. Das geht städtebaulich vermutlich nicht. Aber die Ökologie sehe ich in diesem Vorstoss leider nicht.

Urs Knapp: Ich möchte nicht eine persönliche Erklärung oder eine persönliche Bemerkung machen. Man merkt, dass Martin Wey im Wahlkampf ist. Ich kann mich erinnern, dass etwa vor einem Jahr, und ich glaube gerade Du, Martin, uns die stadträtliche Praxis bei Abschreibungen erklärt hast. Du hast gesagt, wenn ein Prüfungsantrag enthalten und es klar ist, dass er ausgeführt werden muss, kann man abschreiben. Im dritten Abschnitt der Beantwortung steht, es muss zwingend überprüft werden. Also ist das Postulat abschreibungsreif. Aber eben: Es ist halt Wahlkampf.

Michael Neuenschwander: Es geht ja immer um Kosten. Weil die Revitalisierung oder das Herausholen von eingedohnten Gewässern eigentlich auch ein Bundesauftrag ist, würde ich doch dafür plädieren, dass man, bevor man abschreibt und das Projekt ganz weit unten in der Schublade beerdigt, schon zuerst auch noch schauen würde, welche Beiträge man sich hier dafür vielleicht holen könnte, auch wenn es nur ein paar hundert Meter wären. Aber es könnte vielleicht ein rechter Zustupf für eine solches Projekt sein.

André Köstli: Ich gebe Daniel Schneider absolut recht. Das Kosten-/Nutzen-Verhältnis bringt hier überhaupt nichts. Man müsste den Bach zweifach führen, einmal oberirdisch und einmal unterirdisch. Gewisse können sich vielleicht noch daran erinnern, als der Müllitalbach sogar den Wilerweg hinunter gekommen ist, weil er so viel Hochwasser hatte. Hier würden wir besser die Finger davon lassen. Das würde nichts bringen.

Roland Rudolf von Rohr: Ich spreche für eine Minderheit und glaube, fast für die kleinste Minderheit und eigentlich auch nur spontan. Aber immerhin ist es erwähnenswert, dass ich mit der SP übereinstimme und denke, dass es jetzt der beste Weg ist, zu überweisen und zugleich abzuschreiben. Dann haben wir diese Prüfung eigentlich hier gemacht und geben dem Bauamt nicht noch viel Arbeit mit, denn wenn sie prüfen müssen, müssen sie auch richtig prüfen. Das ist mit Kosten, nicht nur im Bauamt selber, verbunden, sondern sicher auch mit Expertisen, die wir uns sparen können. Schade für diese reizvolle Idee. Aber man hat von Ernst Zingg am Anfang gehört, was alles auf uns los kommt. Hier sieht man jetzt schon, dass dies in der Priorität so weit hinten wäre, dass es wirklich nur eine Bürde für das

Bauamt ist. Entlasten wir sie doch. Wir brauchen sie in der nächsten Zeit für anderes. Deshalb im Sinne der SP: Überweisen und abschreiben.

Daniel Schneider: Nur noch schnell rein raumplanerisch, Michael. Neun Meter Breite im Siedlungsraum muss ein Bach sein, damit er überhaupt als revitalisiert gilt. Das geht dort einfach schlichtweg nicht. Ich glaube, diese Idee ist einfach etwas romantisch. Das kann ich verstehen. Aber der Ort ist vermutlich der falsche. Wir reden von einem Kanal und dann ist die Geschichte mit der Ökologie schon gestorben. Ich denke, dieser Bach geht so bachab. Aber der Stadtrat kann es ja jetzt ins Wettbewerbsprogramm aufnehmen, dass das Thema Wasser mitgeführt werden soll. Vielleicht kommt dies dann wieder. Ich glaube, das ist genug Grund, um es abzuschreiben.

Beschluss

Mit 36 : 6 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat überwiesen.

Beschluss

Mit 31 : 11 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat abgeschrieben.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)
Finanzdirektion/Herr Urs Tanner
Finanzkontrolle
Rechtskonsulent
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Januar 2013

Akten-Nr. 1/4

Prot.-Nr. 50

Motion Doris Känzig (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Verlegung des historischen Musikautomaten von der Oltner Volière ins historische Museum Olten/Beantwortung

Am 26. Juni 2012 haben Doris Känzig (SVP) und Mitunterzeichnende folgenden Vorstoss eingereicht:

„Der Stadtrat sorgt dafür, dass der aus dem Jahre 1895 stammende und historisch wertvolle Musikautomat in der städtischen Volière aus Sicherheits- und Kostengründen ins Historische Museum Olten verlegt wird.

Begründung:

Der historische Musikautomat war über 50 Jahre lang Bestandteil der 1958 erbauten städtischen Oltner Volière im „Vögeligarte“ auf der rechten Aareseite. Der Automat wurde kürzlich von einem Orgelbauer fachgerecht restauriert im Hinblick auf die 2013 geplante Sanierung der Volière. Die Restaurationskosten werden vom Lotteriefonds, von der Stadt Olten und einer privaten Spenderin getragen.

Der geplante Einbau des Automaten in das neue Volièregebäude würde unverhältnismässig hohe bauliche Kosten verursachen. Dazu kämen die Sicherheits- und Unterhaltskosten, die stets sehr hoch sein würden, wird doch der Musikautomat bzw. der damit verbundene Geldeinwurf bekanntermassen immer wieder Opfer von Vandalen. Ausserdem werden die Vögel bei jeder Inbetriebnahme (Tanzende Biedermeierfrauen bei Münzeinwurf) unnötigem Stress ausgesetzt.

Der historisch einmalige, wertvolle Automat soll deshalb ins Historische Museum Olten verlegt werden. Dort wird dieses kulturelle Bijou als Publikumsmagnet vermutlich erst noch für zusätzliche Besucherinnen und Besucher sorgen.“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Ernst Zingg** den Vorstoss wie folgt:

1. Zum Formellen

Wie Recherchen von Stadtarchivar Peter Heim und Abklärungen bei den früheren und aktuellen Besitzern ergeben haben (siehe unten), ist der Musikautomat nicht im Besitz der Einwohnergemeinde Olten. Der Vorstoss kann daher nicht als Motion behandelt werden, da seine Zielsetzung im Falle einer Ablehnung durch den Besitzer gar nicht umsetzbar wäre. Der Stadtrat könnte somit allenfalls nur in Form eines Postulates beauftragt werden, das

Anliegen der Urheber des Vorstosses zu prüfen bzw. Verhandlungen mit dem Besitzer aufzunehmen.

2. Zum Inhaltlichen

Die Abklärungen von Stadtarchivar Peter Heim haben wie erwähnt Folgendes ergeben:

Der offenbar aus dem Jahr 1895 stammende Musikautomat wurde zwischen dem 29. April 1957 und dem 22. Oktober 1958 vom Ornithologischen Verein Olten (OVO) käuflich erworben. Ein entsprechender Rechnungsbeleg ist nicht erhalten, doch wird in der Vermögensrechnung des Vereins per 31. Dezember 1958 der Inventarwert des Musikautomaten mit Fr. 673.20 (Neuwert Fr. 843.20 minus Amortisation) angegeben. Mit der Übernahme des Volierebetriebs durch den Voliereverein Olten ging, wie Vorstandmitglieder beider Vereine gegenüber dem Stadtarchivar bestätigt haben, das Eigentum des Automaten an den Voliereverein über. Dies bestätigt auch ein Schreiben des früheren Präsidenten des Ornithologischen Vereins Olten, Werner Schwaller (vgl. Beilage).

In der Schweiz gibt es noch ungefähr 30 solche Musikautomaten; mit Ausnahme des Automaten der Voliere Olten befinden sich heute alle in Museen. Es ist von Seiten des Besitzers, des Volierevereins Olten, vorgesehen, den Automaten im Rahmen weiterer baulicher Massnahmen für die Voliere wieder am bisherigen Standort zu installieren; Sichtfenster, Münzeinwurf und Tonaustritt sollen dabei eine wesentliche Verbesserung erfahren. Da die Akustik nach aussen gerichtet ist, entsteht für die Vögel nur eine bescheidene Emission, die zudem durch einen Gewöhnungseffekt reduziert wird, der mit der Zeit auch zu einem Gefühl der Geborgenheit führen kann. An der Stelle der bisherigen Metallbox ist eine gemauerte Vitrine vorgesehen. Bis zu diesem Zeitpunkt wird der Automat bei besonderen Anlässen wie dem Quartier-Vögelgartenfest vom Samstag, 25. August 2012, dem Publikum vorgeführt.

Der Stadtrat ist der Meinung, dass der Musikautomat selbstverständlich unbedingt erhaltenswert ist. Seiner Ansicht nach ist der Schutz im Umfeld der Voliere mit den vorgesehenen Massnahmen indessen gesichert; eine Überführung ins Historische Museum daher nicht erforderlich. Zudem ist der Musikautomat seit jeher ein Bestandteil der Voliere und trägt zur Attraktivität des Vögelgartens bei, wie auch viele Anfragen nach dem aktuellen Verbleib des Automaten zeigen. Und die Stärkung solcher Quartierorte ist ein ausdrückliches Ziel des Stadtteilentwicklungsprojektes Olten Ost.

Im Sinn der obenstehenden Ausführungen beantragt der Stadtrat daher, das Postulat abzulehnen.

- - - - -

Doris Känzig: Ich habe zuerst ein paar Vorbemerkungen zu den formellen Wellen, die dieser Vorstoss im Vorfeld geworfen hat. Die Motion habe ich am 26. Juni 2012 eingereicht. Damals waren die Besitzverhältnisse des Automaten noch unklar. Unterdessen weiss man, dass das historische Stück dem Volierenverein gehört. Der Automat war allerdings 50 Jahre lang in einem Gebäude untergebracht, das der Stadt Olten gehört, nämlich in der städtischen Volière. Der Unterhalt und die mit dem Musikautomaten verbundenen Vandalenschäden hat immer die Stadt Olten bezahlt. 2013 sind für den Unterhalt der Volière total Fr. 86'000.— budgetiert. Ich will niemandem etwas wegnehmen. Mir geht es um die Nebenwirkungen, um die Konsequenzen des erneuten Einbaus in die städtische Volière. Noch zum Formellen: Ich übernehme den Vorschlag des Stadtrates und wandle den Vorstoss somit in ein Postulat um. Vor 50 Jahren war der Automat in der Volière eine Attraktion. Damals hatte auch noch nicht jeder einen Fernseher zu Hause. Heute ist es nicht mehr zeitgemäss den heute neu

restaurierten Musikautomaten in der Volière zu kombinieren. Es gibt Gründe, die dagegen sprechen. Erstens: Im Vögelgarten trifft sich ein anderes Zielpublikum. Dort beobachtet man die Vögel, sucht die Ruhe und hält sich in der Natur auf. Der Einbau des Automaten verursacht unnötige Kosten für den Steuerzahler. Zahlreiche geflickte Stellen am Voliëngitter zeugen vom Vandalismus in den vergangenen Jahren. So hat man auch im Bereich des Münzautomaten für diese Musik das Gitter aufgeschnitten, um an das Geld zu kommen. Es gibt also ein Sicherheitsproblem und man weiss aus Erfahrung, dass gescheiterte Vandalen ihre Wut nachher an der Volière auslassen. Der wertvolle historische Musikautomat ist eine Provokation für Vandalen. Der Einbau des Automaten braucht wegen des erwähnten Sicherheitsproblems eine teure Infrastruktur. Es braucht ein Panzerglas und eine elektronische Tonverstärkung, die das nostalgische Stück erst noch unnötig verfremdet. Die Orgelmusik, die dann so nach aussen dringt, wird eher an einen Disco-Sound erinnern. Die Nachbarn des betroffenen Quartiers können ja dann nicht wählen, wann und wie oft sie die Orgelmusik hören wollen. Die Hauptdarsteller des Ganzen sind die Vögel der Volière. Vögel hören gut, ein Mehrfaches des Menschen. Es ist bekannt, dass Amseln einen Wurm unter dem Boden hören. Es gibt eine Expertenmeinung der Vogelwarte Sempach, die wegen der erwähnten Gründe vom Einbau abrät. Die Stadt Olten steht vor grossen Ausgaben sprich ANDAARE. Der Volkswille geht jetzt vor. Aber jetzt muss man sparen und unnötige Projekte zurückstellen. Die Gesamtsanierung der Volière ist bekanntlich gestrichen, wobei die aktuellen Zustände für die Vögel eher traurig sind. Das ist nicht nur meine Meinung, sondern auch diejenige von anderen Passanten. Sinnvoll wäre jetzt eine Investition, die der Vogelhaltung zugute kommt, zum Beispiel die Sanierung der verstopften Wasserleitungen. Ich bin wie der Stadtrat ebenfalls überzeugt, dass die Volière für die Stadtentwicklung Olten Ost zentral ist. Das Zielpublikum sucht aber eine tiergerechte gepflegte Anlage und nicht einen historischen Musikautomaten. Der Stadtarchivar und der Leiter des Historischen Museums haben den hohen Wert des Automaten bestätigt. Auch wenn er dem Voliërenverein gehört, hat die Stadt eine gewisse Verantwortung, wenn sie die unglückliche Verwendung finanziell unterstützt. Es handelt sich um ein wertvolles Kulturgut. Man kann es nicht mit einem Auto vergleichen. Dem Voliërenverein als Eigentümer des Automaten würde ich es hoch anrechnen, wenn sie ihn freiwillig ins Museum geben. So sieht man auch, dass es dem Verein um das Wohl der Vögel geht und nicht um eine andere Publikumsbelustigung. Das im Museum eingeworfene Geld kann man dann ja dem Voliërenverein als Leihgeber aushändigen. Gleichzeitig hätte der Verein im Museum eine positive ständige Werbung. Ich wollte übrigens mehrmals mit einer Vertretung des Voliërenvorstand Kontakt aufnehmen, bin aber erfolglos geblieben. Ich fasse zusammen: Die Sicherheit, die Kosten, das Wohl der Anwohner und der Vögel und auch eine sinnvolle Verwendung dieses einmaligen Kulturgutes sprechen gegen den geplanten Einbau in die Volliëre. Ich bitte den Stadtrat, mein Anliegen zu prüfen bzw. Verhandlungen mit dem Voliërenverein als Besitzer des Automaten aufzunehmen, damit man die unnötigen Kosten des Einbaus verhindern kann. Das Parlament bitte ich um Unterstützung des Postulates.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich erlaube mir jetzt etwas zu sagen, wo ich hoffentlich nicht falsch verstanden werde. Du hast in Deinen Erläuterungen fast stadträtlich angefangen, dass man von einer Motion in ein Postulat umwandelt. Du hast für uns völlig richtig gesagt, dass die Vögel die Hauptdarsteller sind. In diesem Parlament seid Ihr als Mitglieder die Hauptdarsteller. Ich weiss nicht, ob Ihr zugehört habt, was ich am Anfang gesagt habe. Ich habe jetzt wirklich für mich Geduld gehabt mit den ganzen vielen Kommentaren, völlig zu Recht. Ihr könnt alles vergessen, was Ihr jetzt so Schönes gesagt habt mit Bachen, Dohlen und Entdohlen und wie auch immer und Volière sanieren usw. Ihr könnt es jetzt schlichtweg vergessen. Das ist Fact. Jetzt wieder zum Geschäft: Der Musikautomat gehört nicht der Stadt. Ultimo ratio wäre noch die Enteignung dieses Gerätes, damit es uns gehören würde. Was Peter Kaiser als Konservator sagt, ist gut. Aber er hat einfach nichts dazu zu sagen. Peter Kaiser nimmt, wenn er einen Auftrag erhält, ob etwas ins Museum passt, eine Stellungnahme oder Beurteilung vor und gibt seine Meinung ab. Aber irgendjemand entscheidet zum Ganzen immer noch. Es ist definitiv nicht von der Hand zu weisen, dass der Musikautomat im Historischen Museum einen guten Platz hätte. Hier gebe ich Doris Känzig

absolut recht. Aber es geht jetzt hier schlicht und einfach darum, dass man verlangt, dass das Gerät, das nicht der Stadt gehört, ins Historische Museum kommt. Lieber Christian Werner, jetzt möchte ich einfach daran erinnern, dass Du vor gut eineinhalb Stunden gesagt hast, wie man ein Geschäft behandelt, wenn man bei irgendetwas von einer Motion und einem Postulat redet. Das ist jetzt genau auch ein solches Geschäft, aber genau so eines. Wir haben es jetzt durchaus als Postulat behandelt. Wir hätten in einem Satz sagen können: Nicht eintreten, weil wir gar nichts dazu zu sagen haben. Man kann doch nicht ins Privateigentum drein reden. Das haben wir nicht gemacht. Wir haben das Anliegen wirklich aufgenommen. Das ist auch nicht unberechtigt. Das negiere ich ganz klar nicht oder stelle es in Frage. Aber ich möchte Euch im Sinne des Stadtrates bitten, dem zuzustimmen, was wir beantragen, nämlich: Wir haben es geprüft und es ist ein Postulat. Jetzt kann man es ablehnen.

Roland Rudolf von Rohr: Ich möchte es nicht verlängern. Aber ich bin froh, dass Ernst Zingg noch einmal etwas auf sein Anfangsvotum hingewiesen. Hier muss man sich einfach bewusst sein. Ernst, es wäre vielleicht auch noch heilsam gewesen, man hätte etwa eine Zahl in den Mund genommen, obwohl es wahrscheinlich schwierig ist, dies abzuschätzen und ich verstehe auch den Stadtrat, dass man sich nicht dazu äussern will, wenn man die Zahlen nicht genau kennt. Aber man darf immerhin sagen, dass es um eine riesige Summe geht, dass wir wirklich fast alles vergessen können und insbesondere auch einen solchen Wunsch, der zwar berechtigt ist. Aber in nächster Zeit haben wir sicher andere Probleme.

Heidi Ehram: Ich würde sagen, es gibt fast nichts anderes, als das Postulat abzulehnen. Das Anliegen von Doris verstehe ich. Der Musikautomat ist sehr schön. Wir hatten hier ja auch noch eine Farbkopie dieses Gerätes. Ich würde Doris vielleicht vorschlagen, dass sie mit der Eigentümerin des Musikautomaten Kontakt aufnimmt und die Eigentümerin aktiv wird und schaut, wo sie den geeignetsten Platz für den Musikautomaten hat. Sonst gäbe es noch das Musikautomatenmuseum in Seewen, das international bekannt ist. Vielleicht wäre es dort auch noch gut aufgehoben, obwohl es schade wäre, wenn wir ihn aus Olten verlieren würden. Ich glaube, das ist der beste Weg für den Musikautomaten, und wir haben im Moment sicher keine andere Handhabung, nachdem wir über diesen Apparat entscheiden können.

Doris Käzlig: Ich habe noch eine Frage an Ernst Zingg. Wer zahlt denn den aufwändigen Einbau am Voliëreng Gebäude?

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich weiss nicht, ob ich mich wiederholen muss. Es ist kein Geschäft beschlossen, das noch in der Schwebe ist, wenn es darum geht, etwas zu investieren. Das gilt auch für solche Sachen.

Beschluss

Mit 37 : 6 Stimmen wird die Überweisung des Postulats abgelehnt.

Mitteilung an:
Direktion Präsidium/Herr Markus Dietler
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Januar 2013

Akten-Nr. 35/11

Prot.-Nr. 51

Interpellation Doris Känzig (SVP) und Mitunterzeichnende: Einbrüche in der Stadt Olten/Beantwortung

Am 22. November 2012 haben Doris Känzig und Mitunterzeichnende zuhanden des Stadtrates folgende Interpellation eingereicht:

Einbrüche in der Stadt Olten

Diese Interpellation soll dem Oltner Stadtrat Anlass geben, Aussagen zur Sicherheit in der Stadt Olten zu machen.

Bandenmässige Einbrüche haben in der Schweiz massiv zugenommen, auch hat die Zeit der Dämmerungseinbrüche wieder begonnen. Die Stadt Olten hat entsprechend reagiert indem die Quartierpolizei aufgehoben und die Patrouillen in den Quartieren verstärkt wurde, inklusive Mitarbeitern der Securitas. Zusätzlich wird die Bevölkerung via Medien (Internet und Zeitung) auf richtiges Verhalten zur Prävention angeleitet.

Trotz diesen Massnahmen gehören Einbrüche seit Mitte Oktober 2012 auf der rechten Aareseite zum Tagesgespräch. Alleine von meinen Nachbarn erfuhr ich in den letzten 3 Wochen von 3 Einbruchsfällen mit Diebstahl und Wohnungsverwüstungen. Die Anwohner sind verunsichert, ein solches Ereignis hinterlässt für die betroffenen grosse mentale und materielle Beeinträchtigungen.

Aufgrund dieser Erfahrungen, bitte ich den Oltner Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Teilt der Stadtrat die Besorgnis der Bevölkerung und ist er sich bewusst, dass die Anwohner der von Einbrüchen heimgesuchten Quartiere verunsichert sind, weil sie nicht systematisch von der Polizei informiert werden, sondern zufällig durch betroffene Nachbarn?
2. Wie viele Einbruchdiebstähle gab es in Olten bisher im Jahre 2012, und wie habe diese gegenüber 2010 und 2011 zugenommen?
3. Gibt es Oltner Stadtquartiere, welche von Einbrüchen besonders betroffen sind?
4. Wie funktioniert die Zusammenarbeit Stadtpolizei / Kantonspolizei bezüglich Einbruchbekämpfung in Olten?
5. Ist die Stadtpolizei bereit, die Oltner Bevölkerung laufend und zeitnah über Ort und Zeitpunkt der Einbrüche zu orientieren, damit die betroffenen Anwohner gewappnet sind?

6. Sind seitens der Stadt Olten vermehrt Massnahmen geplant, um den Einbrüchen entgegenzuwirken?

- - - - -

Stadträtin Iris Schelbert-Widmer beantwortet das Postulat im Namen des Stadtrates wie folgt:

Zu Frage 1

Der Stadtrat ist sich der Sorge und Verunsicherung der Oltner Bevölkerung bewusst. Jede Person die Opfer eines Einbruches wurde, fühlt sich in seiner privatesten Zone (Wohnung/Haus) gestört und beeinträchtigt. Das Wissen, dass wildfremde Personen nun das gesamte Hab und Gut durchsucht haben, ruft bei den Betroffenen verständlicherweise grosse Unsicherheit hervor. Das Gefühl der Unsicherheit kann je nach Befindlichkeit nachhaltig zu psychischen Problemen führen. Dies ist weit schlimmer als der materielle Schaden, welcher mehrheitlich durch Versicherungen gedeckt wird. Trotz dieser Erkenntnisse und nach Rücksprache mit der Stadtpolizei hat sich der Stadtrat gegen eine systematische Information der Bevölkerung ausgesprochen. Dies aufgrund folgender Überlegungen:

- Eine permanente Präsenz dieser Thematik kann das Gegenteil dessen, was beabsichtigt wurde, bewirken. Die Bevölkerung wird fortlaufend in Angst und Schrecken gehalten, was wiederum zu mentalen und psychischen Beeinträchtigungen führen kann.
- Das durch diese Meldungen erzeugte subjektive Unsicherheitsgefühl entspricht in keiner Art und Weise der effektiven Sicherheitslage in der Stadt Olten.
- Eine gezielte Information an die Bevölkerung ist nicht möglich, da es keine erkennbaren Schwerpunkte in den Einbruchserien gibt.

Zu Frage 2

Einführend kann hier festgehalten werden, dass die Einbrüche in der Stadt Olten im Oktober und November dieses Jahres im Vergleich zur gleichen Periode des Vorjahres ganz leicht zugenommen haben (+4), jedoch die Gesamtanzahl der Delikte zum Vorjahr klar rückläufig ist. Zudem lassen die Vergleichszahlen im Kanton (Oktober 2012 +108 / November 2012 +42) klar erkennen, dass es dank des grossen zusätzlichen Engagements der Stadtpolizei und der Polizei Kanton Solothurn in der Stadt nicht auch zu einer solchen massiven Zunahme gekommen ist.

Jahreszahlen Einbrüche in der Stadt Olten (Stichtag 30.11.2012)

- 2010 155 Einbrüche
- 2011 209 Einbrüche
- 2012 118 Einbrüche

Bezugnehmend auf die Zeit der sogenannten Dämmerungseinbrüche (Oktober-Dezember) kann folgendes festgehalten werden:

Olten

- Oktober 2012 21 Einbrüche
- Oktober 2011 17 Einbrüche

- November 2012 12 Einbrüche
- November 2011 8 Einbrüche

Kanton exkl. Olten

•	Oktober 2012	230 Einbrüche
•	Oktober 2011	122 Einbrüche
•	November 2012	126 Einbrüche
•	November 2011	84 Einbrüche

Hier ist zu beachten, dass es in Olten auch Einbrüche gegeben hat, die eindeutig nicht in direktem Bezug zu den Tätergruppierungen der „Dämmerungseinbrüche“ zu zählen sind (Geschäfte, Gastwirtschaften, Keller etc.).

Zu Frage 3

Die Einbruchdiebstähle sind in Olten nicht auf ein spezifisches Gebiet, Quartier oder Strassenzug zuzuordnen. Die Lageaufbereitung und Analyse der Stadtpolizei hat ergeben, dass alle Quartiere regelmässig und in etwa gleicher Intensität durch die Täterschaften heimgesucht werden. Es betrifft in etwa je zur Hälfte die linke wie auch die rechte Aareseite der Stadt. Was jedoch klar ersichtlich ist und von der Polizei in ihre taktischen Einsatzplanungen einfließt, ist die Erkenntnis, dass aktuell die Täterschaft mehrheitlich mit dem ÖV in der Region unterwegs ist.

In der Stadt Olten gibt es zu jeder Jahreszeit Einbruchdiebstähle. Die grösste Massierung wird von den sogenannten Dämmerungseinbrüchen zwischen den Monaten Oktober und Dezember verübt. Aber auch hier unterscheidet die Polizei verschiedene Tätergruppierungen:

- Einerseits gibt es Banden aus Osteuropa, welche international operieren, ein Gebiet kurzfristig „abgrasen“ und dann dieses Gebiet oder sogar das Land verlässt. Dafür kommt dann eine andere Gruppe, welche in dieser Zeit eine andere Region „bearbeitet hat“ Diese Gruppierungen sind untereinander gut organisiert. Diese Art der Tätergruppierungen ist extrem mobil und professionell vorbereitet.
- Die andere Gruppierung sind sogenannte MEM (Mobile ethnische Minderheiten). Bei dieser handelt es sich um Sippen, die anreisen und dann geschlossen eine Zeit lang verschiedene Rechtsbrüche vornehmen (Taschendiebstähle, Betteln, Einbrüche etc.). Sobald die Sippe weiterzieht, entspannt sich die Lage vor Ort.
- Eine weitere sind die sogenannten Beschaffungs- und/oder Gelegenheitseinbrecher. Dabei handelt es sich mehrheitlich um Personen, die nur auf Geld aus sind, um entweder ihren Lebensunterhalt oder ihre Sucht zu befriedigen (Keller, Garagen etc.).
- Die letzte Gruppierung sind dann noch die professionellen Einbrecher, die eine Liegenschaft auskundschaften und dann gezielt und für ein bestimmtes Deliktsgut einbrechen (Gastwirtschaften, Geschäfte etc.).

Zu Frage 4

Die Polizei Kanton Solothurn ist gemäss Zusammenarbeitsvereinbarung mit den Stadtpolizeien für die Aufnahme und Bearbeitung von Einbruchdiebstählen verantwortlich. Die Stadtpolizei ihrerseits ist im Zuge der Lokalen Sicherheit für die präventive „Gefahrenabwehr“ zuständig und arbeitet sehr eng mit der Polizei Kanton Solothurn zusammen. Sei dies in der täglichen Lagebeurteilung, den Absprachen mit dem RP Ost, oder in gemeinsamen und/oder gegenseitig eng abgesprochenen Aktionen. Speziell seit Oktober werden regelmässig gemeinsam aufeinander abgestimmte Aktionen im Bereich Dämmerungseinbruch gefahren. Zudem erfolgen täglich Absprachen über mögliche Muster und Tatvorgehen in Olten und der Region.

Zu Frage 5

Eine zeitnahe Information der Bevölkerung erachtet die Stadtpolizei als nicht zielführend und kontraproduktiv. Dies aufgrund der Tatsache, dass die Einbrüche auf das ganze Stadtgebiet verteilt sind und die Täterschaft strukturlos jeweils das Quartier wechselt. Heute wird z.B. im Säli-Quartier eingebrochen und morgen dann im Schöngrund. Das wiederum würde bei einer laufenden Information der Bevölkerung mehr Unsicherheit verursachen als nützen. Die

Stadtpolizei hat und wird immer wieder die Bevölkerung auf mögliche Verhaltensgrundsätze hinweisen, die einem Einbruchdiebstahl entgegenwirken können.

Zu Frage 6

Die Stadtpolizei führt eine Lagekarte, auf welcher alle aktuellen Ereignisse und somit auch die Einbruchdiebstähle vermerkt werden. Das ergibt dann jederzeit ein aktuelles Lagebild. Zudem führt sie bereits seit Anfang Oktober diverse Präventions- und Schwerpunktaktionen, zusätzlich zu den normalen Patrouillentätigkeiten, durch. So findet seit Anfang Oktober und bis auf Weiteres, von Montag bis Freitag zwischen 17.00 Uhr und 20.00 Uhr, jeweils eine Securitaspatrouille statt. Diese 2 Mann / Frau haben einen klaren präventiven Auftrag und patrouillieren gut sichtbar in den Quartieren. Vorkommnisse und verdächtige Personenwagen oder Personen werden entweder der Stadtpolizei direkt gemeldet oder mittels Melderapport vermerkt. Zudem wird die Bevölkerung auf mögliche Gefahren (offene Türen, Fenster, Wertgegenstände in Autos etc.) direkt angesprochen.

Zusätzlich führt die Stadtpolizei in enger Zusammenarbeit und/oder Absprache mit der Polizei Kanton Solothurn mehrmals wöchentlich in der Zeit von 16.30 Uhr und 20.30 Uhr Schwerpunktaktionen gegen Dämmerungseinbrüche durch. Dabei nehmen durchschnittlich 6 Mitarbeitende daran teil. Im Weiteren sind die täglichen lokalen Sicherheits-Patrouillen zwischen 15.30 Uhr und 20.00 Uhr angewiesen sich, sofern es der Dienst erlaubt, mehrheitlich in den Wohnquartieren aufzuhalten.

- - - - -

Doris Känzig: Ich komme zuerst zur Begründung, weshalb ich die Interpellation eingereicht habe. Ich danke Iris Schelbert bzw. dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung meiner Interpellation zum Thema Einbrüche in Olten. Ich bin sehr froh, dass die vorliegenden Einbruchzahlen auf diesem Weg bekannt geworden sind, sofern man bei diesem Thema überhaupt froh sein kann. Was hat mich dazu bewogen, die Interpellation einzureichen? Seit Oktober 2012 erfahre ich in meiner Nachbarschaft immer wieder per Zufall von Einbrüchen mit Diebstahl und Wohnungsverwüstung. Zeitweise sind dies drei Fälle pro Woche. Aufgrund dieser zufälligen Informationen im Coop oder beim Blätter wischen wollte ich mich aus erster Hand informieren. Ich habe dann aber festgestellt, dass die Stadt Olten diese Einbrüche nicht publiziert. Auch beim Kanton finde ich in den Medienmitteilungen vor allem Autodelikte. Ab und zu erfährt man in der Presse von einzelnen Einbrüchen, aber eher selten und nicht systematisch. Das führt zu einem falschen Sicherheitsgefühl, das überhaupt nicht den Tatsachen entspricht. Andere Städte und Kantone haben erkannt, dass die Sensibilisierung der Einwohner zentral ist. In St. Gallen erfährt die Bevölkerung lückenlos und ständig jeden Einbruch mit Zeitpunkt, Strasse, Einbruchsvorgehen, Diebesgut und Nationalität der Einbrecher und ob sie erwischt wurden oder nicht. Die Antwort auf meine Anfrage bei der Polizei St. Gallen hat ergeben, dass dank dieser Informationspolitik vermehrte Meldungen der Bevölkerung eingehen und zu vermehrten Festnahmen der Täter führen. Auch der Aargau und das Baselbiet geben bekannt, dass der beste Schutz die Eigeninitiative der Bevölkerung ist. Sie kann ihre Eigenverantwortung aber nur wahrnehmen, wenn die Einwohner lückenlos über die von Einbrüchen betroffenen Quartiere und Strassen informiert werden. Über die Festtage weiss man vom Aargau, dass allein am Weihnachtstag in zwölf Einfamilienhäuser eingebrochen wurde. Im Aargau erfährt man, dass neuerdings nicht nur Sitzplatztüren, sondern auch Sicherheitsfenster und geschlossene Fensterläden geknackt werden. Solche Entwicklungen und wo und wann die Banden unterwegs sind, müssen öffentlich publiziert werden. Wenn nämlich jemand weiss, dass Einbrecher unterwegs sind, wird er sich wappnen und seine Ferien nicht im Facebook dokumentieren. Die Zunahme der Einbrüche in der Schweiz ist allgegenwärtig. Zum Beispiel in Riehen hat es 2012 im gleichen Zeitraum 170 Einbrüche statt 40 wie im Vorjahr gegeben. In Basel erfährt man auch die Herkunft aller erwischten Asylbewerber und dass man sie nach drei Tagen wieder frei lassen

muss, weil sie mit dem Asylzentrum einen festen Wohnsitz vorweisen können. Gerade diese Information wäre für die Einwohner der Region Olten von grosser Bedeutung. Ein Zitat der Polizei im Baselbiet. Die Bevölkerung macht mehr Meldungen und es gelingen mehr Festnahmen. Das ist der Erfolg der Sensibilisierung durch Information. Mir fehlt diese Information in Olten. Die Bevölkerung muss man in die Prävention durch konsequente Orientierung einbinden. Die Leute haben ein Recht zu erfahren, was in Sachen Einbrüche in Olten läuft. Sie fühlen sich sonst unsicher und auch ungerecht behandelt, wenn sie erst nach zwei Tagen durch Zufall von einem Einbruch beim Nachbarn erfahren. Auch wenn, wie es in Olten der Fall ist, vermehrte Polizeipatrouillen gehen oder meistens fahren, gibt es ja nachher eine Entwarnung für die Einbrecher, wenn die Polizei wieder weg ist. Wir haben auch zu wenig Polizisten, um ständig alle Quartiere abzudecken. Dazu braucht es die wirksame Prävention mit Hilfe der Bevölkerung. Im November 2012 hatte die KAPO Solothurn im Sälipark einen Infostand. Ich habe dort mein Anliegen einem Polizisten erzählt. Er hat mir sofort recht gegeben, hat bestätigt, wie wichtig die Information der Einwohner sei. Die KAPO habe seit drei Tagen gehandelt. Ab sofort hätten alle betroffenen Anwohner nach einem Einbruch eine Karte im Briefkasten. Einbrüche hat es weiterhin gegeben. Ich hatte aber noch nie eine solche Karte im Briefkasten und meine Nachbarn auch nicht. Das funktioniert also nicht. Mit der Antwort auf die beiden Fragen 1 und 5 kann ich also nicht leben und bin nicht zufrieden. Meine Gespräche mit betroffenen Einbruchsoptionen zeigen ein anderes Bild als dasjenige, das Iris Schelbert in der Antwort auf die beiden Fragen schildert. Diese Leute haben nämlich Angst. Sie sind verunsichert, weil sie keine offiziellen Informationen über die Vorfälle haben. Sie fühlen sich von den Behörden im Stich gelassen. Persönliche Gespräche im Kleinholz und auch im Säliquartier belegen meine Aussagen. Vor zwei Wochen hat man eine langjährige Bekannte meines Mannes und mir, Frau Maritz, per Zufall tot aufgefunden. Das haben wir aus dem Blick erfahren. Sie hat schon seit einem Monat in der Wohnung gelegen. Bei transparenter Information über Einbrüche durch die Stadt Olten hätte vielleicht ein Nachbar des gleichen Blocks schon lange nach dieser verschwundenen Frau geschaut. Aber so fühlen sich die Leute in einer falschen Sicherheit und kümmern sich nicht um einander. Die Enthaltung von solch wichtigen Informationen wie ein Einbruch im Quartier ist eine Bevormundung des Bürgers. Die Bevölkerung ist schlau genug, um selber zu entscheiden, ob sie diese Informationen will oder nicht. Zum Beispiel über das Internet oder über eine speziell eingerichtete Telefonnummer. Ich staune auch, dass die Kantonspolizei im Sälipark eine so grundlegend andere Meinung als die Stadtpolizei Olten hat. Für alleinstehende Frauen ist es ein Horror, wenn sie am Abend nach Hause kommen und eine verwüstete Wohnung antreffen. Dieser Überraschungseffekt löst einen Schock aus. Wenn man aber von gestrigen Einbrüchen in der Strasse Kenntnis hat, kann man sich innerlich und vor allem auch sicherheitstechnisch auf einen solchen Fall vorbereiten. Autodelikte werden übrigens per Medienmitteilung praktisch täglich und lückenlos gemeldet. Die Autofahrer werden also informiert und sind entsprechend gewappnet. Hier gibt es eine andere Strategie als bei den Einbrüchen. Ich bedanke mich nochmals für die ausführliche Auskunft, hoffe in der nächsten Zeit aber diesbezüglich auf eine transparente Informationspolitik. Nur so hat der Bürger eine Chance, sich selber zu schützen. Andere Kantone machen diese Art von Prävention mit Erfolg vor. Von den Informationen bin ich befriedigt. Aber mit der Informationspolitik bin ich nicht zufrieden. Mit den Antwort 1 und 5 in diesem Fall nicht.

Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne: Diesmal erlaube ich mir, etwas auszuholen, weil es ein Thema ist, das mir wirklich sehr am Herzen liegt. Vor zwei Jahren wurde bei uns innerhalb von drei Monaten zweimal eingebrochen. Beide Male in der Nacht. Wir waren beide Male zu Hause. Einmal sind wir aufgewacht, einmal nicht. Es ist traumatisch. In diesem Punkt gehe ich mit der Interpellantin absolut einig. Nach dem zweiten Einbruch haben wir uns überlegt, ob wir eine Alarmanlage installieren. Eine Alarmanlage, die uns Tag und Nacht daran erinnert, dass wir potenzielle Opfer sind, dass wir gefährdet sind. Dieser Gedanke war uns ein Graus. Dann haben wir uns stattdessen Herrn Schwägli ins Haus geholt. Er ist der äusserst kompetente Sicherheitsberater der KAPO und kommt gratis und franko nach Hause und schult ein, zwei Stunden mit einem herum, schaut mit einem alle

Sicherheitsmängel an und schlägt Verbesserungen vor. Die Sicherheitsberatung der KAPO ist eine Superalternative zum panisch Werden. Was zusätzlich hilft, ist sich mit den Nachbarn gut zu stellen, bei Bedarf gegenseitig auf die Häuser aufzupassen und einander über Vorkommnisse auf dem Laufenden zu halten. Mir muss es doch nicht die Polizei erzählen, wenn bei den Nachbarn eingebrochen worden ist. Wir brauchen keine Bürgerwehr. Aber ab und zu ein Strassenfest schafft erstaunlich viel Zusammenhalt im Quartier. Das Sicherheitsbedürfnis unserer Gesellschaft steigt ständig. Dabei ist es wichtig nicht zu vergessen, dass objektive Sicherheit und gefühlte Sicherheit manchmal Welten auseinander liegen. Es geht mir darum. Was ich nicht will, ist ein Klima der Angst. Ich will mich nicht ständig damit beschäftigen müssen, dass mir etwas passieren könnte. Auch tägliche Kriminal- und Einbruchstatistiken würden meine Sicherheit objektiv wahrscheinlich nicht erhöhen. Der Feind im Dunkeln, der unsere Sachen wegnehmen will, ist natürlich auch politisch eine Superprojektionsfläche, ohne jemandem irgendetwas unterstellen zu wollen. Angst und Misstrauen wird uns nirgend wohin bringen. Einbrüche passieren. Man kann sich ein Stück weit schützen. Es gibt wirklich ganz viele Möglichkeiten. Aber hundertprozentige Sicherheit gibt es jetzt einfach nicht. Die Chance, dass ich mich zu Hause oder bei der Arbeit bei einem Unfall sehr schwer verletze ist übrigens erstaunlich gross. Aber wenn ich deswegen nur noch mit einem Helm und Schienbeinschonern herumlaufen würde, würde man mich wahrscheinlich zwangseinweisen. Deshalb: Bitte wahrt jetzt einfach die Relationen. Kontrolliert Eure Kellerfenster, kauft Euch ein Drei-Punkte-Türschloss. Aber lasst Euch nicht den Schlaf rauben, weil Angst macht uns vor allem eines: Unfrei.

René Wernli, FdP-Fraktion: Wenn man die Statistik anschaut, die uns vorliegt, kann man feststellen, dass es in einem kleinen Abschnitt des Jahres eine kleine Erhöhung der Einbrüche gegeben hat, aber grundsätzlich sind die Zahlen im Jahresvergleich massiv gesunken. Ich bin der Auffassung, dass dies eine Folge der Arbeit unserer Stadtpolizei und den Begleitmassnahmen, die eingeleitet wurden, ist. Das sind Begleitmassnahmen, wie man es auch dem Bericht entnehmen kann, mit den Sicherheitspatrouillen, die in den entsprechenden Quartieren die Polizei unterstützen. Ebenfalls gut angekommen ist die Aktion, dass sie, wenn sie etwas sieht, Zettel oder gelbe oder rote Karten verteilen. Die Polizei ist so weit, dass sie, wenn sie feststellt, dass ein Auto offen ist, noch während dem sie dies feststellt, herausfindet, wer der Besitzer ist und ihn schon einmal anruft. So weit sind wir von den Dienstleistungen her schon. Ich bin der Auffassung, dass diese Präsenz eben auch dazu beiträgt, dass die Herrschaften aus den angrenzenden nicht mit weissen Autokennzeichen herumfahrenden weniger Zugriff in unsere Wohnungen haben. Ich möchte, wie es Myriam auch gesagt hat, davor warnen, dass man alles in die Zeitung bringt, weil dies ins Gegenteil ausarten kann. Es kann Angst entwickeln. Man sieht dann hinter jedem, der irgendwo einen Briefkasten oder etwas sucht, einen potenziellen Täter. Wenn ich irgendwo etwas einwerfen oder jemanden besuchen will und vielleicht die Hausnummer nicht gleich finde und dann plötzlich in einen Doppelläufer hineinschaue, weil der andere das Gefühl hat, ich trage ein Halstuch und komme aus einem fremdländischen Kulturkreis, habe ich dann etwas Probleme.

Thomas Marbet, SP-Fraktion: Doris, besten Dank für den Vorstoss. Man muss dies auch einmal verdanken, weil man doch interessantes Zahlenmaterial hervor gebracht hat. Merci der Direktion Öffentliche Sicherheit. Das war für mich jetzt auch neu und ich beschäftige mich in der Kommission auch ab und zu mit diesen Themen. Wir würden eigentlich anregen, dass man diese Zahlen vielleicht auch in den Verwaltungsbericht aufnimmt. Es ist interessant, wenn man dann für das ganze Jahr eine Statistik führt, sofern dies auch rechtlich zulässig ist, was ich eigentlich nicht bestreite, wenn wir es ja hier in der Beantwortung des Vorstosses haben. Auch bei mir war Herr Schwägli, Sicherheitsberater des Kantons. Es spricht sich doch auch in Olten herum, dass es ein guter Mann ist. Ich hatte auch eine Karte der Polizei, dass sie in der Nacht vor Ort waren und im Quartier herum gegangen sind. Die Nachbarschaftshilfe ist angesprochen worden. Das finde ich auch etwas ganz Wichtiges. Bürgerwehr wollen wir nicht, sondern einfach einander aufmerksam machen, Briefkasten leeren, das Auto beim Nachbarn abstellen usw. Sehr gut ist offenbar

auch, wenn Kinderspielsachen herum liegen. Das gibt doch einen Hinweis darauf, dass hier die finanziellen Mittel auch knapp sein könnten und sich ein Einbruch unter Umständen nicht lohnt. Ihr könnt jetzt alle eine Rutschbahn in den Garten stellen. Das ist die beste Prävention. Wir begrüßen es, dass die Quartierpolizei vor Ort ist, in den Quartieren die Kontrolle macht. Sprecht sie auch darauf an, wenn Ihr Fragen habt. Ein wichtiges Anliegen ist sicher auch, nicht auf Panik zu machen. Denn oft stellt sich heraus, dass die Leute, die im Quartier sind, einen legitimen Grund haben, sei es nur, weil sie einem irgendeine Wahlkarte in den Briefkasten werfen.

Stadträtin Iris Schelbert: Merci vielmals für all diese Überlegungen und Antworten. Es ist bei der Kommunikation tatsächlich halt etwas ein Eiertanz. Was ist ein falsches Sicherheitsgefühl, das vermittelt wird oder ein unnötiges Unsicherheitsgefühl? Ich weiss nach einem Tag, wenn bei den Nachbarn eingebrochen worden ist, weil wir eben nachbarschaftlichen Kontakt haben. Wenn ich erst nach vierzehn Tagen von der Polizei vernehme, dass bei den Nachbarn eingebrochen wurde, ist die Sache mit der Nachbarschaftshilfe wahrscheinlich auch etwas in die Hosen gegangen. Sie kommt halt nicht einfach erst vom Oktober bis Januar, sondern man muss sie das ganze Jahr etwas pflegen. In der Elsastrasse hat eine Nachbarin draussen beim Rauchen gesehen, dass es vis-à-vis so etwas herum geistert. Sie hat dann schnell die Polizei angerufen und sie hat dann tatsächlich jemanden erwischt. Die richtigen Verhaltensweisen sind auch von der Stadtpolizei in der Zeitung gewesen. Sie hat auch informiert, wie man sich verhalten kann, zum Beispiel bei einem Auto kein Navi an der Windschutzscheibe kleben lassen, weil es dann sonst vielleicht weg ist oder halt Kippfenster usw. Man kann sich nicht erst auf mögliche Dämmerungseinbrüche vorbereiten, wenn man hört, dass in der Stadt Olten dort und dort und an einem anderen Ort eingebrochen wurde. Man weiss es. Man kann sich eigentlich immer darauf vorbereiten. Deshalb möchte ich Euch auch sagen: Wenn Ihr wirklich das Gefühl gehabt, Ihr möchtet beraten werden, nehmt die Beratungsangebote in Anspruch. Es braucht aber nicht eine spezielle Telefonnummer. 117, die Polizei, das reicht. Es braucht nicht noch eine Extranummer. Ich kann Euch jetzt einfach noch gerade die neuesten Zahlen liefern. Drei Monate. Einbruchdiebstähle Oktober bis Dezember in Olten im Vergleich die Jahre 2011 und 2012: 2011: Olten 40 Einbruchdiebstähle, in den drei Monaten 2012 44, plus 10 %. Im Kanton 2011: 346, 2012 481, plus 39 %. Diebstähle aus Fahrzeugen in Olten 2011 und 2012 je 7. Im Kanton 2011 40, 2012 73. Das sind die neuesten Zahlen, die wir erhalten haben. Sonst muss ich sagen, dass ich natürlich auch etwas gestaunt habe, als ich von der Polizei ein paar Antworten erhalten habe, dass zum Beispiel aktuell die Täterschaften mehrheitlich mit dem ÖV verkehren. Ich mag dies jetzt nicht so richtig loben. Aber es ist tatsächlich so, dass diese Leute am Bahnhof mit der klaren Weisung ausgesetzt: Du gehst nach Hägendorf, Du nach Winznau, Du dort und Du dort. Du nimmst Buslinie 3. Dann kann man Nadeln stecken, wo sie es probieren. Das geht blitzartig. Sie probieren einmal und kommen hinein oder nicht. Dann sind sie schon bei der nächsten Wohnung. Sie haben nicht Zeit, stundenlang zu suchen. Sie wissen auch, wo sie schauen müssen. Wir sind natürlich mit Täterschaften konfrontiert. Da dürfen wir auch keine romantischen Vorstellungen haben. Es ist ein Trauma für jede Frau, für jeden Mann, unabhängig ob alleinstehend oder nicht. Ich finde es auch als nicht alleinstehende Frau nicht lustig, wenn eingebrochen wird. Es ist tatsächlich ein Trauma nur schon zu wissen, es war eine fremde Person in der Wohnung, hat alles angefasst und alles geöffnet. Das ist ganz schlimm. Deshalb kann die Polizei einfach vor allem auf Prävention setzen und sagen: Leute, schützt Euch mit allen Mitteln. Wenn jemand hinein will, passiert es gleichwohl. Ganz verhindern können wir es nicht. Ich bin ganz fest der Überzeugung, dass mit Sera-Aktionen unserer Stadtpolizei, die sie gemacht hat, regelmässig, unregelmässig, auftauchen, auch in Zivil, abends genau von 16.30 – 20.00 Uhr in dieser ganz sensiblen Zeit, das Resultat eben schon ist, dass wir bei den Einbruchdiebstählen nur eine Zunahme von 10 % gegenüber dem vorletzten Jahr hatten. Wir werden nicht umhin kommen, die Leute immer wieder darauf anzusprechen und zu sensibilisieren. Von daher denke ich, dass diese Interpellation auch ihren Dienst getan hat. Jetzt steht dann wieder etwas in der Zeitung, die Leute lesen es und sind wieder etwas mehr sensibilisiert.

Urs Knapp: Die Stadträtin hat das Thema Kommunikation erwähnt. Ich kann nur unterstreichen, wie wichtig dies ist. Zur Sicherheit gehört, dass man die Dinge und Personen richtig nennt. Wenn ich im Bericht des Stadtrates lese, dass MEMs sogenannte neue Tätergruppen sind, mobile ethische Minderheiten – früher hat man sie Zigeuner oder Fahrende genannt – dann löst dies bei mir Unverständnis aus. Wahrscheinlich werden sich dann auch viele Leute fragen, wer schreibt denn dies? Wie weltfremd sind sie? Warum kann man die Dinge nicht so benennen, wie sie sind?

Luzia Stocker Rötheli: Auf eine Äusserung muss ich reagieren. Die Ausführungen von Doris kann ich teilweise nachvollziehen, zum grössten Teil nicht und zum Teil sind sie etwas abenteuerlich. Die Aussage, dass die Nachbarschaftshilfe, wenn man informiert wäre – darauf haben ja jetzt schon einige reagiert – besser wäre, sprich wenn man eben nicht informiert ist, dass sie in diesem Fall nicht ist – das war ja dann der Schluss – finde ich äusserst fragwürdig. Ich denke, ich erlebe dies überhaupt nicht so, dass es so ist. Es hat nichts mit der Information über Einbrüche zu tun, ob die Nachbarschaftshilfe stattfindet oder nicht. Es kann allenfalls etwas sensibilisieren. Aber daraus den Schluss zu ziehen, dass sie eben deswegen nicht funktioniert, finde ich jetzt an den Haaren herbei gezogen und fast der Gipfel.

Matthias Borner: Zuerst habe ich einen kurzen Kommentar. Die Voten der FdP haben mich sehr erstaunt. Ich bin sicher, dass die Empörung, wenn es jemand von uns gewesen wäre, recht gross gewesen. Hingegen jetzt wird es mehr mit Schmunzeln entgegen genommen. Ich hätte, wen ich dies darf, noch eine Frage an Iris Schelbert. Wenn man die Statistiken, den nationalen Trend, den kantonalen Trend, den Trend in den anderen Kantonen anschaut, fällt mir auf, dass die Zahlen überall nach oben zeigen. Extrem fällt mir auf, dass wir in den ersten neun Monaten in Olten einen massiven Abfall hatten. Hingegen in den letzten drei Monaten, als Ihr die Zahlen nachgeliefert habt, sind wir im Kanton wieder schön im Trend. Mich erfreut es natürlich sehr, dass die Zahlen so sinken. Aber weiss man, warum die Zahlen in den ersten drei Monaten so erfreulich und jetzt wieder im alten Trend sind?

Stadträtin Iris Schelbert: Ich gehe davon aus, dass das ganz einfach wirklich mit der dunklen Jahreszeit zu tun hat. Oder dann habe ich die Frage nicht richtig verstanden.

Matthias Borner: Wenn ich präzisieren darf, haben wir die Vergleichszahlen mit den letzten Jahren erhalten. Dann haben wir gesehen, dass wir in diesem Jahr 118 Einbrüche hatten, was völlig gegen den Trend ist. Das heisst, es hat abgenommen. Wenn wir die letzten drei Monate anschauen, die Ihr vorher nachgeliefert habt, hat es wieder zugenommen, also quasi im nationalen Trend, im kantonalen Trend, im Trend der anderen Kantone. Mich würde interessieren, weshalb es in Olten in den ersten neun Monaten quasi so sicher, so massiv sicherer als im Vorjahr war, entgegen dem Trend.

Stadträtin Iris Schelbert: Ich kann Dir dies nicht so aus dem hohlen Bauch erklären. Aber es hat ganz viel damit zu tun, dass in der dunklen Jahreszeit viel mehr eingebrochen wird. Die Einbruchsbanden sind extrem organisiert, extrem mobil und es ist halt schon so, dass die Schweiz immer noch so den Ruf, wahrscheinlich europaweit hat, dass es uns gut geht und bei uns viel zu holen ist. Es ist erklärt, welche Leute kommen und womit wir uns auseinander setzen müssen. Ich frage noch einmal den Polizeikommandanten, wie dies sonst erklärbar ist.

Doris Känzig: Noch eine Berichtigung zu dem, was von gewissen Leuten gesagt wurde. Mir geht es nicht darum, dass man in der Zeitung eine ständige Liste über die Einbrüche hat, welche die Leute in Angst und Schrecken versetzt, diejenigen, die es gar nicht wissen wollen. Aber als Bürger muss man die Möglichkeit haben, sich zu informieren, eben über das erwähnte Telefon oder im Internet, wenn man wissen will, wo eingebrochen wird, damit man sich wappnen kann. Das ist sonst eine Bevormundung des Bürgers, wenn man den Leuten

diese Information vorenthält. Wenn es mehrere andere Kantone gibt, dies es anders handhaben, hat dies ja einen Grund. Das hat sich dort bewährt und kann deshalb nicht so falsch sein.

Kilian Schmidiger: Ich würde sagen, man hat in diesem Rat schon von Christian Werner abgelehnt, dass man an neuralgischen Punkten prüft, Videoüberwachungsanlagen zu machen. Wie ich es jetzt so etwas heraus spüre, sieht es auch eher nach einer Ablehnung aus. Gut, mittlerweile können wir sagen, wir haben kein Geld mehr dafür. Aber man dürfte schon einmal etwas für die Sicherheit machen.

Parlamentspräsidentin Anna Engeler: Wir sprechen gerade über eine Interpellation. Das heisst, es gibt gar nichts abzulehnen oder anzunehmen.

Simone Roth: Ich glaube, schliesslich geht es ja darum, dass jeder selber für seinen Haushalt verantwortlich ist. Fahrt einmal abends um fünf Uhr während der Dämmerungszeit durch die Einfamilien- oder Mehrfamilienhäuserquartiere. Dort ist alles stockdunkel. Es hatte x Inserate in diversen Zeitungen unserer Stadt, die auch gratis waren, wo darauf aufmerksam gemacht wurde, wie man sich schützen soll und was man machen kann. Wenn man dies gelesen hat, weiss man Bescheid darüber. Noch einmal: Ich glaube, die Nachbarschaftshilfe ist das Eine, dass man etwas schaut und nicht jeder am anderen vorbei geht. Beim Beispiel der verstorbenen Frau, das Du gebracht hast, musste ich sagen: Das gibt es einfach gar nicht, dass jemand fünf Wochen in einer Wohnung liegen kann und es niemand merkt. Leider ist die heutige Gesellschaft so. Das erlebe ich tagtäglich. Das Andere ist, dass jemand eine Zeitschaltuhr installieren soll, damit diese Hütte brennt, so dass man nicht immer sieht, wann die Leute da sind oder nicht. Dann muss man nicht die Telefone, Internetseiten oder was auch immer in Betrieb nehmen, sondern die eigene Vernunft oder dass man, wenn es eindunkelt den Rollladen hinunter lässt, damit man nicht in die ganze Haushaltung sieht und sieht: Wow, Plasma-Fernseher, USM-Möbel etc. Ich wohne in meiner Wohnung im dritten Stock und habe dort auch Zeitschaltuhren, weil man auch dort nicht sicher ist. Beim Eindunkeln soll Licht gemacht werden. Jeder ist genug alt, damit man das machen kann. Ich glaube, die Stadt hatte gefühlte zehn oder fünfzehn Inserate in allen Zeitungen. Dann soll man dies lesen und hat dann auch kein Problem.

Mitteilung an:
Direktion Öffentliche Sicherheit/Verwaltungsleitung, Herr Franco Giori (5)
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

Parlamentspräsidentin Anna Engeler: Merci vielmals und noch einen schönen Abend.

Die Parlamentspräsidentin:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden der Parlamentspräsidentin innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.